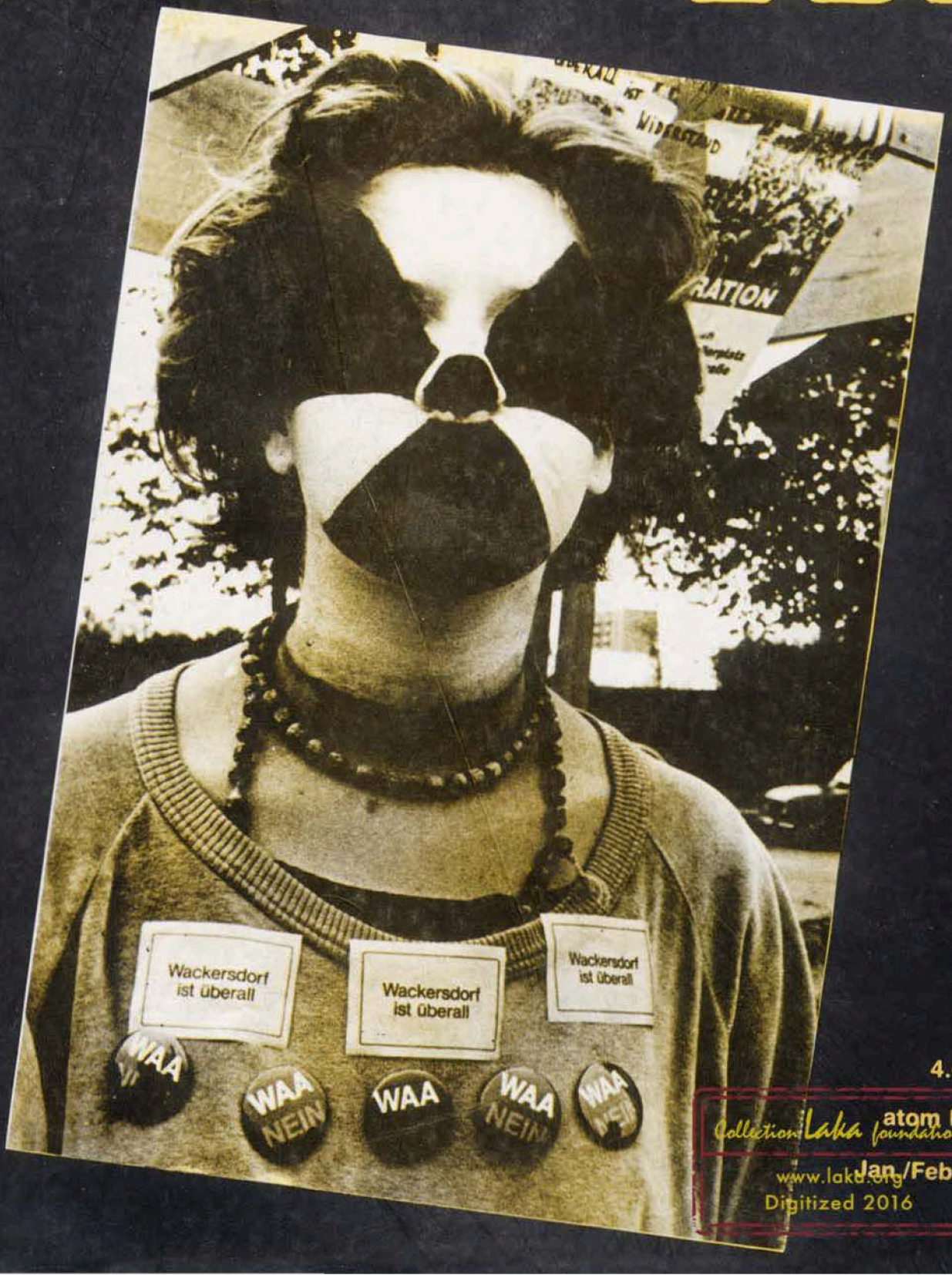
Atom Express & Atommüllzeitung

atom



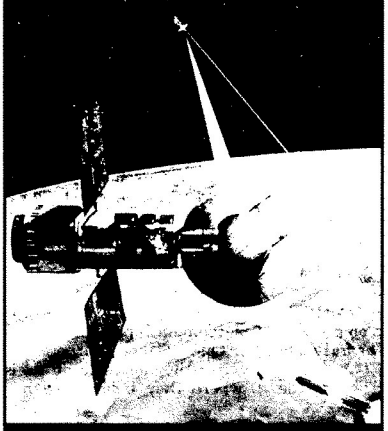
4.-DM

atom Nr. 7
Jan./Feb. 86

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

AIB-Sonderheft 4/1985

Rüstung im All
Gefahren für
die Dritte Welt



Reagans „Sternenkriegs"-Programm läßt nur einen Schluß zu: Es dient nicht zur Verteidigung sondern zum atomaren Erstschlag. Wirtschaftlich und militärisch soll auch die Dritte Welt nicht ungeschoren bleiben.

Das AIB-Sonderheft 4/1985 „Rüstung im All – Gefahren für die Dritte Welt" (28 Seiten, 2 DM) informiert über folgende Themen:

Technische und strategische Aspekte von SDI
Europa und SDI
Ist Eureka eine zivile Alternative?
Wirtschaftliche und politische Auswirkungen für die Dritte Welt
Können Weltraumwaffen zur Kriegsführung in der Dritten Welt eingesetzt werden?
Dokumentenanhang

Bezugsbedingungen: Sonderheft 2 DM; Monatsausgabe 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Abonnement 25 DM; 33% Rabatt ab 10 Exempl.; Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM (0,60 DM Porto je Heft beifügen)

Coupon / Bitte einschicken an:
AIB, Liebigstraße 46, D-3550 Marburg,
Telefon 0 64 21 / 2 46 72
Ich bestelle:
☐ ____ Expl. AIB-Sonderheft 4/1985
☐ ____ Expl. AIB Nr. ____
☐ ein kostenloses Probeheft
☐ ein Abonnement ab Nr. ____
Name: ____
Adresse: ____
Datum/Unterschrift: ____
Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.
Unterschrift: ____

ae **AIB**
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT
Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Viktor Agartz

Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft

Herausgeber: Hans Willi Weinzen

az VERLAG

Viktor Agartz: Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft
Wirtschafts- und sozialpolitische Schriften. 260 Seiten. DM 26,50

Hans-Georg Hermann (Viktor Agartz)

Verraten und verkauft
Eine Abrechnung

az VERLAG

H.G. Hermann: Verraten und verkauft. Eine Abrechnung
Die Geschichte des Viktor Agartz. 240 Seiten. DM 15,

Grüne und andere Listen

Es geht voran – Erfahrung wird gemacht

Eine kommunalpolitische Alter

az VERLAG
VERLAG DER ANDEREN ZEITUNG
Schleusenstr. 17
6000 Frankfurt 1

Es geht voran – Erfahrung wird gemacht
Grüne und alternative Listen stellen sich und ihre Arbeit vor. 100 Seiten. DM 8,

Verlagsprogramm anfordern!

DIE GRÜNEN
Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement
○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.
○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: ____

____

____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. ____ bei der (Bank oder Sparkasse) ____

BLZ ____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN
Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Titelfoto: Thomas Einberger, Demo in München.

spenden total!

Liebe atom Freundinnen und Freunde! Wir haben uns über eure Reaktion betreffs Spendenaufruf in der letzten Nummer riesig gefreut. Insbesondere möchten wir folgenden edlen Spendern danken:

J.O. aus Braunschweig	**50.-DM**
M.K. aus Bochum	**20.-DM**
P.W. aus Köln	**500.-DM**
W.W. aus Frankfurt	**25.-DM**
C.B. aus Hamburg	**100.-DM**
BI Cloppenburg	**250.-DM**

Wir möchten nocheinmal alle BI's, Organisationen und Einzelpersonen bitten, uns nach Kräften zu unterstützen. Wir stehen seit Jahren als unabhängige und manchmal auch 'radikale' Zeitung gegen Atomenergie gewaltig unter Druck, nicht nur was die Kriminalisierung anbetrifft, sondern auch zunehmend finanziell. Wir können jede Mark gebrauchen, sie kommt ausschließlich dem Weiterbestehen der Zeitung zugute. Hier also nochmal das Spendenkonto:

Bernd Weidmann Sonderkonto, PSchA Hannover Kto.Nr. 4098-304 BLZ 25010030

Wir hoffen auf eine ähnliche Reaktion, wie in der letzten Nummer!

die atomis

Impressum:

Der Atom Express / atommüllzeitung wird herausgegeben vom 'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.' und vom 'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstr. 24, Postfach 1945
3400 Göttingen, Tel: 0551/7700158
atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg,
Tel.: 04131/45290
oder
c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22,
2121 Reppenstedt,
Tel.: 04131/63315

Bestellungen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen,
PSchA. Hannover 148 99 - 308
oder
Elke Rickert, Vorwerk 5a, 3119 Altenmedingen, Konto: 'atommüllzeitung', G. Garbers,
PSchA Hamburg 378 14 - 206

V.i.S.d.P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenbeck

Diese Nummer kostet 4,– DM, für BI's und andere Wiederverkäufer 3 DM.

Ein **Abonnement** kostet 25 DM für fünf Ausgaben inc. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35 DM.

INHALT

Aktionskonferenz gegen Atommülltransporte 4
Wendland 6

Schwerpunkt I (Wendland)

- Tag X '85
- Atommülltransporte rollen wieder oder auch nicht
- Chronologie und Auswertung der Ereignisse
- Bericht von Hannoveraner/innen zu den Blockaden
- Neue Atomanlage für Gorleben
- und neue Herzschläge

Märchen 16
News from USA 20
Stillegung 22
Frauen - Widerstand 25
Antikrieg 28

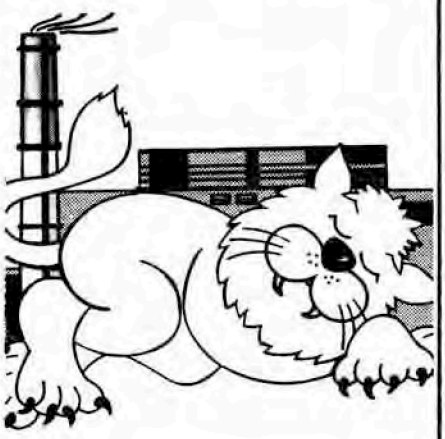
Schwerpunkt II (Anti Krieg)

- Sexismus u. Militarismus
- 30 Jahre Bundeswehr - Stellungnahme des autonomen Plenums Mönchengladbach zu den Aktionen gegen eine großangelegte Bundeswehrjubelfeier Ende September in Korschenbroich
- Totalverweigerungsprozeß in Göttingen
- Sprengdeckelklau - Erklärung zu einer bundesweiten Durchsuchungsaktion des BKA

Standorte 36
W A A - Teil 43

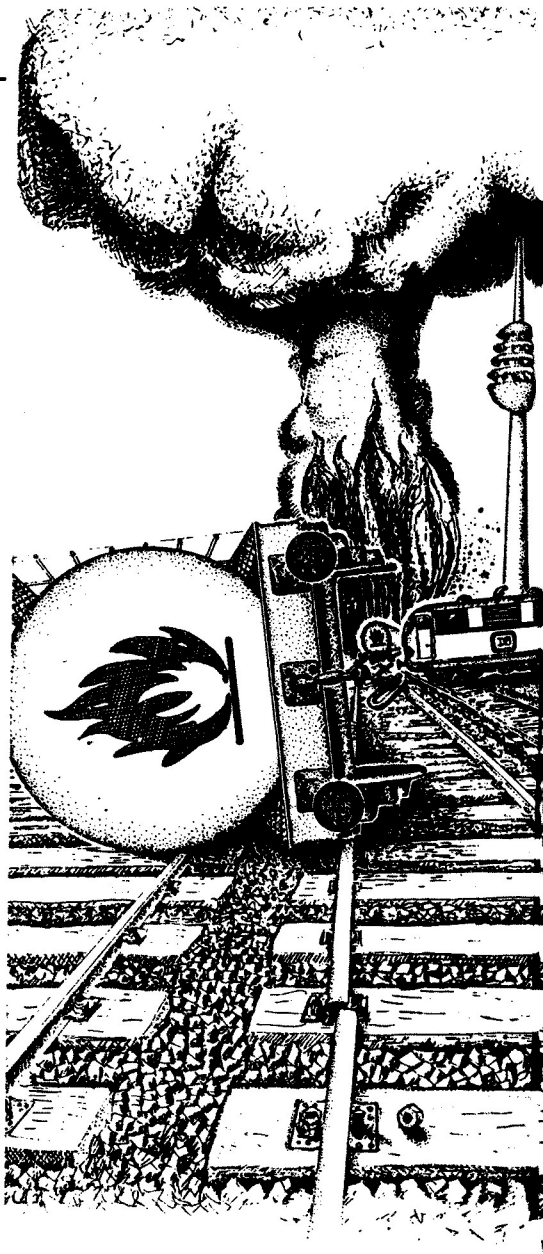
Schwerpunkt III (WAA - Teil)

- Eine Würdigung der Rolle von SPD und BUND im Trägerkreis für die Großdemonstration am 12.10.85 in München
- Eine Darstellung der Polizeiprovokationen u. -Übergriffe im Anschluß an die Demo
- Berichte über die Prozesse gegen die am 12.10.85 festgenommenen WAA-Gegner/innen
- Bild- u. Text- Dokumente über den Widerstand gegen die WAA...



Kriminalisierung 52
Atomanlagen tollerieren 58
Biblis - SPD mit Grünen 60
Störfälle 63

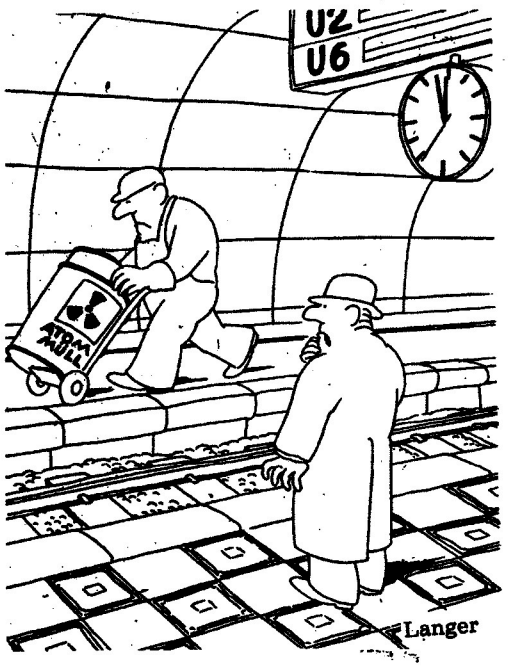
Bundesweite Aktionskonferenz gegen Atommülltransporte



Presseerklärung:

Zur „bundesweiten Aktionskonferenz gegen Atommülltransporte" am 30.11. 1985 trafen sich in Nürnberg zahlreiche Vertreter/innen von Bürgeriniativen und Grünen aus dem gesamten Bundesgebiet (u. a. Bonn, Kassel, Mannheim, Frankfurt, Gießen ...), um gemeinsame Handlungsmöglichkeiten gegen die als Folge der geplanten WAA Wackersdorf in erheblichem Ausmaß zu erwartenden Atommülltransporte zu erarbeiten (das Transportaufkommen beim Betrieb einer WAA beträgt mindestens das 10-fache dessen einer direkten Endlagerung).

Wie ein kürzlich im Auftrag der Stadt Nürnberg von der Gruppe Ökologie, Hannover e. V., angefertigtes Gutachten belegt, geht von derartigen Transporten eine erhebliche Gefahr für die gesamte an den zukünftigen Transportstrecken lebende Bevölkerung aus. Da durch Atommülltransporte somit nicht nur die unmittelbaren Anwohner der geplanten WAA Wackersdorf betroffen sind, sondern das Transportwegenetz sich vielmehr über die ganze Bundesrepublik erstreckt (s. Karte „Transportwege des Atommülls", erstelt von der Nürnberger BI gegen die WAA Wackersdorf), steht außer Zweifel, daß ein bundesweit koordiniertes Vorgehen gegen derartige Transporte dringend erforderlich ist.



In diesem Sinne können als Ergebnisse und Forderungen der heutigen Veranstaltung festgehalten werden:

- sofortiger Stop aller Atommülltransporte auf Straße, Schiene, Luft und Wasser
- sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie

Von Bundesbahn und Gewerkschaften:

- sich umfassend über die Problematik der Atommülltransporte in ihrem Verantwortungsbereich zu informieren, sowie die Ergebnisse zu veröffentlichen
- sämtliche Atommülltransporte bekannt zu geben
- sämtliche Unfälle mit gefährlichen Güterm zu veröffentlichen
- betroffene Arbeiter als strahlenexponierte Personen einzustufen und entsprechend medizinisch zu überwachen.

Entsprechendes gilt für die anderen Transportträger.

An die Parteien in den Stadt- und Kommunalparlamenten:

- Die betroffene Bevölkerung umfassend zu informieren;
- die Kontaktaufnahme der betroffenen Städte untereinander, sowie die notwendige Zusammenarbeit zu koordinieren (z. B. auf dem „Deutschen Städtetag");
- die Modellstudie „Zu den Gefahren für die Nürnberger Bevölkerung durch den Transport radioaktiver Stoffe von und zu der WAA Wackersdorf" auf ihre Kommune übertragen zu lassen;
- ihr Stadtgebiet zur „atommüllfreien Zone" zu erklären;
- alle Möglichkeiten zur Verhinderung von Atommülltransporten wahrzunehmen.

Naiv wie gefährlich wäre es jedoch, die Problematik der Atommülltransporte isoliert zu betrachten, ohne auf die eigentlichen Ursachen einzugehen.

Hier ist vor allem eine kurzsichtige und lebensfeindliche Politik zu nennen, die nach einem hemmungslosen Ausbau der Atomenergie nun zur Beseitigung des dadurch in enormen Mengen anfallenden Atommülls eine WAA für unverzichtbar hält.

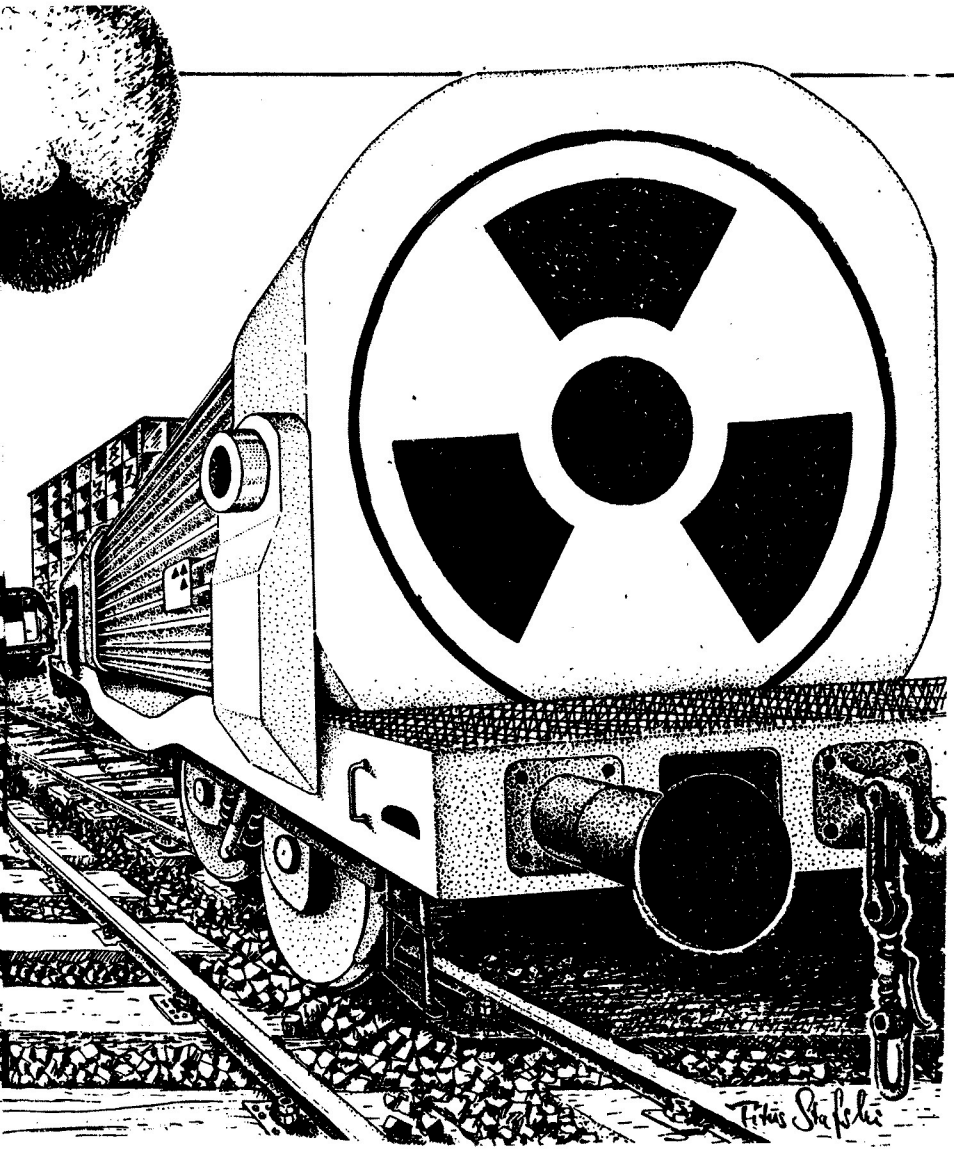
Ferner ist die Herstellung einer eigenen deutschen Atombombe aus dem in Atomkraftwerken produzierten und in einer WAA abgetrennten Plutoniums erklärtes Ziel einer ganzen Reihe wohlbekannter Politiker.

Atommülltransporte stellen also „lediglich" das Bindeglied zwischen den einzelnen Stationen der sog. „atomaren Brennstoffspirale" dar.

Die Forderung nach der Einstellung sämtlicher Atommülltransporte mündet somit konsequenterweise in die Forderung nach einem sofortigen und vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Die Nürnberger BI hat mittlerweile eine Streckenkarte und ein doppelseitiges allgemeines Flugblatt erstellt, das sich hervorragend zur Verteilung in der Bahn oder entlang Atommülltransportstrecken eignet. (1000 Flugblätter DM 70,-)

Beides ist erhältlich bei: Anton Graf, Fürtherstr. 18, 8500 Nürnberg 80



Atommülltransporte durch Nürnberg - Unfallstudie der GÖK

"Die mit dem Transport von radioaktiven Stoffen von und zur WAA verbundenen Gefahren für die Nürnberger Bevölkerung lassen sich keineswegs in den Bereich des vernachlässigbaren Restrisiko's verweisen" Zu diesem Fazit kommt das von der Gruppe Ökologie (GÖK) im September vorgelegte Gutachten zur Gefährlichkeit von Atommülltransporten von und zur WAA durch das Stadtgebiet von Nürnberg.

Im Rahmen des Nürnberger Kommunalwahlkampfes '84 wurde erstmals von Seiten der Nürnberger BI gegen WAA ein Gutachten zu den Auswirkungen radioaktiver Transporte ins Zusammenhang mit der WAA Wackersdorf gefordert. Im Februar '85 wurde diese Forderung von den Grünen in den Umweltausschuß der Stadt Nürnberg eingebracht und dort zusammen mit der SPD gegen die CSU verabschiedet. Mit der Erstellung des Gutachtens wurde die Gruppe Ökologie beauftragt. Die Stadt Nürnberg hat aufgrund der Ergebnisse der Studie Klage gegen die 1. TEG der WAA erhoben.

Betroffen von den Atomtransporten sind die Autobahnen Drei im Nordosten der Stadt und Sechs im Süden sowie der Rangierbahnhof Nürnbergs. Dieser gilt als der unfallträchtigste der BRD, allein in den Jahren '80 bis '84 hat es jährlich rund zehn Brände auf dem Rangierbahnhof gegeben. Bis '87 soll er mit einem Kostenaufwand von 193 Mio. DM renoviert werden, trotzdem ist er als Unfallpunkt *„nicht zu vernachlässigen."*

Bis zur Fertigstellung der WAA 1995 werden jährlich mehr als 40 Tranporte mit abgebrannten Brennelementen (BE) ins Zwischenlager Wackersdorf über Nürnberg gehen. Die Inbetriebnahme führt zu insgesamt 900 Atomtranporten im Jahr, davon sind 230 Plutoniumtransporte. Sollte die WAA in der 3. Betriebsphase (2000 - 2030) mit 500t/a laufen, so würden 2300 bis 2400 Atomtransporte jährlich durch Nürnberg geführt. Das bedeutet, *„bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts werden etwa 90.000 bis 100.000 Transporte mit radioaktiven Materialien über Nürnberg laufen. Während des Vollastbetriebes der WAA bedeutet dies durchschnittlich etwa 45 bis 50 Transporte pro Woche."*

Bei BE muß mit einem Unfall in 100 Jahren gerechnet werden. Selbst die Betreiber sprechen von einem *„vernachlässigbaren Restrisiko"* wenn die Unfallwahrscheinlichkeit bei einer Million Jahren oder niedriger liegt. Die GÖK kommt zu dem Schluß, daß im Jahresmittel rund 250 Vorfälle im Raum Nürnberg eingetreten sind, *„die bestätigen, daß derartige Wahrscheinlichkeiten keineswegs zu vernachlässigen sind."*

Unfälle und Konsequenzen

Die GÖK untersuchte mehrere Unfallabläufe. Folgen eines Unfalls mit abgebrannten BE wären Bodenkontaminationen, die bis in ca. 1 km Entfernung vom Unfallort so hoch sind, daß die dort lebende Bevölkerung umgesiedelt werden muß; ein Gebiet bis zu 5 km Entfernung muß, um bewohnbar zu bleiben, mit aufwendigen Mitteln dekontaminiert werden.
Ein Unfall mit mittelaktivem Abfall führt zur Kontamination des Bodens mit Plutonium, in dessen Folge bis zu 445 zusätzliche Todesfälle durch Krebs und Leukämie in Nürnberg auftreten. Bei einem Unfall mit Plutonium-Nitratlösung müßte mit bis zu 5350 zusätzlichen Krebstoten gerechnet werden. Die freiwerdende Neutronenstrahlung bei einem Plutoniumoxidunfall wirkt in einem Radius von etwa 20 m tödlich. Für den Fall, daß sich nur Bruchteile des Plutoniums in Richtung Stadtgebiet ausbreiten, ist mit einer hohen Strahlenbelastung der Bewohner zu rechnen, weite Gebiete müßten möglicherweise auf Dauer für unbewohnbar erklärt werden.

Zahlenmaterial nicht existent

Schwierigkeiten hatte die GÖK mit der Datenbeschaffung. Herangezogen wurde u.a. die s '84 abgeschlossene PSE-Studie (s.a. a t o m Nov./Dez.84), der die GÖK jedoch eine *„Unterschätzung von Unfallwahrscheinlichkeiten"* vorwirft, die Studie enthalte *„zu viele... willkürliche Annahmen und unzulässige Vereinfachungen"*, menschliche Irrtümer und Sabotageangriffe werden beispielsweise garnicht betrachtet. Informationen der Bundesbahn an die GÖK waren unvollständig, Ortsnamen und andere Hinweise waren überklebt. Zahlenmaterial für gefährliche Güter gibt es nicht, zudem waren die knappen Unfallberichte *„mit der ausdrücklichen Absicht verfaßt, die Akzeptanz für Atomtransporte in der Bevölkerung zu erhöhen."*

Die Studie der GÖK kann zum Selbstkostenpreis über die Nürnberger BI bezogen werden: c/o. Wilfried Knerr, Hochstr. 40, 85 Nürnberg 80

Tag X 85: Atommülltransporte

Nach ca. einjähriger Unterbrechung rollen ab dem 21.10.85 wieder - oder auch nicht - Atommülltransporte ins Zwischenlager Gorleben. Der Widerstand reagierte mit bundesweiter Alarmauslösung, der Tag X '85 war geboren.
Es folgten vielfältige, phantasievolle Behinderungs- und Blockadeaktionen. Damit war die Taktik der politisch Verantwortlichen und der Polizeiführung durchbrochen, die die Atommülltransporte 'hintereinander zügig über die Bühne' bringen wollte und ihre Begleitung 'so normal wie möglich machen wollte'.
Die Anti-AKW-Bewegung hat bewiesen, daß es niemals 'normale' Atommülltransporte nach Gorleben geben wird. Nicht zuletzt das letztendlich wieder notwendige große Polizeiaufgebot macht für jede/n sichtbar: Es gibt keine Akzeptanz für die Atommülltransporte und Atomanlagen. Die Transporte sind nur mit massiver Polizeigewalt,aber nicht politisch durchsetzbar.
Einschränkend muß allerdings hinzugefügt werden, daß beim zweiten Transport/schub (aus dem AKW Neckarwestheim) die Mobilisierung deutlich nachließ.

Die anschließende Chronologie soll einen Überblick über stattgefundene Atommülltransporte und Widerstandsaktionen geben. Danach drucken wir uns zugesandte Artikel aus Hannover und.

Anfang Oktober 85: Nachdem Anfang Oktober die Umbauarbeiten am Lagerfußboden des Zwischenlagers für schwach-und mittelradioaktiven Atommüll abgeschlossen wurden, wird vom Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg erneut die Einlagerungsgenehmigung erteilt. Der Widerstand bereitet sich relativ kurzfristig auf einen neuen Tag X vor.
So. 20. 10. 85: Gegen 22 Uhr löst die BI Lüchow-Dannenberg bundesweiten Alarm aus. Es werden 50 Atommülltransporte aus dem AKW Würgassen erwartet.Die Polizeipräsenz im Landkreis nimmt stark zu.
Mo. 21. 10. 85: Noch in der Nacht von Sonntag auf Montag gelangen relativ unbemerkt die ersten zwei Atommülltransporte in das Zwischenlager. Im Laufe des Tages versammeln sich mehrere Hundert AKW-Gegner/innen im Landkreis. Es gelingt ihnen dann direkt vor dem Zwischenlasger den dritten Atommülltransport durch eine Sitzblockade von ca. 50 Menschen aufzuhalten. Nach dreimaliger Aufforderung der Polizei wurden die Sitzenden weggetragen. Im Laufe der Auseinandersetzung versammelten sich ca. 200 Blockierer/innen und forderten nun die Polizei auf den Transport zurückzunehmen. Einigen gelang es, seitlich an den LKW heranzukommen, kurze Zeit später zischten die Reifen des LKW, da die Ventile entfernt wurden, und das Bremssystem war wegen zerstörter Bremsschläuche nicht mehr funktionstüchtig. So holperte der Transport mit qualmendem Motor und mit Schlagseite nach ca. anderthalbstündigem Halt auf den Felgen scheppernd in's Zwischenlager. An dem Fahrzeug entstand ein Schaden von ca. 20 000 DM.

rollen wieder - oder auch nicht!

Die. 22. 10. 85: Bereits in den frühen Morgenstunden halten sich Atomgegner/innen verteilt auf vier Blockadepunkte rund um das Zwischenlager auf um die angesagten Transporte zu blockieren. Auf den Zufahrtswegen werden Barrikaden aus Holz und Strohballen errichtet, die teilweise in Brand gesetzt werden. Am Mittag wird bekannt, daß die Bezirksregierung Lüneburg aus polizeitaktischen Gründen wegen der 'unsicheren Lage vor Ort' die Transporte zwischen Hannover und Uelzen gestoppt hat. Die Nacht verbringen die Fahrzeuge im 'befriedeten Bereich' der BGS-Kaserne in Bodenteich. Dadurch erzielt die Anti-AKW-Bewegung einen großen Erfolg, da die Polizeiführung wegen dem zu erwartenden Widerstand vor Ort 'die Sicherheit der Transporte nicht mehr gewährleisten konnte'. Gleichzeitig scheiterte damit die neue Polizeitaktik, die Atommülltransporte mit möglichst wenig Polizeischutz und ohne großes Aufsehen in's Zwischenlager zu bringen. Während der ersten beiden Tage wurden ca. 500 Polizeibeamte eingesetzt. Die Polizeiführung sagte:*»Es soll nicht der Eindruck entstehen, wir würden hier den Aufstand proben«*, oder *»mann wolle nicht mit dem Kopf durch die Wand«*, insgesamt setze mann *»auf ein flexibles Konzept«*.

Mi. 23. 10. 85: Auf Grund der vorangegangenen Vorkommnisse werden an diesem Tag sieben Atommülltransporte von einem massiven Polizeiaufgebot, ähnlich wie am Tag X '84 zum Zwischenlager durchgeprügelt. Es sollen ca. 2000 Polizeibeamte im Einsatz gewesen sein. Der Bereich um das Zwischenlager wird weiträumig abgesperrt, selbst mit Presseausweis gibt es kein Durchkommen. An den Blockadepunkten verhindern starke Polizeikräfte ein erneutes Eingreifen der Blockierer/innen. Trotzdem gelingt es einer kleinen Gruppe von ca. 20 Personen den Transportkonvoi für eine Viertelstunde direkt vor dem Zwischenlager durch eine Sitzblockade zum Stoppen zu bringen. Hier schlägt nun aber auch die veränderte Polizeitaktik durch, Originalton der Einsatzleitung:*»Ohne Rücksicht auf Verluste draufhalten.«* (Mitschnitt Polizeifunk). Die Räumung der Sitzblockade war äußerst ruppig, mit CS-Reizgas, Hunden und Schlagstockprügel wurden die Sitzenden auseinander getrieben. Viele kamen mit blauen Flecken davon. Ein Lüchow-Dannenberger, der einen Schlagstock genau auf den Kopf bekam, wurde mit Gehirnerschütterung und einem Schock in's Krankenhaus gebracht. Danach kam es am Nachmittag zu weiteren Blockaden auf den Zufahrtswegen. Durch einen großangelegten Einsatz von Polizisten in Zivifahrzeugen gelingt es der Polizei einige Leute bei Blockaden abzugreifen, die vorübergehend festgenommen und in entlegenen Ecken des Landkreises rausgeschmissen werden.

Am **Donnerstag und Freitag** passiert nichts Wesentliches

Sa. 26. 10. 85: Mittags findet in Lüchow eine Kundgebung gegen die neuangelaufenen Atommülltransporte mit relativ geringer Beteiligung von eineigen hundert Leuten statt. Dafür gibt es aber einige 'fetzige' Kundgebungsreden (wir dokumentieren Auzüge). Anschließend sollte es am Wochenende zu einer Neuauflage des 'Unruhe-Konzeptes' im Wendland kommen. Außer einigen versprengten Kleingruppen, die fleißige Arbeit im Wald leisteten, war nichts von 'Unruhe' zu spüren. Die eigenen Kräfte wurden überschätzt.

So. 27. 10. 85: Die Woche hat viel Kraft gekostet. Auf dem Trebel-Treffen wird trotzdem beschlossen, den Widerstand zumindest am Montag fortzusetzen.

Die.-Fr. 29. 10. 85 - 1. 11. 85: Es erreichen insgesamt zwölf Atommüll-Transporter begleitet von Polizeifahrzeugen das Zwischenlager. Der Widerstand beschränkt sich auf eine intensive 'Beobachtung'.

So. 3. 11. 85: Auf dem Trebeler Treffen wird eine erhöhte Alarmbereitschaft für die Woche vom 11. - 16. 11. 85 beschlossen. Die Zwischenzeit soll zur Mobilisierung genutzt werden.

Mo. 4. 11. 85: Sechs Transporte rollen in's Zwischenlager. Im Gegensatz zur Taktik der vergangenen Woche rollten die Transporte diesmal nicht in einem einzigen Konvoi, sondern paarweise in drei Gruppen über verschiedene Routen.

Mo./Die. 4./5. 11. 85: In der Nähe des AKW Würgassen werden zwei massive Barrikaden errichtet und angezündet. Es kommt allerdings kein Transport (dazu wurde uns anonym eine Erklärung zugesandt, die wir anschließend dokumentieren).

Mo. 28. 10. 85: Wiederum abgesichert durch ein großes Polizeiaufgebot erreichen weitere sechs LKW mit Atommüll aus Würgassen das Zwischenlager. In Gorleben wird für kurze Zeit durch eine Blockade ein Transporter für das Endlager gestoppt. Auf den Zufahrtswegen zum Zwischenlager kommt es zu mehreren Materialblockaden. Auf der Straße zwischen Gorleben-Grippel werden Strohballen in Brand gesetzt. An einer anderen Stelle wurde ein Transportanhänger, beladen mit Stroh, angezündet und umgekippt. Die Feuerwehr mußte ausrücken.

31.10. 85: Als *»kriminelle Akte«* bezeichnet der CDU-Landtagsabgeordnete und eifrige Wegbereiter der Atommafia Kurt-Dieter Grill die Aktionen gegen die Atommülltransporte.

»Die Gewaltakte der letzten Tage sind nicht der Widerstand der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung; es sind kriminelle Handlungen von Leuten, die weder den Staat, noch die Demokratie akzeptieren.(...) Wer einen heißen Herbst herbeiredet und plant« so Grill, wolle die Begründung für die *»Lamentiererei über den angeblichen Atomstaat«* selber schaffen.(s. EJZ, 31. 10. 85)

Mi. 6. 11. 85:*»(...)Machtinteressen und Geldgier vernebeln die Blicke derer, die für unsere Sicherheit ein Mandat des Wählers erhalten haben. Doch was wären all die Albrechts, Grills, Poggendorfs, Meiners und Abrahams ohne ihre Hilfstruppen Polizei und BGS? Wenn die Mittel der Argumente versagen, sich Politiker ihrer Unterstützung durch die Bevölkerung nicht mehr sicher sein können, werden andere Methoden angewandt: Staatsräson unter Einsatz von Tränengas und mit Gummiknüppeln erprügelt, Kriminalisierung Andersdenkender, freie Bürger bespitzelt und in einem Zug mit Terroristen genannt. Welch primitive Argumentation. Ist es noch Freiheit, wenn Demonstranten von gleichgeschalteten und aufgehetzten Polizeitruppen verprügelt werden?(...)Wenn Herr Grill, wie in der EJZ vom 31. 10. 85 zu lesen, von einem Widerstand spricht, der nicht von den Lü.-Dan. mitgetragen wird, so läßt sich an dieser*

→

Aussage erkennen, welche Arroganz und welches Unwissen 'unseren' MdL auszeichnen. Uns wundert dies allerdings nicht, denn seit Jahren ist allen bekannt, daß von Politikern mit derart kleinbürgerlichem Geist nicht viel mehr als polemisches Geschwafel und Lügen zu erwarten sind. Aber auch für derartige 'Volks'-Vertreter wird der Tag kommen, wo sie begleitet von ihren Polizeitruppen, diesen Landkreis für immer verlassen werden. Die Vertreibung aus dem Paradies kann schon morgen beginnen.«(Holger Heise, Pressesprecher der Jusos Lü.-Dan., EJZ v. 6. 11. 85)

Mi. - Fr. 6. - 8. 11. 85: Täglich rollen sechs Atommülltransporter jeweils zu zweit in's Zwischenlager. Bei der kleinsten Regung von Seiten des Widerstandes reagiert die Polizei mit verstärktem Einsatz. Es werden 'Turnschuh'-Polizisten eingesetzt, die 'den Wald' im Auge behalten. Dies sind vorläufig die letzten Transporte aus Würgassen.

Mo. 11. 11. 85: Es kommt kein Atommüll zum Blockieren.

Fr. 15. 11. 85: Dreißig Mitglieder/innen der 'Initiative 60' halten mit Stellschildern 'Atommüll ist Mordmüll' vor dem Zwischenlager bei Schichtwechsel eine Mahnwache.

Die. 22. 11. 85: In einer Presseerklärung erläutert der Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder Bez. Hannover daß von der Atommülleinlagerung *»die gesamte Bevölkerung betroffen, insbesondere die Menschen, die entlang der Atommülltransportstrecken leben. So führten die Transporte beispielsweise auch durch, bzw. an Hannover vorbei. (...)Wir verlangen daher die sofortige Einstellung der Atommülltransporte sowie, der Produktion und der Einlagerung von Atommüll.«*

Die. 25. 11. 85: Zwei Atommülltransporte aus dem AKW Neckarwestheim erreichen unbehelligt das Zwischenlager. Mittags löst die BI Lü.-Dan. Alarm aus. Die Bäuerliche Notgemeinschaft kippt 300 Zentner Kartoffeln vor das Haupttor des Zwischenlagers (s. auch Erklärung hierzu).'

Mi. 26. 11. 85: 150 - 200 Atomkraftgegner/innen erwarten verteilt auf vier Blockadepunkte die Transporte. Es kommt wieder zu mehreren Blockaden. Als der Widerstand eine halbe Stunde Kaffeepause macht, wird ein Transporter aus dem AKW Neckarwestheim still und heimlich in's Lager geschleust.

Do. 27. 11. 85: Ein Transporter aus Neckarwestheim erreicht das Zwischenlager. Es kommt wieder zu zahlreichen Blockaden.

Anf. Dez. 85: Die Atommülltransporte aus dem AKW Neckarwestheim werden fortgesetzt.

Im Folgenden dokumentieren wir Redebeiträge, die auf der Kundgebung der BI Lü.-Dan. am 26. 10. in Lüchow gehalten wurden.

Johannes Kempmann, ehem. Pressesprecher der BI Lü.-Dan.:

(...)Vor einem Jahr war der Aufwand, den die Polizei betrieben hat, gigantisch. Vor einem Jahr wurde von der Polizei der Ausnahmezustand ausgerufen. Offensichtlich war diese Art der staatlichen Unterdrückung notwendig, um Atommüll nach Gorleben zu transportieren. Ich habe damals den Betreibern und der Landesregierung in einem vielfach falsch verstandenen Satz vorgeworfen, sie, nämlich die Atompolitiker, sie würden hier Zustände wie in Nordirland herstellen, um ihr Ziel, das Wendland zum Atomklo der Nation zu machen, auch zu erreichen.

In diesem Satz war, es haben wohl nur wenige gehört, auch eine Spur Resignation. Zu übermächtig erschien mir die scheinbar so gut geölte Maschinerie staatlicher Gewalt. Trotzdem, es waren die Protestaktionen des Jahres 1984, die mit dazu geführt haben, daß die WAA Dragahn nicht gebaut wird und daß das Castor-Lager, das ja schon 1984 seinen Betrieb aufnehmen sollte, bis heute nicht benutzt werden darf.

Aber das, was in dieser vergangenen Woche hier passiert ist, das was an mutigen Blockaden, an Ausdauer und Geschicklichkeit plötzlich da war, das was durch diese Demonstration hier einen Rückhalt erfährt, der den Dingen in der Tat eine neue Dimension verleiht, das alles kann dem Widerstand eine neue Perspektive geben.

Ich glaube, wir wisen alle, daß wir einzelne Transporte nicht werden aufhalten können. Gegen Polizeihunde, gegen CS-Gas und gegen den mörderischen Schlagstockeinsatz insbesondere der Oldenburger Schlägertruppe der Bereitschaftspolizei können und wollen wir uns nicht in gleicher Art zur Wehr setzen. Aber wir können die Herren zwingen, jeden einzelnen Transport mit maximalem Aufwand zu Sichern. Wir können erreichen, daß das schmutzige und lebensgefährliche Geschäft der Atommülltransporte nicht heimlich und ungesehen vonstatten gehen kann, so wie sie es gerne hätten. Nein, so wie am Mittwoch soll jeder sehen, was hier im Lande los ist. Es wird nicht lange dauern, da bin ich sicher, dann werden sich die Politiker wohl von vielen Seiten fragen lassen müssen, wie so etwas zu rechtfertigen ist. Auf Dauer werden sich Politiker wohl von vielen Seiten fragen lassen müssen, wieso sie eigentlich die Müllkutscher von Transnuklear mit einem riesigen Aufwand an Menschen, Material und Geld unterstützen und für die Bevölkerung hier, etwa die Bauern oder die jugendlichen Arbeitslosen, die Mittel immer mehr streichen. Wenn wir es auf Dauer erreichen, daß die Einlagerung von Atommüll hier eben nicht politisch durchsetzbar ist, sondern allenfalls mit Gewalt durchgeknüppelt werden kann, dann, so hoffe ich jedenfalls, ist das der Anfang vom Ende der Atomprojekte hier im Landkreis.

Viele von uns sind wirklich gut drauf. Wir haben Großartiges erreicht. Seit Tagen stehen in Würgassen beladene LKW, die es nicht wagen das Kraftwerksgelände zu verlassen. Weil dies so ist, deshalb werden wir in der nächsten Zeit mit einer massiven Propagandakampagne rechnen müssen. Man wird uns als Kriminelle, als Terroristen, als Mob der Straße und dergleichen mehr beschimpfen. Es werden sich wohl diejenigen ganz besonders laut zu Wort melden, die die Atomanlagen hierher holen wollen, obwohl sie, wie unser Landrat Meiner in schon peinlicher Offenheit zugibt, keine Ahnung von der Materie haben.

Ich kann nur sagen, ich gehöre lieber zum Mob der Straße als zu den Tätern mit den weißen Kragen vom Schlage eines Albrecht oder Grill, die längst zu den willfährigen Erfüllungsgehilfen des großen Geldes verkommen sind.

Ich jedenfalls freue mich über einen Atommülltransporter, der nicht mehr fahren kann, weil die Reifen platt sind. Ich halte es für eine legitime Notwehrmaßnahme, solche Transporte mit ihrer tödlichen Fracht aufzuhalten, wo immer es geht. Und vielleicht geht es ja schon bald nicht nur in Gorleben, sondern auch in Hannover oder in Hameln oder wo auch immer sie langfahren.

Aber, liebe Freunde, trotz unseres großartigen Erfolges, der so nur möglich war, weil der Landkreis wirklich massiv von außen unterstützt wurde, meine ich, daß es nicht sicher ist, ob wir uns auf Dauer wirklich durchsetzen können. Es ist klar, eine Atomanlage, die reibungslos funktioniert, wird alle anderen, vom Castorlager und Endlager bis hin zur Konditionierungsanlage, die unter der Hand immer mehr die Gestalt einer kleinen WAA annimmt, unweigerlich nach sich ziehen. Es ist deshalb absolut notwendig, daß überall und auf allen Ebenen gegen diese Transporte Widerstand geleistet wird. Nach den Erfahrungen der letzten Woche gibt es keinen Grund zu resignieren, laßt uns immer wieder auf die Straße gehen und nehmt Euren Nachbar/in mit, dann sind wir eine/r mehr.

Auszug aus dem Redebeitrag von Pastor Egon Maierhofer aus Hitzacker:

»Für uns wird 1985 ein heißer Herbst.« Die Atommülltransporte, so Maierhofer, rollten strahlend durchs Land, und ihr Inhalt solle den 'hungrigen Rachen' des Zwischenlagers stopfen. Seine Zuhörer/innen forderte Maierhofer auf: *»Laßt uns dafür sorgen, daß die Räder der Atommülltransporte heißlaufen. Nicht weil sie rollen, sondern weil sie gebremst werden. Unser Tun soll Sand im Getriebe der Macher sein«* Es gelte die Notbremse zu ziehen, wenn Mehrheiten Minderheiten Folgen auflasten und wenn unwiderruflich über Lebensgrundlagen künftiger Generationen verfügt werde. Der Geistliche schloß mit dem Aufruf: *»Laßt uns dabeisein, solange es noch Sinn hat, die Notbremse zu ziehen. Ich ziehe mit!«*

Wohlfühlen im Widerstand

oder: lieber 'nen kalten Arsch im Wendland, als 'nen Frust am warmen Ofen zu Hause

In diesem Artikel findet ihr eine Reflexion über das, was während der Tag-X-Aktionen im Herbst '85 bei den hannoveraner Anti-AKW-Gegner/innen passiert ist. Im Großen und Ganzen haben wir ein ganz gutes Gefühl, wobei wir natürlich die Aktionen nicht als optimal bezeichnen, aber wir denken, daß ganz brauchbare Ansätze da sind für weitere Handlungsstrategien

Dienstag, 22.10.85, 7.00 Uhr, Treffpunkt Gedelitz. Skeptische Spannung: "Wieviel werden wir wohl heute?" Am Montag war schon ein ansehnlicher Haufen von Leuten aus Hannover zusammengekommen, die diesen Tag damit verbracht hatten, Blockadepunkte vorzubereiten und kräftig bei den erfolgreichen Aktionen mitzumischen. Viele waren abends wieder nach Hause gefahren, sodaß für Dienstag Unsicherheit über unsere Aktionsfähigkeit herrschte. Aber siehe da - überraschte Gesichter ob der Menge von Leuten (Wo kommen die denn alle her?) - und fast alle pünktlich!

Ohne, daß wir groß diskutieren mußten, zogen wir zu dem ausgeguckten Punkt, trafen die letzten Vorbereitungen (Basteln an Überraschungen für die Atommafia) und verteilten uns auf unsere Posten - und warteten auf die Transporte, die da kommen sollten. Die kamen aber nicht, weil, wie wir ja alle wissen, aber immer noch nicht richtig glauben können, angesichts der Lage an den Transportstrecken die Sicherheit der LKW's nicht mehr gewährleistet werden konnte. Es zeigte sich, daß das Konzept, unsichtbar präsent zu sein, einen politischen Erfolg hervorgebracht hatte. Dieses Konzept sorgte auch in den nächsten zwei Wochen dafür, daß sich die Bullen die Transporte nur mit einem Irrsinnsaufgebot (z.B. ca. 40 Wannen beim Transport am 28.10) durchzuziehen trauten. Trotz dieses Aufgebots gelang es uns immer wieder mal, die Laster zu stoppen.

Bei den Nachbereitungstreffen in Hannover stellten wir erstaunt fest, daß wir Hannoveraner/innen das bisherige Schattendasein in der Anti-AKW-Bewegung verlassen hatten. Im Gegensatz zu anderen Anlässen waren wir diesmal erstaunlich aktionsfähig. Es zeigten sich auch noch keine Ermüdungserscheinungen für die nächsten Tage und Wochen - die eine Woche Zwangspause nutzten wir dazu, uns ein neues Aktionsfeld in Würgassen zu suchen.

Hinterher fragten wir uns, wie es zur Aktionsbereitschaft so vieler Leute gekommen ist. Dabei erschien uns folgendes bemerkenswert:

Nach dem Tag X im Oktober '84 und mehr noch nach den Aktionstagen im Februar '85 fiel uns auf, daß sich in Hannover die Anti-AkW-Bewegung in zwei auseinanderdriftende Gruppen teilte: zum einen die wohlorganisierten Kleingruppen, zum anderen sporadisch interessierte Einzelkämpfer/innen und Gruppen, die zwar in Wendland fuhren, aber aufgrund mangelnder Vorbereitung eigentlich nur frustrierende

Erfahrungen machten (Massendeportationen etc.). Für die besser organisierten Gruppen stellte sich die Frage, ob es ausreicht, den Widerstand "qualitativ" weiter auszubauen und sich nicht durch andere "zurückwerfen" zu lassen, oder ob sich diese Gruppen nicht dadurch isolieren und das interessierte, aber resignierende Umfeld außen vor lassen.
Man/frau entschied sich, andere Leute und Gruppen mit einzubeziehen und damit die Basis für den Widerstand zu erweitern. Dies geschah durch regelmäßige Informationsarbeit (Flugblätter, Plakate, Infostände), eine große Fete im Januar und schließlich durch die gemeinsame Vorbereitung einer Fahrrademo im Juni im Wendland. Das schlechte Gefühl, daß dies ein "qualitativer Rückschritt" gegenüber dem bisherigen Aktionskonzept sei, vernachlässigten wir dabei. Die relativ starke Teilnahme bestätigte uns die Richtigkeit dieses Vorgehens. Wir stellten fest, daß wir nach vorübergehendem Abweichen von einer angestrebten "Qualität des Widerstandes" mit mehr Leuten wieder zum alten Blockadekonzept zurückkehren konnten. Deshalb wollen wir dieses Konzept auch in Zukunft weiterverfolgen.
Eine andere wichtige Erfahrung:

Während der gemeinsamen Vorbereitungen entwickelte sich eine einheitliche Strategie des Widerstandes. Minimaler Konsens war: Keine Konfrontation mit der Polizei, sondern das Ziel, die Transporte erstmal zu behindern und die politischen und finanziellen Kosten der Transporte in die Höhe zu treiben.
Auf dieser Grundlage gab es eine pragmatische Vorgehensweise, nämlich: Blockade vorbereiten, aufbauen, verschwinden. Durch gründliche Vorbereitung dieser Aktionen konnten die sonst üblichen, ätzend langen Diskussionen auf der Straße (Was machen wir jetzt?) vermieden werden. Gleichzeitig verstärkte sich das Gefühl der Sicherheit für die Einzelnen (nach 3 Wochen (fast) keine Verhafteten und keine Verletzten). Außerdem bescherte uns dieses Konzept größere Erfolgserlebnisse als im letzten Jahr. Wobei Erfolg nicht heißt "Ich hab den Transporter gestoppt", sondern "Wir alle zusammen haben es geschafft", auch wenn i c h den ganzen Tag nur im Wald gelegen habe. Bei der Vorbereitung von Aktionen versuchten wir, Formen zu finden, die von allen Anwesenden mit getragen werden konnten, ohne daß dies zu einer Grundsatzdiskussion über das Für und Wider von Blockaden führte.

Uns ist bewußt, daß mit diesem Konsens bestimmte Gruppen vielleicht ausgegrenzt werden. Die Handlungsweise ist somit vorgegeben und die Einzelnen können einschätzen, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht. Erleichtert wurde die Konsensfindung dadurch, daß sich die Hannover-Scene nach Themenschwerpunkten und Aktionsformen "arbeitsteilig organisiert" hat. Diese Trennung vermeidet Grabenkriege auf den Plena und spart Zeit und Nerven. Was nicht ausschließt, daß sich Leute an bestimmten Aktionen der "zuständigen" Plena beteiligen.

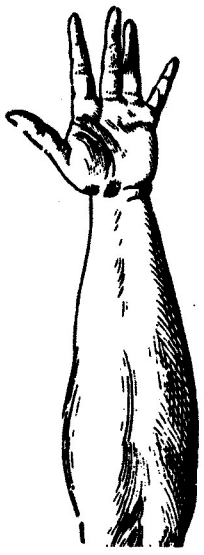
Bei der Diskussion und Durchführung des Konzepts wurde die Kompetenz derjenigen, die sich besser vorbereitet hatten, im Groben anerkannt, was eben die elenden Auseinandersetzungen stark verkürzte. D.h. nicht, daß eine/r sagt, wo's lang geht und alle machen mit, sondern, daß die Klarheit des Konzepts die Sicherheit gibt, sich ein Stück weit auf Vorschläge einlassen zu können, auch wenn sie nicht in allen Einzelheiten diskutiert werden.

Zusammenfassend meinen wir, daß ein pragmatisches Vorgehen auf minimalem Konsens die richtige Basis ist für viele, sich an einer Aktion zu beteiligen. Langfristige Informations- und Mobilisierungsarbeit kann "potentielle Aktivisten" Handlungsmöglichkeiten bieten, die in dieser unserer Zeit ja relativ rar geworden sind. Es zeigt sich deutlich, daß die Atommülltransporte uns die Möglichkeit bieten, dem Atom-Staat doch noch Sand ins Getriebe zu streuen.

In diesem Sinne: DER NÄCHSTE TRANSPORT IST UNSER! (gibber)

Und überhaupt: 11.Januar 1986, 19.oo Uhr ist **F E T E** unter dem Motto: **" Fiesta Atomara" - Eine Nacht für die Atommafia** - im Raschplatzpavillion in Hannover!

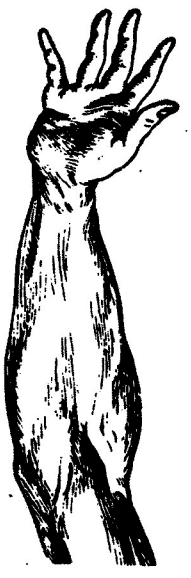
Atomplenum Hannover



Aufruf an alle Standort BIs

Für die zukünftige Alarmauslösung bei Atommülltransporten ist die Bewegung auf ein gutes Info-System und den richtigen Informationen zur rechten Zeit angewiesen.
Deshalb diesen Aufruf an alle Standort BIs:
Verschafft Euch Informationen über den Stand von schwach- und mittelradioaktiven Atommüll in 'Eurem' AKW. Versucht ausfindig zu machen, ob und wenn Transporte zu erwarten sind und teilt dies rechtzeitig mit. Die Transporte werden von der Hanauer Firma 'Transnuklear' durchgeführt.
Bisher ist durchgesickert, daß aus folgenden AKW's noch Transporte in nächster Zeit anstehen: Krümmel, Stade, Würgassen, Philippsburg...

Informationen u.a. an:
BI Lüchow-Dannenberg, Drawehnerstr. 3,
3130 Lüchow, Tel.: 05841/4684



Blitzschnell, effektiv und ohne Pardon

Um im Nachhinein eine Beurteilung der Aktionen zum Tag X '85 durchführen zu können, soll noch einmal kurz die Situation vorher betrachtet werden. Hierzu muß festgehalten werden, daß die gesamten Aktionen zu den Atommülltransporten im Oktober '85 erst kurzfristig vorher beschlossen wurden.
Kritisch anzumerken ist, daß die lange Zeit von einem Jahr in der das Wendland 'atommülltransport-freie Zone' war nicht genutzt wurde, um eine optimale Vorbereitung durchzuführen. Erst nachdem im Spätsommer die bis dahin regelmäßig durchgeführten Bahnspaziergänge wegen mangelnder Perspektive in die Krise geraten waren und sich der Termin für die abermalige Einlagerung in's Faßlager Gorleben anbahnte, wurden die schwach- und mittelradioaktiven Transporte wieder zum Thema.
Auf den Trebeler Treffen war in den Diskussionen bis kurz vor dem Transporttermin unklar, ob sich die Initiativen eine Mobilisierung zu den Transporten zutrauen und diese auch erfolgreich sein würde. Im Oktober tauchten dann hier und da einige Flugblätter und Plakate auf *»Tag X - Verhindert die Atommülltransporte - auch 1985«*.
Aufgrund dieser Mobilisierung ist es schon überraschend, daß einige hundert Menschen wochentags bei teilweise kaltem Wetter sich gegen die Atommülltransporte zur Wehr setzten. Letztendlich wurde durch die vielfältigen Aktionen und Blockaden das Konzept der Polizeiführung, die Atommülltransporte mit möglichst geringem Aufwand und Aufsehen in's Zwischenlager zu schleusen, zerstört. Den politisch Verantwortlichen geht es ganz offensichtlich darum, die Polizei nicht einem 'Legitimationsdruck' gegenüber der Öffentlichkeit auszusetzen. Es sollten nur wenige Beamte eingesetzt werden *»damit hier nicht der Eindruck entsteht, wir würden hier den Aufstand proben.«*(Lage- und Führungszentrum Lüneburg).
Somit wurde der politische und finanzielle Preis für die Atommülltransporte auch durch die Aktionen 'Tag X '85' in die Höhe getrieben. Auf den zahlreichen Trebel-Treffen wurde dann auch betont, daß die Aktionen gegen die Transporte solange weiterlaufen sollten, bis das langfristige Ziel der Verhinderung der Transporte erreicht ist. Die Trebeler Diskussionen ergaben, daß es nicht möglich ist, jeden Transport zu blockier und daß die Blockaden nicht auf unbestimmte Zeit, z. B. über mehrere Wochen aufrecht erhalten werden können. Um einem Kräfteverschleiß durch ev. Fehlalarme entgegenzuwirken wurde die Definition der Alarmauslösung immer weiter differenziert. So wird jetzt Alarm ausgelöst, wenn klar ist, aus welchem AKW die Transporte kommen und daß auch in den nächsten Tagen Transporte aus diesem AKW zu erwarten sind. Nach der Alarmauslösung sollen dann für mehrere Tage Aktionen im Wendland laufen, bzw. machen sich bestimmte Initiativen auch Gedanken, den Transport schon vor dem Wendland zu begrüßen. Im Wendland soll das Blockadekonzept von der ersten Woche mit vier Punkten einen Ring um das Zwischenlager zu ziehen aufrecht erhalten werden.
Zielsetzung ist es, den Atommülltransport direkt zu blockieren, bzw. zu behindern. Das Gleiche gilt für Transporte, die mit dem im Bau befindlichen Endlager in Zusammenhang stehen. Hier wurde kritisiert, daß in der Vergangenheit zwar immer betont wurde, daß der Endlager-Baustellenverkehr genauso blockiert werden soll, wie die Atommülltransporte, dies aber nie in der gleichen Form geschehen ist. Dazu soll ein Blockade-Konzept erarbeitet werden, das dem Widerstand in Zukunft einen langen Atem beschert und ihn unberechenbar macht.

KARTOFFELLAGER STATT ATOMMÜLLAGER !!

Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg haben heute 300 Zentner Kartoffeln vor das Tor des Zwischenlagers in Gorleben gekippt!
Der Kartoffelpreis liegt heute bei ca. 3 DM für den Zentner Speisekartoffeln.
Er hat damit das Niveau der Jahre 1935-38 erreicht!! Die tatsächlichen Produktionskosten der bäuerlichen Familienbetriebe liegen heute aber bei mindestens 10 DM für den Zentner!
Gleichzeitig werden Milliardensummen ausgegeben um todbringende Atommüllager gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

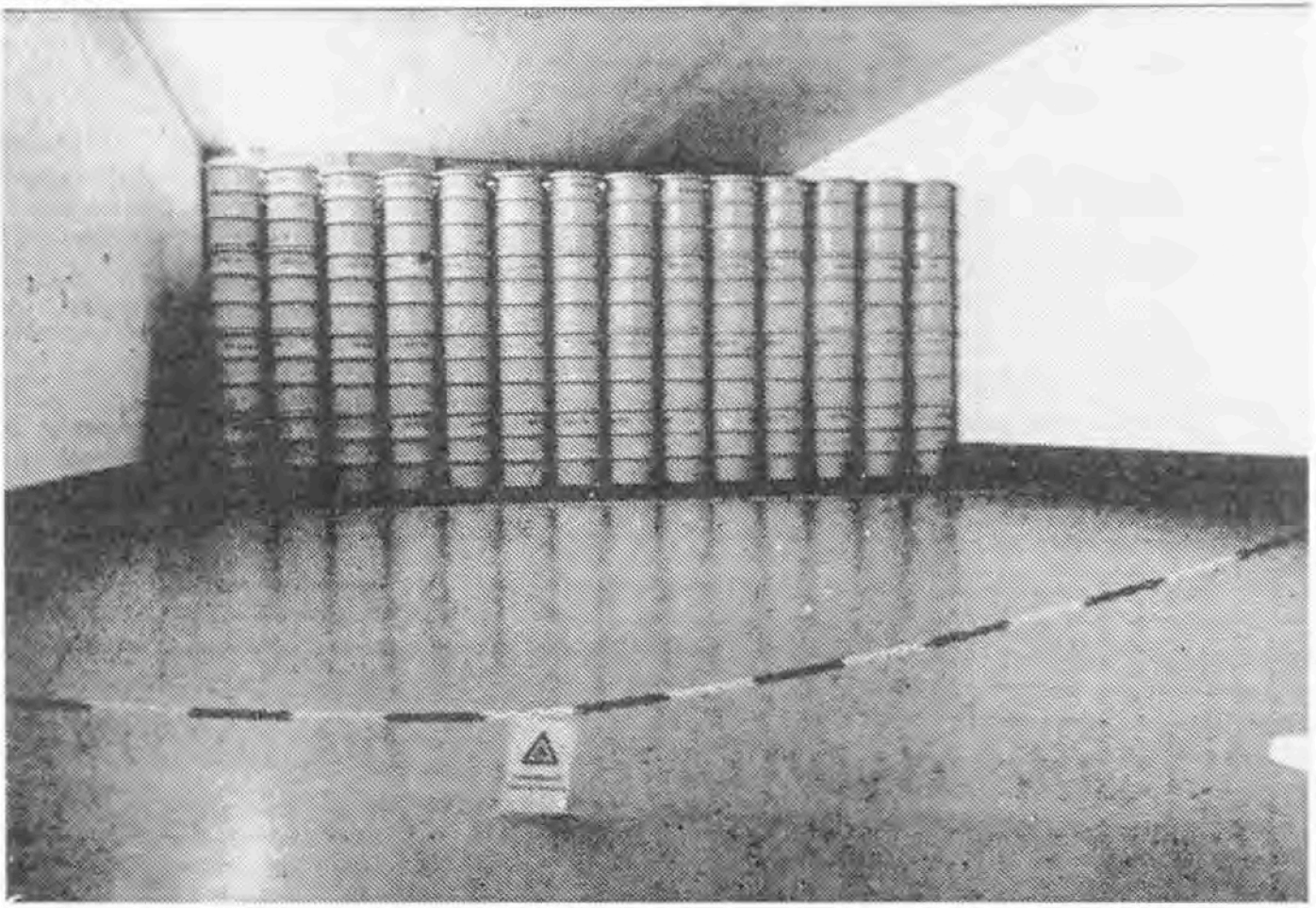
DIESE POLITIK TREIBT DIE LANDWIRTSCHAFT IN DEN RUIN ! !

Die verantwortlichen Politiker treiben ein schlimmes Spiel:
Die gewachsene landwirtschaftliche Struktur wird zerstört um der Agrarindustrie Tür und Tor zu öffnen. Subventionen und Hilfen werden gestrichen. Kleine und mittlere Betriebe sollen zum Aufgeben gezwungen werden.
Damit wird die Grundlage jeder Gesellschaft, nämlich die Produktion von gesunden Lebensmitteln zerstört.

Mit dieser Akion wird gefordert, daß die Finanzmittel, die in das illegal errichtete Zwischenlager investiert wurden, der notleidenden Landwirtschaft zugute kommen.

Erst wenn der letzte Baum gerodet,
der letzte Fluß vergiftet,
der letzte Fisch gefangen,
der letzte Bauer von seinem Hof vertrieben,
werdet Ihr feststellen,
daß man Geld nicht essen kann !!!

Erklärung der bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg vom 25.11.85 .



Neue Atomanlage für Gorleben

Mitte Oktober entschied die DWK, daß Albrecht doch seine Ausgleichsleistung für die gen Bayern entschwundene WAA erhalten soll – die sagenumwobene Konditionierungsanlage soll Wirklichkeit werden. Die DWK hat mittlerweile die ersten Planungsaufträge mit einem "Investitionsvolumen" von 600 Mio. DM vergeben, 200 Arbeitsplätze sollen dabei heraussprungen. Wie gehabt, sollen "soviel Aufträge wie möglich" an Lüchow-Dannenberger Firmen vergeben werden. Die Anlage soll zunächst zur "Erprobung der Anwendungsreife" auf einen Durchsatz von 35 t/a ausgelegt werden und später auf 350t ausgebaut werden. Die Projektstudie "Andere Entsorgungstechniken" (AE) ging in ihren Planungen sogar von einer Konditionierungsanlage von 7oot/a aus. Laut DWK handelt es sich bei der Konditionierungsanlage um ein "Pilotprojekt, das nicht alternativ, sondern additiv" zur WAA errichtet werden soll. Die endgültige Kapazität der Anlage dürfte allerdings maßgeblich von der Funktionstüchtigkeit einer WAA abhängen. Selbst die DWK rechnet bis zum Jahr 2000 mit 1550t abgebrannter Brennelemente, die absehbar weder in's Ausland können noch in der WAA bearbeitet werden. Noch nicht berücksichtigt bei dieser Zahl sind 2700t BE-Anfall, der angeblich in's Ausland soll und 2450t BE, die "auf Vorrat" für die WAA bereitgehalten werden sollen. Direkt endgelagert werden müssen auf jeden Fall die Hochtemperatur-BE und u.U. die MOX-BE und mehrfach wiederaufgearbeitete BE.

Die Konditionierungsanlage ist bislang im Atomgesetz noch nicht vorgesehen, hier gilt nach Zimmermann'scher Interpretation nur die Wiederaufarbeitung als "Entsorgung". Bundesregierung und Land Niedersachsen prüfen derzeit (wohlwollend) eine Genehmigung der Konditionierung nach §7 Atomgesetz. Sollte diese Konstruktion zu wackelig werden, wird sich, nachdem die WAA einigermaßen sicher unter Dach und Fach ist, auch Zimmermann einer Gesetzesänderung kaum verschließen, mit der beide Möglichkeiten als Entsorgung gelten würden. Dies würde auch Börner und der Rest-SPD aus der Zwickmühle helfen, die ihre "Entsorgungslösung" Direkte Endlagerung gesetzlich abgesichert haben wollen.

Standort des Luftschlosses soll Gorleben werden, hier besitzt die DWK in der Nähe des Endlagers noch Flächen aus der Planung des "Integrierten Entsorgungszentrums". Unklar ist derzeit der Standort Gorleben . Möglicherweise stellt die DWK ihren Genehmigungsantrag formal standortunabhängig. Sie bräuchte dann keinen Sicherheitsbericht vorzulegen sondern könnte diesen in Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden später erstellen.

Der Antrag auf das atomrechtliche Genehmigungsverfahren soll Anfang '86 gestellt werden, mit Baubeginn rechnet die DWK '88. Dies ist insofern pikant, als frühestens 1992 offiziell entschieden werden soll, ob der Salzstock Gorleben als Endlager geeignet ist. Die flotte Entscheidung zur Realisierung dieses Projekts, das bis heute nur auf dem Papier existiert, ist im Zusammenhang mit dem ab 1990 aus LA Hague zurückkehrenden Atommüll zu sehen, für den schleunigst eine "entsorgungslösung"aus dem Hut gezaubert werden muß. Laut dem der niedersächsischen Landesregierung nahestehenden "Rundblick" "muß die Konditionierung schon vor der Klärung des denkbaren Endlagers beginnen können", der La Hague-Abfall "muß zubereitet werden für die Endlagerung ... die Technik hat inzwischen Wege gefunden, auch konditionierte Brennelemente so lange zwischenzulagern, wie sich das aus etwaigen Verzögerungen bei der Klärung des Endlagers ergibt."

Entlarvend ist die Feststellung des

»Rundblick«, daß etwaige Verzögerungen »der Technik« die Möglichkeit verschaffen würde »*zusätzliche Erkenntnisse*« zu gewinnen, »die womöglich der Endlagerung neue Dimensionen geben könnten« - im Klartext: die erste Stufe der Anlage ist eine Versuchsanlage wie die WAA im Kernforschungszentrum Karlsruhe, Erkenntnisse außer auf dem Papier gibt es keine.

Technik bis heute unklar

Alle von den Betreibern genannten Daten der Konditionierungsanlage beziehen sich auf das in der Studie »Andere Entsorgungstechniken« (AE) ausgewählte »Referenzkonzept«, d.h. diese Anlage war Grundlage für den Systemvergleich zwischen dem »Entsorgungsweg« mit WAA und der Direkten Endlagerung. (s.a. Kasten)
Das Referenzkonzept sieht vor, die abgebrannten Brennelemente (BE) unzerlegt zu verpacken. Dabei sollen je drei BE in einer »Trockenlagerbüchse« gepackt werden, die zugeschweißt und anschließend in einem Endlagerbehälter verstaut wird.
Genauer untersucht wurde außerdem das Zerlegen der BE in die einzelnen Brennstäbe (alternativer Behandlungsweg), bei diesem Verfahren würden zehn statt drei BE in einen Endlagerbehälter passen.
Das dritte untersuchte Konzept (Behandlungsweg Kokille) ist ein Mischkonzept für Direkte Endlagerung und WAA mit für beide Verfahren einheitlichen Endlagergebinden. Die BE werden bei diesem Weg in Glaskokille verschmolzen. Dies setzt das Zerschneiden und Auflösen der BE voraus, d.h. die Anlage wäre einer WAA sehr ähnlich, wegfallen würde lediglich die Abtrennung von Uran und Plutonium.
Am wenigsten emissionsträchtig wäre das Referenzkonzept, da hier radioaktive Gase »nur« aus den nicht mehr intakten BE entweichen würden, die durch das Zerschneiden und Auflösen der BE entstehende Strahlenbelastung fiele weg. (Wenig Emission ist hier allerdings relativ zu sehen - auch beim Referenzkonzept wird z.B. für Krypton 85 mit einer Strahlenbelastung von 2500 Ci gerechnet, mehr als bei einem AKW.)
Nachteil aus Sicht der Betreiber ist, daß, um die gleiche Menge BE zu konditionieren wie in Konzept 2, mehr als dreimal soviel Endlagerbehälter benötigt würden, die sowohl als Kostenfaktor ins Gewicht fallen, wie auch platzmäßig, angesichts der unklaren Eignung des Salzstocks Gorleben.
Nach welchem Konzept die Konditionierungsanlage wirklich gebaut wird, ist von der DWK bislang offengelassen. Das Referenzkonzept der AE-Studie wurde aus Zeit- und Kostengründen gewählt, wahrscheinlich ist aber, daß aus den o.a. Gründen eines der anderen Konzepte verwirklicht wird. Das bedeutet, daß sich die in der Studie angegebene Strahlenbelastung und die Kosten wesentlich erhöhen, der Unterschied zur WAA wäre nur noch minimal.

Lieblingskind der SPD

Ein »*nicht zu verachtender Gesichtspunkt*« ist für den »Rundblick«, daß der »*zusätzliche Entsorgungsweg*« der direkten Endlagerung auch »*SPD sicher*« ist. Nach ihrem kosmetischen Abschied von der WAA, präsentiert die SPD die Direkte Endlagerung als »die Entsorgungslösung« - sauber, sicher, billig. Im hessischen Doppelviererpapier wurde diese Position auch von den Grünen übernommen. Mit dem Etikett »sauber, sicher, kostengünstig« will die SPD, die an der fehlenden Entsorgung krankende Akzeptanz der Atomenergie wieder auf die Füße helfen. Zur Lösung des Atommüllproblems trägt die Direkte Endlagerung ebensowenig bei, wie die WAA - es gibt weltweit keine für die Direkte Endlagerung bedeutsamen Konditionierungserfahrungen und noch weniger die entscheidenste Bedingung, ein sicheres Endlager, in dem der Müll direkt oder nach dem Umweg WAA gelagert werden könnte.
Dies wird indirekt auch von der SPD zugegeben, dies hält sie allerdings nicht ab, diese »Entsorgungslüge« massiv zu propagieren.

Was führen diese beiden netten Herren von der Atommafia im Schilde ?
Wird der böse Zimmermann seine dunklen Machenschaften in die Tat umsetzen ?
Werden die wackeren Wendländerinnen diese Pläne durchkreuzen können ?
Mehr darüber erfahren Sie in einer der folgenden Nummern der ATOM innerhalb der nächsten Halbwertzeit !

Konditionierung und Direkte Endlagerung

In der Konditionierungsanlage soll der Atommüll für die Endlagerung verpackt (konditioniert) werden. Grundsätzlich konditioniert werden müssen einerseits die WAA-Abfälle. Andererseits sollen auch die in der für Gorleben geplanten Konditionierungsanlage jene Brennelemente (BE) für die Endlagerung verpackt werden, die aus Kapazitäts- oder technischen Gründen nicht wiederaufgearbeitet werden, z.B. HTR-BE. Grundsätzlich konditioniert werden müssen aber auch die WAA-Abfälle, die ja ebenfalls endgelagert werden müssen.
Ursprünglich sollte die Direkte Endlagerung (DE) als Alternative zur WAA untersucht werden. Dies geht zurück auf den nach dem Fiasko mit der Gorleben-WAA gefaßten Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom Sept. '79, neben der Weiterarbeit am Entsorgungskonzept mit Wiederaufarbeitung, auch die DE zu untersuchen, war mit dem Ziel bis zur Mitte der 80er Jahre ein abschließendes Urteil über den weiteren Entsorgungsweg zu fällen.
Die Entscheidung der Bundesregierung für die Wiederaufarbeitung wurde dann allerdings schon vor Erörterung der nach dem Beschluß angefertigten Systemstudie »Andere Entsorgungstechniken« gefällt - die Direkte Endlagerung ist damit eine die WAA ergänzende Technik geworden.
(Eine ausführliche Darstellung der Direkten Endlagerung findet sich in der atom März/April '85)

Gorleben Rundschau

Eine Zeitung der
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Das steht in der
GORLEBEN RUNDSCHAU:

- Vom Winde verweht
  Wie sich die riesige Salzhalde auf die Umgebung auswirkt
- Gorleben ein politischer Standort
  Warum deutsche Geologen nicht glücklich sind
- DBE plant Salzklau
  Wie ein Diebstahl vor Gericht kam
- Milliarden im Sand
  Wer für das Bergwerk zahlt, wenn Gorleben kein Endlager wird.

Außerdem viele weitere Berichte, Glossen sowie salzige Sprüche aus Kalau.

Zwischenzeit

Gorleben 1982-1985

Ein Film von
Roswitha Ziegler
Niels Bolbrinker
Jochen Fölster
Gerhard Ziegler

Wendländische Filmkooperative

Die wendländische Filmkooperative zeigt in ihrem dritten Film keine selbstgefällige Dokumentation der hiesigen Anti-AKW-Bewegung, sondern geht der Frage nach, warum wir immer verlieren.

Grob gesagt, was hat sich in der Zwischenzeit, in den Jahren 1981-85 ,in Gorleben und Dragahn ereignet, was ist durch den Widerstand nicht passiert und was ist trotzdem passiert ?

Dabei stößt sie auf jenen Reisenden, den Akzeptanzforscher Gollwin.
Inhalt des Streifen's :
Der "unabhängige Soziologe" Gollwin reist nach Lüchow-Dannenberg, um mit wissenschaftlichen Kriterien die "gesellschaftliche Akzeptanz von technologischen Innovationen" zu analysieren. Ihn interessiert vorwiegend, wie man die immer wieder aufkommende Wut der Verlierer über ihr verlieren abschaffen kann.
Ziel seiner Untersuchungen ist es, eine Befriedungsstrategie zu entwickeln , um die "notorisch Aufsässigen" dazu zu bringen, "daß sie wollen, was sie dürfen".

Jochen Foelster in 'Zwischenzeit' als Akzeptanzforscher Dr.Gollwin

Aktionen der vergangenen Jahre passieren Revue und werden vom Wissenschaftler kommentiert : Gründung der Freien Republik Wendland bei 1004, Blockaden, ein Protestmarsch eines Wanderers. Man sieht ihn bei der Arbeit, wie er den Gevatter Tod ebenso befragt, wie maskierte Strommastkommandos und den Sprecher der Probebohrer. Er begrüßt die eintreffenden Teilnehmer an der Menschenkette wie ein Pfarrer seine Seniorengruppe und reiht sich selbst grinsend in die Kette ein.
Im Büro erläutert Gollwin seine Thesen, beschreibt die Widerstandsbewegungen der letzten Jahre anhand einer Kurve, und und und ....
Kurz und gut : Ein amüsanter und auch nachdenklich stimmender Film. Er ist auszuleihen bei :

ZENTRAL FILM GMBH, Friedensallee 7, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/391317
ZWISCHENZEIT, 1985, F, 125 min, 16 mm

Folgende Erklärung erhielten wir anonym zugesandt, die wir hier im Wortlaut dokumentieren.

Gebohrt wird nicht!

Am 23.10.85 haben wir ein fettes Bohrfahrzeug und einen Wasser-Laster unweit des Atommüllendlagers Asse II dermaßen beschädigt, daß die Tiefbohrungen dort abgebrochen werden mußten.

Derzeit läßt die GSF (Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz) an verschiedenen Stellen in der Nähe der Deponie Bohrungen durchführen. Damit will sie endlich die passenden Daten zu sammenschustern für einen Sicherheitsbericht, der eine neuerliche Endlagerung von Atommüll und verschiedene Forschungsprojekte legitimieren soll. An diesen Arbeiten maßgeblich beteiligt ist die Firma Etschel u. Meyer (E + M) Bohr GmbH, Maschinenfabrik und Tiefbohrunternehmen aus Hof/Bayern. Sie hat erstmal zwei ihrer Fahrzeuge eingebüßt.

In einer Phase, in der staatliche Stellen in Einklang mit allen staatstragenden Parteien der Atomlobby verstärkt zur ungehinderten Profitmaximierung verhelfen,

HERZ

- WAA Wackersdorf
- Schneller Brüter Kalkar
- Zwischen- und Endlager Gorleben, demnächst
- Konditionierungsanlage
- Schacht Konrad/Salzgitter, Asse II usw.

halten wir es für wichtig, diesen Vorhaben gezielt durch dezentrale Aktionen entgegenzutreten.

Wasserwerfer, mit denen die Herr-schenden demonstrierende Menschen u.a. in Gorleben schwer verletzen und einen Günter Sare umbringen lassen, sollten nur einen Schrottwert haben.

genau wie Bohrfahrzeuge, die nach der Planierung großer Waldflächen für 'unsere Sicherheit' eingesetzt werden! Wir finden es richtig, unsere Anteilnahme an den vielfältigen Aktionen gegen die Atommülltransporte ins Wendland auch und gerade hier zum Ausdruck zu bringen. Direkt vor der Nase haben wir Schacht Konrad und Schacht Asse II, zwei der drei Eckpfeiler des Endlagerprogramms der Atomindustrie.

Die WALDGGEISTER grüßen Jim Knopf und die Wilde 13

SCHLÄGE

Brandanschlag auf Baufahrzeuge

Feuer bei Hoppe & Stolt in Karwitz – Immenser Schaden

Karwitz. Hochwertige Fahrzeuge und Maschinen der Firma Hoppe & Stolt Frischbeton in Karwitz sind in der Nacht zum Sonnabend einem Brandanschlag zum Opfer gefallen. Bislang ist es der Kriminalpolizei nicht gelungen, die Täter zu ermitteln, die vermutlich gegen 3.30 Uhr auf dem Betriebsgelände ihr Unwesen trieben. Männer der Feuerwehren aus Dannenberg, Karwitz und Gülden hatten die einzelnen Brände zwar binnen kurzer Zeit unter Kontrolle, konnten jedoch nicht verhindern, daß immenser Schaden entstand.

Gegen 3.30 Uhr waren die Flammen bemerkt worden. In vier Betonmischfahrzeugen, einem Radlader und in einer neuwertigen, teuren Großmastbetonpumpe hatten die Brandstifter Feuer entfacht. Die Spezial-Lkw wurden zum Teil zerstört, zum Teil erheblich beschädigt.

Mitarbeitern des Unternehmens, die am Sonnabend zum Ort des Geschehens kamen, bot sich ein trostloses Bild. Die Führerhäuser der betroffenen Lastwagen waren ausgebrannt, Fensterscheiben herausgedrückt, Armaturen ausgeglüht, Schläuche verschmort: Von Arbeitsplätzen waren nur noch verkohlte Trümmer übrig!

Auf die Frage der EJZ, wie die Brandstifter bei ihrer Tat vorgegangen waren, deutete ein Beamter des Kriminaldauerdienstes Sonnabend nachmittag an, es sei „etwas" gefunden worden, das auf die Verwendung von Brandbeschleunigern hindeute. So bezeichnen Fachleute bestimmte brennbare Flüssigkeiten.

Gefragt, wie hoch der Schaden anzusetzen sei, beschied der Mann von der Kripo wörtlich: „Wir sind keine Schätzer" und fügte hinzu, Sachverständige müßten die Fahrzeuge begutachten, um eine Einstufung vornehmen zu können. Doch auch ohne Experte zu sein, darf man – angesichts des Neuwertes der Lkw und Maschinen – durchaus annehmen, daß der Schaden mindestens eine Million DM beträgt. Nachteilige Auswirkungen des Anschlages für die Arbeitnehmer: Die Männer, die bislang auf ihren Mischern und an speziellen Maschinen qualifizierte, verantwortungsvolle Tätigkeiten verrichteten, werden nun an anderer Stelle im Betrieb eingesetzt und müssen mit ungewohnten, vermutlich auch anspruchsloseren Arbeiten vorliebnehmen. Darüber hinaus werden sich die Folgen der Brandstiftung „insgesamt beschäftigungspolitisch ungünstig auswirken", befürchtet Friedrich Hinrichs, Prokurist bei Hoppe & Stolt.

Brauchbare Hinweise auf die Täter gibt es offenbar noch keine. Es sei weder ein Bekennerbrief noch ein entsprechender Anruf eingegangen, so lautete die Auskunft des Kriminaldauerdienstes am Sonnabend.

EJZ, 17.10.85

In der Bevölkerung hat der Anschlag erheblichen Unmut erregt. Viele Bürger erinnern sich daran, daß Anfang Dezember 1983 schon einmal die Firma Hoppe & Stolt Ziel einer Brandstiftung war; seinerzeit hatten Unbekannte einen Brandsatz in das Verwaltungsgebäude des Unternehmens in Prisser geworfen. Aufgeklärt wurde diese Tat nicht. -jg-

AUSGEBRANNT sind die Führerhäuser mehrerer hochwertiger Fahrzeuge der Firma Hoppe & Stolt. Der Schaden, den die unbekannten Brandstifter durch ihren nächtlichen Anschlag in Karwitz anrichteten, ist erheblich. Aufn.: H. Jung

Brandanschlag auf Rüttler

Lüchow. Auf eine Baumaschine, die zum Feststampfen von Erdreich und Steinen benutzt wird, einen sogenannten Rüttler, verübten Unbekannte in den frühen Sonntagstunden in Lüchow einen Brandanschlag. Die Täter entfachten im Tank des Geräts, das in der Drawehner Straße stand, ein Feuer. Durch die Flammen wurde eine benachbarte Baubude in Mitleidenschaft gezogen. Polizeibeamte, die zum Ort des Geschehens eilten, konnten das Feuer löschen.

EJZ, 20.9.85

Die Geschichte von den sieben Zwergen

Teil II

Da setzte sich der Oberbergingeniuer schnell ans Telefon und rief den Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft an, der ihm befohlen hatte, bei Gorleben zu bohren. Er erzählte dem Direktor, daß man die erste Bohrung abbrechen mußte. Er sagte auch, daß er und die anderen Techniker und Bergleute etwas Angst bekommen hätten und es ihnen lieber wäre, überhaupt mit dem Bohren hier aufzuhören. Denn, so meinte er, wenn es hier eine Gasblase gäbe, dann gäbe es sicher noch mehr davon, und das könne gefährlich werden.

Da wurde der Direktor wütend. Er sagte: "Wir bezahlen Sie gut dafür, daß sie schnell und tief bohren. Sie wissen genau, daß wir dringend Löcher für den Atommüll brauchen. Sonst müssen wir alle Atomkraftwerke abschalten — aber das kommt überhaupt nicht in Frage! Wenn da etwas mit den Gestängen und den Gasblasen nicht stimmt, ist das wahrhaftig Ihr Problem — ich will davon überhaupt nichts hören! Jetzt bohren Sie gefälligst weiter, und zwar ganz schnell, sonst fliegen Sie raus und wir stellen einen anderen Oberbergingenieur ein."

Da war der Oberbergingenieur völlig eingeschüchtert, weil der Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft ein mächtiger Mann war und ihm auch viel Geld bezahlte. Außerdem dachte er sich: "Der Direktor da oben wird schon wissen was er tut." So ging seine Mannschaft wieder an die Arbeit, und es wurden neue Bohrungen niedergebracht. Dabei trafen sie noch öfter auf Blasen mit Gas, und auch auf solche mit Wasser, aber sie machten trotzdem weiter.

Die Zwerge hatten in der Zwischenzeit "Kriegsrat" gehalten. Einige waren sehr wütend und machten den Vorschlag, die Bohrer mit harten Steinen kaputt zu machen. Schließlich setzten sich aber die Bedächtigeren durch, die zuerst einmal genau auskundschaften wollten, was denn eigentlich dort oben los sei. Die drei geschicktesten und gelenkigsten Zwerge wurden ausgesandt. Sie kletterten im ersten Bohrloch hoch. Als sie sich der Erdoberfläche näherten, hörten sie Stimmen. Ganz vorsichtig krochen sie weiter, klammerten sich am oberen Ende des Loches fest und belauschten die Unterhaltung der Menschen.

Gerade sagte der Oberbergingenieur: "Ihr braucht keine Angst zu haben. Der Atommüll ist zwar sehr gefährlich, aber unheimlich gut verpackt. Da kann nichts rauskommen. Und wenn es ersteinmal tief im Salz liegt, kann schon gar nichts mehr geschehen." Ein junger Bohrtechniker fragte: "Ich habe aber gehört, daß dieser Müll sehr heiß ist, weil er sich durch seine Radioaktivität selbst erwärmt — das ist jedenfalls ganz anders als bei normalem Abfall. Und die Strahlen, die er aussendet, sollen auch Veränderungen in Stoffen bewirken — sie sollen zum Beispiel Wasser zersetzen?" "Ach was," meinte der Oberbergingenieur, "die Wärme macht gar nichts, das haben die Wissenschaftler längst ausgerechnet. Und das sich Wasser zersetzen kann, ist völlig egal — dort unten ist ohnehin kein Wasser, wie sollte denn welches hinkommen? Und jetzt genug geredet, geht alle wieder an Eure Arbeit. Und ich will nichts mehr von der Gasblase und dem verbogenen Gestänge hören: Ich verbiete Euch allen, darüber zu reden!" So sprach der Oberbergingenieur, aber im Herzen war ihm gar nicht wohl dabei.

Die drei Zwerge kletterten leise zurück und berichteten den anderen. Ein Zwerg, der wie kein anderer die Eigenheiten des Salzes kannte und beobachtet hatte, erklärte: "Ich verstehe das nicht. Mir scheint, daß diese Menschen sehr dumm sind. Wenn dieser Atommüll tatsächlich Wärme abgibt, dann wird das dem Salz schaden. Es gibt da Kristalle im Salzstock, die Wasser an sich gebunden haben. Sie können dieses Wasser für Jahrmillionen festhalten. Werden sie aber erwärmt, ist es damit vorbei: Das Wasser wird frei und kann

den Atommüll samt seiner Verpackung auflösen. Auch gibt es jetzt schon große Wasserblasen im Salz, die zu dem heißen Müll hinwandern würden. Und wenn dann durch die Strahlung auch noch das Wasser selbst verändert wird — kein Zwerg weiß, was dann geschieht, aber ungefährlich ist das nicht! Die Gasblasen können natürlich auch besonders gefährlich werden, wenn das Salz rundum erwärmt wird!"

Und ein zweiter Zwerg, der seit urdenklichen Zeiten die Gesteinsschichten am Rande des Salzstockes bewachte, zupfte lange nachdenklich an seinem Bart und meinte dann: "Durch die Wärme wird sich der Salzstock auch ausdehnen und auf das Gebirge ringsum drücken. Und da gibt es viele keikle Stellen — es kann dann geschehen, daß Wege für Wasser geöffnet werden. Wenn das Wasser aber an den Salzstock herankommt, dann kann es auch Spalten im Salz selbst finden und zu dem Atommüll hinsickern!" "Und bleibt es dann nicht dort unten?" fragte ein anderer Zwerg. "Leider nicht! In den Gesteinsschichten rund um den Salzstock fließt das Grundwasser ziemlich schnell. Wenn es nun in den Salzstock eindringt, dann wird es immer weiter gedrückt und findet wahrscheinlich irgendwo auch einen Weg nach außen."

"Das bedeutet also," erklärte nun der klügste Zwerg, "daß dieser giftige Müll — denn daß er sehr giftig ist, hat einer der Menschen selbst klar gesagt — von unten her schließlich in die Brunnen und Flüsse, in die Quellen und Teiche gelangen kann. Mensch und Tier können daran zugrunde gehen. Und für uns hier unten wird es schon viel früher sehr ungemütlich. Wir müssen die Menschen, die in der Umgebung leben, warnen. Damit helfen wir ihnen, und auch uns selbst!" — Alle waren einverstanden.

Und so kam es, daß kurz darauf ein alter Bauer ein seltsames, fast unheimliches Erlebnis hatte. Er war kurz vor Sonnenuntergang noch auf seinem Feld beschäftigt, das einsam mitten im tiefen Walde lag. Da sah er gerade dort, wo die Sonne eben die Baumwipfel berührte, einige kleine Gestalten mit halbverhüllten Gesichtern und weiten Umhängen stehen. Er konnte sie nicht genau erkennen, da er ja durch die letzten Sonnenstrahlen geblendet wurde. Sie winkten ihm zu. Langsam trat er näher. Als er auf etwa zehn Meter herangekommen war, riefen sie: "Halt! Nun bleibe stehen und höre uns zu!" Und sie erzählten ihm vom Atommüll. Sie erklärten ihm die Gefahr, in der die ganze Umgebung schwebt, selbst wenn das giftige Zeug ganz tief in den Salzstock gesteckt wird.

Der Bauer hörte sich alles an. Schließlich war die Sonne untergegangen, ein kalter Wind blies über das Feld. Er fragte: "Wer seid ihr?", aber da waren von einem Augenblick zum nächsten die eigenartigen Männchen verschwunden. In tiefe Gedanken versunken ging er nach Hause.

Die Bauern von Gorleben waren keineswegs ahnungslos gewesen. Sie hatten von Anfang an die Bohrungen nicht gerne gesehen. Der Landstrich, unter dem der Salzstock lag, war ziemlich abgelegen. Es gab dort keine großen Städte und nur wenige, kleine Fabriken. Nicht einmal eine Eisenbahnlinie war vorhanden, nur einige schmale Straßen, auf denen hin und wieder Autos fuhren und einmal am Tag auch ein Autobus. Zwischen ausgedehnten Wäldern lagen weite Felder und Weiden. Die meisten Menschen, die in der Gegend von Gorleben wohnten, waren Bauern. Sie bauten Kartoffeln, Zuckerrüben, Getreide, Mais und vieles andere an. Manche hielten auch Kühe, Schweine, Schafe, Ziegen und andere Tiere.

Gleich nachdem die ersten Gerüchte aufgetaucht waren, daß bei Gorleben Atommüll gelagert werden solle, hatten sich die Bauern über Atomkraft zu informieren begonnen. Sie kamen mit Leuten aus anderen Teilen Deutschlands zusammen, in deren Nähe schon Atomkraftwerke gebaut worden waren, und die schon besser Bescheid wußten. So erfuhren sie, daß der Atommüll eine sehr, sehr fragwürdige Sache ist. Sie fanden die Idee, diesen Atommüll unter der Erde zu lagern, von Anfang an nicht besonders gut. Gerade die Landwirtschaft wird durch den Atommüll nämlich besonders gefährdet: Die Pflanzen auf dem Feld und das Gras auf der Weide nehmen die giftigen Stoffe durch ihre Wurzeln aus dem Boden auf, wenn der Atommüll einmal in das Grundwasser gelangt ist. Die Kühe und anderen Tiere fressen dann die vergifteten Pflanzen. Die Kinder, die die Milch dieser Kühe trinken, bekommen die radioaktiven Stoffe dann in ihren Körper. Ebenso geht es allen Menschen, die die Kartoffeln oder die anderen Früchte essen, die auf den vergifteten Feldern gewachsen sind.

Das teuflische an den radioaktiven Stoffen ist, daß man sie nicht riecht und nicht schmeckt. Menschen, Tiere und Pflanzen werden auch nicht plötzlich krank, sondern ganz allmählich. Wie wir schon wissen, kann es viele Jahre dauern, bis eine Krebserkrankung ausbricht. Wenn man es merkt, ist es meistens schon zu spät, und man kann sie nicht mehr heilen.

Das alles wußten die Bauern, und sie hatten Angst. Sie hatten daher schon viel früher, lange vor den ersten Bohrungen, dem Oberbergingenieur und seinen Leuten gesagt: "Eigentlich sind wir ja dagegen, daß Ihr hier bohrt, weil das Ganze so gefährlich ist. Aber wenn Ihr schon bohren müßt, dann gebt erst den Atommüll in die Löcher im Salzstock, wenn Ihr ganz sicher wißt, daß nichts passieren kann. Vor allem müßt Ihr ganz genau aufpassen, daß ja kein Wasser zu dem Atommüll kommen kann, damit er nicht ausgewaschen und nach oben gebracht wird. Und Ihr müßt uns garantieren können, daß auch nach einer Million Jahre noch kein Wasser zum Atommüll kommt, denn wir wissen, daß er so lange giftig bleibt!" Damals hatte der Oberbergingenieur den Bauern geantwortet: "Wir versprechen Euch, daß wir ganz vorsichtig sein werden. Und wenn uns beim Bohren irgendetwas auffällt, dann werden wir es Euch gleich erzählen." Und er hatte auch wirklich vorgehabt, den Bauern zu erzählen, daß die erste Bohrung unter sehr unerfreulichen Umständen beendet werden mußte. Aber nachdem der Direktor ihm befohlen hatte, rasch weiterzubohren, hatte er es nicht mehr gewagt, mit den Bauern zu sprechen. Er befürchtete, daß diese Krach schlagen würden, wenn sie erfahren, daß da unten im Salzstock eigenartige Dinge vorgingen. Und dann würde es wieder Ärger mit dem Direktor geben.

Nun hatten die Bauern aber durch die Zwerge schon erfahren, daß der Atommüll im Gorlebener Salzstock nicht sicher gelagert werden kann. Nach den Erzählungen der geheimnisvollen Gestalten am Waldrand war klar, daß früher oder später Wasser zu dem Müll ge-

langen und ihn nach oben waschen würde. Auch die Geschichte mit der Gasblase und dem verbogenen Bohrgestänge hatten die Zwerge erzählt. Der alte Bauer erzählte nun seinen Freunden von der eigenartigen Begegnung. Alle nahmen die Sache ernst — keiner versuchte die Geschichte lächerlich zu machen. Dafür lag ihnen zu viel daran, zu verhindern, daß ihre Heimat mit giftigen Stoffen verseucht würde. Sie beschlossen, eine Abordnung zum Oberbergingenieur zu schicken und ihn zu befragen.

Der Obergergingenieur war natürlich nicht begeistert, als die Bauern zu ihm kamen. Es kamen aber nur einige wenige, etwa ein halbes Dutzend, und er meinte, es müsse leicht sein, sie zu beruhigen und wieder heimzuschicken. So sagte er: "Es ist alles in bester Ordnung. Wir wissen doch, was wir tun — dafür sind wir ja Fachleute. Vertraut uns — wir haben alles ganz fest im Griff!"

Die Bauern aber antworteten: "Wir glauben Dir nicht!" Und der alte Bauer mit dem vom Wetter gegerbten Gesicht, der die Zwerge gesehen hatte, blickte dem Oberbergingenieur fest ins Auge und sagte: "Es geht die Sage hier im Land, daß im Salzstock Zwerge leben und ihn behüten. Sie sind als Wächter eingesetzt, weil der Salzstock sehr empfindlich ist: In seinem Innern sollen große Gasblasen sein, und es gibt Wege, auf denen Wasser eindringen kann. Wenn das so ist, dann darf kein Atommüll in den Salzstock gebracht werden. Darum zeigt uns Eure Bohrgestänge und laßt uns in die Bohrlöcher schauen, damit wir selbst sehen können, was da los ist."

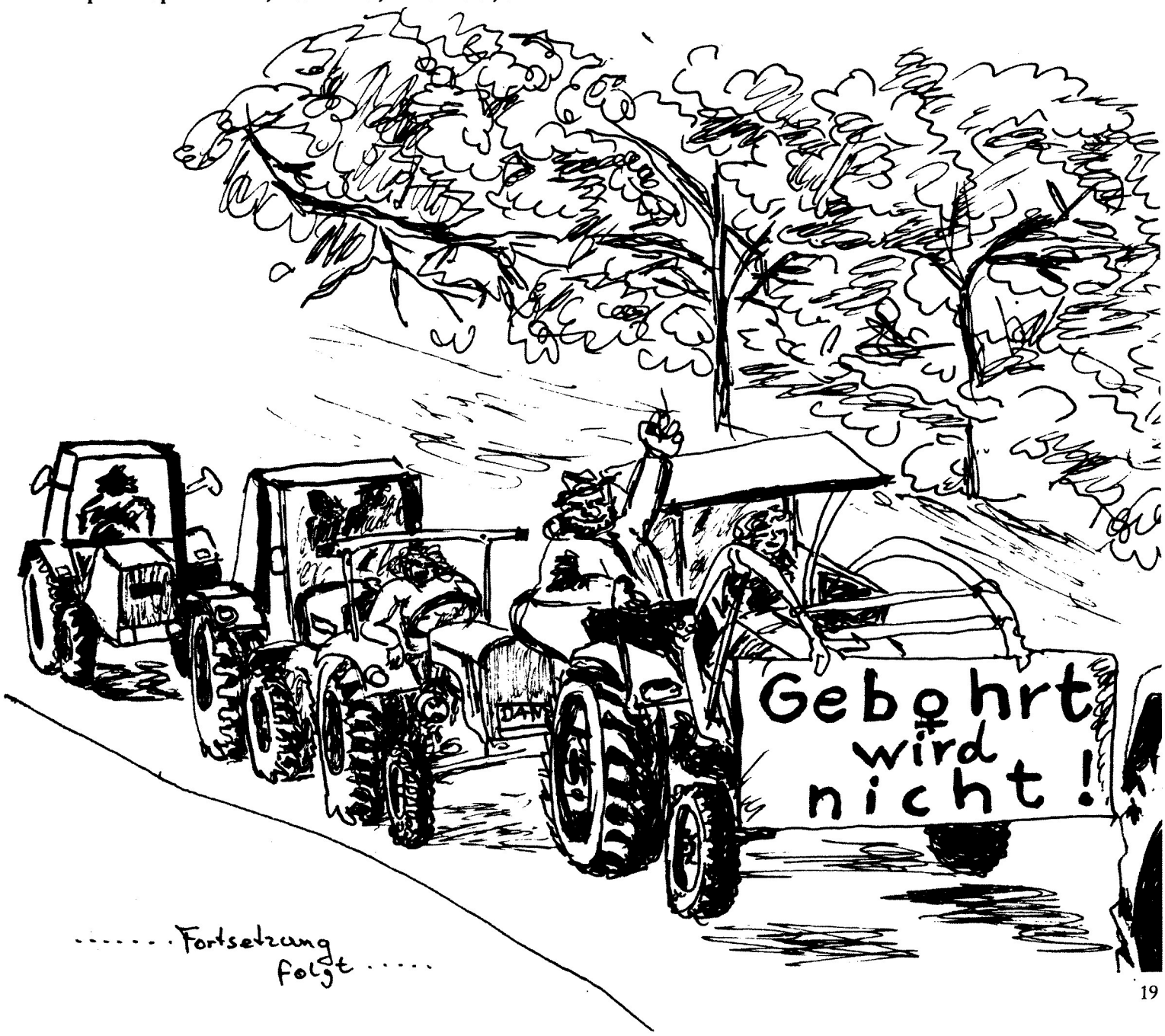
Der Oberbergingenieur lachte höhnisch. Er wollte nicht an Zwerge glauben und sich schon gar nicht an die unangenehmen Vorfälle erinnern, die beim Bohren passiert waren. Frech sagte er: "Geht doch nach Hause und schaut unter Euren Misthaufen nach, ob dort vielleicht Zwerge hocken! In unsere Bohrlöcher dürft Ihr nicht gucken. Was Ihr hier erzählt habt, ist kindischer Quatsch."

Die Bauern sahen ein, daß es unmöglich war, mit dem Oberbergingenieur vernünftig zu sprechen. Sie gingen wieder nach Hause und erzählten allen ihren Freunden, was sich zugetragen hatte. Sie beschlossen, nochmals zum Bohrplatz zu gehen — aber diesmal alle zusammen! So holten sie ihre Trecker aus der Scheune und trafen sich zu einem langen Zug — erst waren es ein paar Dutzend, dann Hunderte, und schließlich Tausende, und immer noch kamen einzelne herangefahren, die man erst später gerufen hatte. Es waren so viele, daß der erste Trecker den Platz schon erreicht hatte, während die letzten sich gerade erst auf den Weg machten.

Als die Bauern am Bohrplatz ankamen, machten sie mit ihren Traktoren einen großen Kreis rund um die Bohrgeräte, die dort standen. Sie stellten einen Trecker neben den anderen, sodaß niemand sich durchschleichen konnte. Dann suchten ein paar Bauern den Oberbergingenieur, der sich vor Angst hinter einem Bohrturm verkrochen hatte und jetzt gar keine Lust mehr hatte, frech gegen die Bauern zu werden, und sagten ihm: "Wir lassen uns von Dir nicht verhöhnen! Wir bleiben jetzt solange mit unseren Treckern hier, und lassen niemand rein oder raus, bis Ihr uns die Geräte gezeigt habt und wir in die Bohrlöcher gucken konnten. Jetzt interessiert es uns noch viel mehr als zuvor, weil Euch gar so viel daran liegt, daß wir nichts sehen."

Und die Bauern machten es sich bei ihren Traktoren gemütlich. Manche packten Spielkarten aus, andere Wurst, Brot und Bier, und sie richteten sich darauf ein, solange dort zu bleiben, wie es nötig war. Es waren natürlich mit den Bauern auch viele Bäuerinnen mitgekommen, die genausogut mit den Traktoren fahren konnten, und auch Angst vor dem Atommüll hatten. Sie waren auch bereit, auf dem Bauplatz zu bleiben.

Am Abend zündeten sie Lagerfeuer an und berieten, was sie noch tun konnten, um zu erreichen, daß sie die Bohrgeräte ansehen und in die Bohrlöcher schauen durften. Sie beschlossen, Botschaften an ihre Freunde in den Städten zu schicken, damit die Menschen überall erfahren, was in Gorleben gerade passiert war. Sie kannten ja schon von früher viele Menschen überall im Lande, die wie sie gegen die Atomkraftwerke waren. Die hatten ihnen versprochen, daß sie ihnen helfen würden, wenn einmal in Gorleben gebohrt werden sollte, und daß sie mit ihnen darauf achten würden, daß alles mit rechten Dingen zuginge. Da die Bauern keine Zeit verlieren wollten — sie mußten ja schließlich wieder zurück auf ihre Felder, und zu ihren Kühen und Schweinen, die im Augenblick nur, so gut es ging, von einigen älteren Bauern und Bäuerinnen versorgt wurden —, schickten sie ihre Boten gleich in derselben Nacht los. Manche von ihnen fuhren mit dem Rad, andere ritten sogar auf Pferden. Die meisten aber liefen zum nächsten Bahnhof, um mit dem Zug in alle großen Städte Deutschlands zu fahren.



.....Fortsetzung folgt.....

News from USA

by Jens Scheer

Ertappt!

Amerikanischen Behörden wurde grobe Fälschung von Radioaktivitätsdaten nachgewiesen!

Umweltschützer argwöhnen seit langem, daß es bei der Angabe von radioaktiver Umweltverseuchung nicht immer mit rechten Dingen zugeht, und dieses zumindest teilweise darauf zurückgeht, daß die in der Umgebung von Atomanlagen Beobachtungen von Krankheits- und Todesfällen als unglaubwürdig zurückgewiesen werden.

In den USA ist es nun Prof. Sternglass gelungen, derartige Fälschungen aufzudecken - der Skandal beschäftigt z.Zt. einen Ausschuß des US-Kongresses.

Seit 1974 haben die US-Behörden nicht nur den Umfang der veröffentlichten Daten über amtliche Messungen von radioaktiven Stoffen in der Milch und anderswo drastisch eingeschränkt, sie führten auch ein anderes Darstellungsverfahren ein. Es werden seither nicht mehr die über den normalen Untergrund herausragenden Messungen veröffentlicht, sondern die Rohdaten, die **man** erhält, wenn **man** die Zählraten, die ein Detektor ohne die zu untersuchende Substanz liefert, abzieht von den mit Probensubstanz erhaltenen Zahlen (kann mann das nicht anders ausdrücken? d. s'innen). Das ist eigentlich ein ganz korrektes Verfahren, denn es gibt einem ein Gefühl für die Genauigkeit einer Messung. Sowohl die Anzahl der radioaktiven Strahlungen, die ein Detektor ohne Probensubstanz davor registriert (die kommen von der natürlichen Umweltradioaktivität u. der kosmischen Strahlung), als auch die mit Probe registrierten, schwanken statistisch um einen Mittelwert. Bei sehr schwacher oder gar keiner zusätzlicher Radioaktivität in der Probensubstanz kann es dann schon mal vorkommen, daß in dem Zeitinterval, in dem ohne Proben gezählt wird, mehr Zahlen registriert werden, als wenn die Probe mit vor dem Zähler liegt. In diesem Fall ergibt sich bei dem Abziehen der ersten von der zweiten Zahl eine negative Zahl.

Wenn z.B. im Durchschnitt pro Minute durch natürliche Radioaktivität und kosmische Strahlung der Betrag 10 ist, kann das bei einer einzelnen Messung etwas schwanken; **man** registriert z.B. mal 8 dann 11, dann mal 9, dann 7, dann 12, usw. Wenn durch die Probe jeweils zwei hinzukommen, aber während der Messung von Probe und Untergrund der Untergrund zufällig nur 7 betrug, zieht **man** von der aus 2 + 7 gebildeten Zahl 9 die mittlere Untergrundzahl 10 ab und erhält eine negative Zahl, nämlich -1. Das ist nicht weiter schlimm, denn es werden wieder positive Zahlen folgen, und im.

Durchschnitt ergibt sich dann eine Zahl 0, wenn wirklich kein Effekt vorhanden war. Tatsächlich sehen die Tabellen auch so aus, daß, wenn nichts besonderes vorlag, die Zahlenangaben, aufgeschlüsselt nach Monaten und den einzelnen Staaten der USA, statistisch 0 streuen, also etwa eine Folge -1, + 2, + 3, -2, + 2, -1, -2,... usw..

Dann fiel Sternglass aber folgendes auf. In der Folge nach einem unterirdischen Atombombentest in Nevada gingen die Angaben für das langlebige Isotop Cäsium-137 für einige Monate in die Höhe und sank dann wieder auf das eben genannte Pendeln um den Nullpunkt ab.

Dadurch aufmerksam gemacht, schaute er sich die Daten für die kurzlebigen Stoffe an, nämlich Barium 140 mit 14 Tagen und das Jod 131 mit 8 Tagen Halbwertzeit. Und siehe da, zur selben Zeit zeigten diese Isotope **negative** Werte, und zwar weit außerhalb des statistischen Schwankungsbereichs. Und das Phänomen trat systematisch auch für die an Nevada angrenzenden Staaten auf, wenn auch mit weniger großen negativen Zahlen. Die größten negativen Zahlen waren etwa für Barium 140 nach dem Untergrundversuch: in Nevada -42, in Utah -33, in Oregon -20, in Colorado ebenfalls, in Californien ebenfalls -20, und Arizona und Montana -13, in Idaho -8, in Wyoming und Washington -3. Vorher und nacher waren in allen diesen Staaten die Werte maximal + oder -5 gewesen, meist + -1 oder 2 oder 0. Ganz ähnlich waren die negativen Werte für Jod 131, während wie gesagt für das langlebige Cäsium 137 überall die entsprechenden positiven Werte waren. Nach einiger Zeit pendelten sich auch in allen genannten Staaten wieder die alten,kleineren Werte ein. Das sieht also ganz so aus, als wenn folgendes passiert ist: die Meßdaten zeigten nach dem Untergrundversuch für alle drei Isotope positive Zahlen. Große Panik bei den zuständigen Stellen: das Cäsium 137 kann **man** ja tolerieren, das kennt **man** wegen seiner langen Lebensdauer von dem Atombombenversuchen in der Atmosphäre in den 50er Jahren. Wenn davon mal etwas mehr erscheint, kann das zufällige Erhöhung sein, weil mit dem Regen und Wind von

anderswo her etwas in die Regionen gebracht wurde. Also kein Grund zur besonderen Aufregung.
Anders aber die kurzlebigen Isotope. Wenn das jemandem auffällt kann man schlecht bestreiten, daß das aus dem unterirdischen Bombenversuch kommt. Dagegen wird schon lange protestiert, schon früher sind bei diesen angeblich unschädlichen Explosionen radioaktive Stoffe durch Erdspalten an die Oberfläche gekommen und es gibt zahlreiche Statistiken, die belegen, daß das die typischen Strahlenschäden in den benachbarten Orten und Landstrichen in Nevada und Utah zur Folge hatte. Diese Spitzen, die von Jod-131 und Barium 140 herrühren, müssen also irgendwie weg. Und das einfachste ist, man versieht sie einfach mit negativen Vorzeichen, dann fallen sie jedenfalls bei der alleroberflächsten Betrachtungsweise nicht auf, denn man weiß ja, negative Zahlen sind unsinnig, sie ergeben sich nur durch das Abziehen des Untergrunds und sind eher ein Anzeichen, daß gerade wenig zusätzliche Radioaktivität vorlag. Und beim Jahresmittel ziehen sie die Gesamtzahlen etwas nach unten, was auch kein schlechter Nebeneffekt ist.
Ärgerlich dann, wenn ein so sorgfältiger Kritiker wie Sternglass sich auch die negativen Zahlen genauer ansieht und dann merkt, daß das keine stastistischen Schwankungen sein konnten, sondern daß da jemand manipuliert hat.
Halb scherzhaft sagte er mit: Diese Fälschungen sind so grobschlächtig - jeder Student, der Praktikumsversuche fälscht, weiß wie man eleganter mogelt, damit es nicht so auffällt - da kann man ja direkt vermuten, daß in dem offiziellen Institut jemand sitzt, dem hat der Chef gesagt:»Machen Sie mal die Barium- und Jodwerte weg«. Und der hat das dann so auffällig gemacht, weil er will, daß das jemand von der Gegenseite merkt.
Diese »Hypothese« vom Partisan im Apparat verflog freilich rasch, als Sternglass merkte, daß das kein Einzelfall war. Nach einem schweren Unfall an der Ostküste, am Pilgrim-Reaktor bei Boston, bei dem vermutlich mehr Radioaktivität freigesetzt wurde, als bei Harrisburg, ergab sich genau dasselbe Bild, und das scheint sich bei anderen AKW's zu wiederholen.
Also keine einmalige Geschichte, sondern ein gigantisches Fälschungsmanöver, das überall nach dem gleichen Schema abläuft: Treten irgendwo zu große positive Werte von kurzlebigen Radioisotopen auf, wird deren Vorzeichen ins Negative verwandelt, wiederrum scherzhaft kann man vermuten, daß ein zentraler Computer entsprechend programmiert ist ...
Alles ferne Geschichten, für uns nicht relevant?
Der Verdacht bleibt, daß in der BRD zwar nicht so grob, aber doch, auch auf deutsche Art sorgfältiger gemogelt wird, wenn mal unwillkommene Meßergebnisse vorliegen. Noch ist in Erinnerung, mit welchen kriminellen Methoden durch systematisches Umlegen verschiedener Schalter (für die extra eine Schaltanweisung vorlag!) im AKW Brunsbüttel die automatische Abschaltung lahmgelegt wurde und bei einem Unfall auch die Meßdaten fehlten. ●

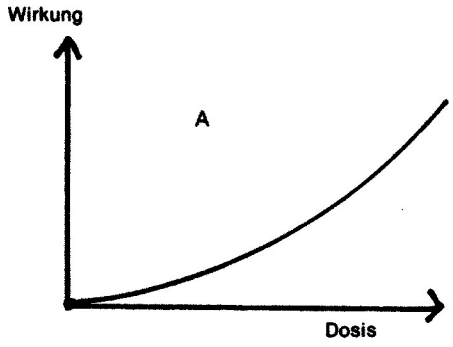
Aids - durch Radioaktivität?

Aufsehen erregte auf einem medizinischen Kongreß in Washington im September 85, bei dem es zum wiederholten Mal um Atomkriegsfolgen ging, die These von Professor Greer, Dekan der medizinischen Fakultät der Brown-Universität, daß unter anderem auch AIDS durch ionisierende Strahlung hervorgerufen werde. Dies Aufsehen verdankt sie freilich nur der traurigen Berühmtheit, die die AIDS-Erkrankung in den letzten Monaten gewonnen hat, in den USA noch schlimmer als hier. Denn eigentlich ist es nichts neues, und wurde von Atomenergiegegnern seit längerem betont, daß die so offensichtlichen Strahlenfolgen wie Krebs, nur die Spitze eines Eisbergs von anderen Krankheiten darstellen, die durch ionisierende Strahlung entweder verursacht oder verstärkt werden. Es gibt Befunde, daß früher Tod von Säuglingen, Schilddrüsenunterfunktion, Lungenentzündung und Keuchhusten zu den Krankheiten gehören, die durch radioaktive Belastung gefördert werden, auch die Verstärkung des Krebsrisikos beim Rauchen durch Radioaktivität und umgekehrt gehört hierher. In all diesen Fällen war bereits vermutet worden, daß die Widerstandsfähigkeit des Körpers durch die eine Sorte Belastung so verringert wird, daß er dann der anderen zum Opfer fällt.
Wie Professor Greer näher ausführte, werden dieselben Zellen, die durch das vermutete AIDS-Virus angegriffen werden und zur Schwächung des Immunsystems führen, auch geschädigt durch ionisierende Strahlung (sowie auch durch andere Belastungen, wie Verbrennungen und Unterernährung). Zu allen anderen Übeln sagt er deshalb nach einem Atomkrieg eine katastrophale AIDS-Epidemie voraus, die ihrerseits Epidemien von Tuberkulose, Lungenentzündung, Lepra, Legionärskrankheit und wahrscheinlich Krebs zur Folge hat. Was in so einem Fall riesenhafte Dimensionen annehmen würde, dürfte mithin in geringem Maße in Folge der relativ geringen, aber dauernden Belastung durch zivile Atomenergienutzung schon heute bewirkt werden und die genannte Befunde mit erklären.
Sternglass, mit dem ich die Frage diskutierte, geht sogar soweit zu vermuten, daß das gegenwärtig verbreitete Auftreten auch des virusbedingten AIDS indirekt mit Strahlung zu tun hat: Er hat ja vor einiger Zeit ziemlich eindrucksvolle Beziehungen festgestellt zwischen den Variationen von Schulabschlußleistungen und der radioaktiven Belastung der betroffenen Jugendlichen im ersten Lebensjahr. Zu der Zeit der großen Atombombenversuche in der Atmosphäre war deren Schilddrüse mit Jod 131 belastet worden, was bekanntlich Einfluß auf die geistige Entwicklung hat. Diese zunächst sehr gewagte These wird z.B. ausgerechnet von Wissenschaftlern, die dem militärischen Establishment angehören, ernsthaft diskutiert. Es fällt auch auf, daß das Abfallender standardisierten Schulabschlußleistungen in den Staaten nachläßt, die nach den Atombombenversuchen der 50er Jahre nicht weiter belastet wurden, während er in denen anhält, die entweder durch zahlreiche Atomanlagen oder durch die unterirdischen Atomexplosionen (die auch häufig Radioaktivität freisetzen) weiterhin litten und leiden.
Sternglass nun weiter: Könnte es nicht sein, daß dieselben Generationen durch die Strahlenbelastung in ihrer frühen Kindheit auch dahingehend geschädigt wurden, daß sie, als sie geschlechtsreif wurden, dem an sich schon immer vorhandenen AIDS-Virus ihrerseits weniger Widerstandskraft entgegensetzen konnten?
Alles offene Fragen und abenteuerlich anmutende Thesen. Aber die Geschichte der Kenntnisse über Strahlenwirkungen hat oft genug gezeigt, daß anfangs für unglaubwurdig gehaltene Effekte sich bestätigten und daß immer neue und heimtückischere Mechanismen aufgedeckt wurden, die diese Effekte erklärten.
Angesichts der allgemeinen Unkenntnis über das AIDS Problem ist es also angezeigt, auch diesen Hinweis ernstzunehmen und weiterzuverfolgen.

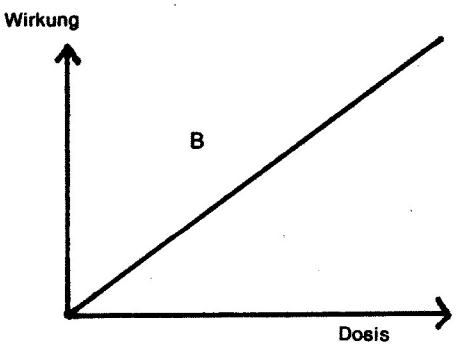
Vision zur sofortigen Stillegung aller Atomanlagen

Seit einiger Zeit ist in der gerade wiedererstarkenden Anti-AKW-Bewegung ein gefährlicher Spaltpilz sozialdemokratischer Herrkunft auszumachen:
Keine Wiederaufarbeitung von Atommüll, kein Schneller Brüter, keine Plutoniumwirtschaft, Stillegung der ältesten und brüchigsten AKWs, aber Weiterbetrieb der meisten laufenden, Inbetriebnahme der in Bau befindlichen AKWs, Zwischenlagerung des anfallenden Atommülls, Endlagerung der abgebrannten Brennstäbe in Gorleben, Konrad oder sonstwo.
Das klingt schön vernünftig, realistisch, nicht so extrem, und ist vor allem geeignet, jene Menschen zufriedenzustellen, die wegen der möglichen Bombenproduktion aus zivilem Atommüll zu Atomkraftgegnern geworden sind.
Schlimm ist, daß viele GRÜNE-Mitglieder und -Funktionäre dieser Ansicht sind, nicht zuletzt deswegen, weil in der öffentlichen Meinung vielfach GRÜNE Partei und AKW-Gegner gleichgesetzt werden und die konsequente Ablehnung jeder Atomenergienutzung als extremistisches Randproblem erscheint.
Schlimmer noch ist, daß jene Ansicht sich auf wissenschaftliche Auffassungen stützen kann (oder zu können glaubt!) — von Leuten, die in den letzten Jahren in ungezählten Prozessen, Erörterungsterminen usw. der Anti-AKW-Bewegung ganz ungeheuer große Dienste erwiesen haben.
Vielfach liegt hier freilich ein Mißverständnis vor: man unterscheidet zwischen Argumenten, die vor Gericht Bestand haben, und anderen, die nur allgemein politisch geäußert werden können.
Ich halte diese Unterscheidung für falsch, nie gleich begründet und obendrein für verhängnisvoll, weil sie nahelegt, die "anderen" Argumente wären weniger richtig und eigentlich nicht ernst zu nehmen — womit sich die Bewegung letztlich der vorweggenommenen Meinung von Gerichten unterordnen würde.
Nichts könnte falscher sein!
Die Erfahrung zeigt, daß in praktisch allen relevanten großen Gerichtsentscheidungen die Qualität der vorgetragenen wissenschaftlichen Argumente so gut wie keine Rolle gespielt hat.
Vielmehr haben in den spektakulären Fällen, wo nach großen Demonstrationen und Aktionen dauernde oder doch mehrjährige Baustops angeordnet wurden, die Gerichte willkürlich einzelne Gesichtspunkte aus der Vielzahl der Argumente herausgegriffen und für entscheidungsbestimmend erklärt. In Wyhl war es der "Berstschutz", in Brokdorf die "Entsorgung", in Grohnde die "Emissionen im Normalbetrieb", die eine nahegelegene Arzneimittelfirma bedrohten.
Anderswo prallten die Argumente ab, wo nämlich keine entsprechende Bewegung ihre Argumente mit Nachdruck vertrat. Und auch an den genannten Orten haben die höheren Instanzen bei abgeflauter Bewegung die Urteile wieder kassiert.
Daraus folgt für mich keineswegs, auf derartige Prozesse zu verzichten, ganz im Gegenteil, man/frau muß weiter alle Argumente ausbreiten, damit jene "goldenen Brücken" bauen, über die die Gegenseite gehen kann, wenn sie aus allgemeinen politischen Erwägungen beschließen sollte, an einem Punkt dem Druck der Bevölkerung nachzugeben und auf ein Projekt zeitweilig oder dauerhaft zu verzichten.
Dabei verkenne ich nicht, daß ganz langfristig, über die letzten anderthalb Jahrzehnte gesehen, eine Verschiebung eintritt, indem ganz besonders mangelhafte und skandalös gebaute Anlagen im einen oder anderen Fall tatsächlich aufgrund der inhaltlichen Argumente stillgelegt oder verzögert wurden. Nur wäre es geradezu tragisch, aufgrund solcher Einzelerfolge zwischen gerichtsverwertbaren und nichtverwertbaren Argumenten zu unterscheiden und auf letztere praktisch zu verzichten.
Denn ebenfalls langfristig ist ein Trend zu beobachten, daß die schädliche Wirkung radioaktiver Strahlung im Laufe der Jahre als immer schlimmer erkannt wurde.

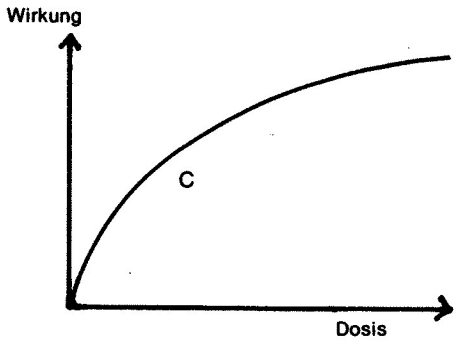
Anfangs glaubte man/frau an einen Schwellenwert, oder doch einen unterlinearen Verlauf der Kurve, die die Wirkung verschiedener Strahlungsmengen oder Dosen ausgibt:



Was vor allem für akute Strahlungsschäden richtig ist, wo Ausheilungsprozesse relevant sein können. Dann erkannte man/frau, daß vor allem für Krebs und Erbschäden ein linearer Verlauf gilt:



Neuerdings häufen sich die Argumente, daß vor allem im untersten Bereich ein überlinearer Zusammenhang besteht:



der bei höheren Dosen in den schon lange dort bekannten Verlauf übergeht.
Dieser dritte Mechanismus gilt für Krankheiten, die auf Schädigungen der Zellmembranen zurückgehen, wozu auch Krebs, aber auch vielfältige andere Erkrankungen gehören.
Er wird dadurch verständlich, daß durch die Strahlung in der Zellflüssigkeit chemisch aktive Substanzen gebildet werden, die an die Zellwand gelangen müssen, um ihre schädliche Wirkung zu entfalten, und die sich gegenseitig "entschärfen", wenn von ihnen zuviele gleichzeitig erzeugt werden, aber bei geringen Dosisraten voll wirksam werden (Petkau-Effekt).
Diesen biologisch-chemischen Mechanismen entsprechen krankheitsstatistische Befunde: die zuverlässigsten sind sehr langfristige Untersuchungen an amerikanischen Atomarbeitern. Sie unterscheiden sich von den früher einzig vorliegenden Erhebungen an den Atombombenopfern und medizinisch bestrahlten Menschen in einer Reihe von Punkten:
Die Dosen wurden besser registriert; der teilweise um Jahrzehnte verzögerte Krebsausbruch wurde häufiger beobachtet, weil die Menschen nicht aus anderen Gründen vorher gestorben waren; und es handelt sich um zeitlich verteilte Bestrahlungen, wodurch der oben erwähnte Petkau-Effekt wirksamer werden konnte.
In der Tat wurde bei den Atomarbeitern gerade der Verlauf der Kurve C beobachtet.
Natürlich hängen die quantitativen Angaben über Schädlichkeit radioaktiver Strahlung davon ab, welche Daten man bereit ist, zur Kenntnis zu nehmen, eine ungeheure Streubreite ist die Folge:
Für die Bestrahlung von 1 Million Menschen mit der Dosiseinheit von 1 Rem sagen an Krebsopfern im unteren Dosisbereich voraus:
Prof. Jacobi, deutsches Mitglied der internationalen Strahlenschutzkommission: 10 Fälle.
Prof. Morgan, langjähriger Leiter des Strahlenschutzes im Atomforschungszentrum Oak Ridge, Gründer der Zeitschrift "Health Physics", vielfach "Vater der Strahlenschutzwissenschaft" genannt, nach seiner Pensionierung:
6000 — 8000 Fälle.
Ähnliche Streubreiten gelten auch in anderen Bereichen, so etwa, wenn es darum geht, die Ausbreitung und Anreicherungen von radioaktiven Stoffen in der Umwelt zu berechnen. Hier werden von den offiziellen Gutachtern stets die alleroptimistischsten, sprich verharmlosendsten Werte verwendet. Ergebnis sind Zahlen, die sich von den mit pessimistischen Werten berechneten um das Hundert-, ja Tausendfache unterscheiden.
Schon "traditionelle Seriosität" verlangt demgegenüber, bei streuenden Meßwerten die mit dem reziproken Fehler gewichteten Mittelwerte zu verwenden. Ich bin darüberhinaus der Auffassung, daß in solchen Fällen, wo es nicht um kühl zu bestimmende physikalische Meßwerte, sondern letztlich um Menschenleben geht, eher die pessimistischen Werte zu verwenden sind, also beteure offen, daß ich hier eine Tendenz, ja Vorurteil im Interesse des Lebens einbringe.
Umgekehrt versohleiert etwa Prof. Jacobi, die entgegengesetzte Tendenz, wenn er etwa die Fälle von Schilddrüsenkrebs aus der Argumentation streicht, in denen durch Entfernen der Schilddrüse den Menschen ein jämmerliches, von Medikamenten abhängiges Weiterleben ermöglicht wurde.
Die neuartigen Mechanismen machen auch die zahllosen Befunde von Todesfällen in der Umgebung von Atomanlagen verständlich.
Ich kann nun Verständnis dafür entwickeln, wenn Wissenschaftler sich scheuen, solche extremen Positionen zu vertreten, wenn sie auch immerhin heute eine so überragende Persönlichkeit wie Morgan auf ihrer Seite hätten. Ich bemerke aber dazu, wenn wir vor 14 Jahren ähnliche Scheu gehabt hätten, uns mit der damals noch viel lückenloser gefügten Front der Gegenseite anzulegen, dann hätte sich in der BRD gar nichts in Sachen wissenschaftlicher Kritik bewegt, und es wären auch die Positionen nicht möglich geworden, die heute als seriös und gerichtsbeständig gelten.
Vor allem wende ich mich aber dagegen, daß wieder so getan wird, als ob jene "gemäßigten, mittleren, abgewogeneren" Positionen die einzig korrekten, zuverlässigen, richtigen wären. Damit haben schon vor Jahren sozialdemokratische Professoren uns zu bekämpfen versucht. Wer glaubt, unsere "extremen Ansichten" nicht vertreten zu können, der soll weiter mit den Argumenten arbeiten, die er für überzeugend hält, aber sich im übrigen "einer gewissen Zurückhaltung befleißigen", es könnte ihm sonst passieren, auf dem sozialdemokratischen Müll der Geschichte zu landen!

Zur förmlichen Durchsetzbarkeit

Der § 17 Atomgesetz regelt den Widerruf von Betriebsgenehmigungen. In Absatz (2) heißt es:

Genehmigungen und allgemeine Zulassungen können widerrufen werden, wenn
...
2. eine ihrer Voraussetzungen von Anfang an nicht gegeben war oder später weggefallen ist und nicht in angemesener Zeit Abhilfe geschaffen wird ...

Der § 18 regelt die Entschädigung, in seinem Absatz (2) heißt es:

Eine Entschädigungspflicht ist nicht gegeben, wenn ...
1. der Inhaber die Genehmigung oder die allgemeine Zulassung aufgrund von Angaben erhalten hat, die in wesentlichen Punkten unrichtig oder unvollständig waren ...
...

Die in § 17 angesprochenen Voraussetzungen sind genannt in § 7, dort heißt es im Absatz (2):

Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn
1. keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers und der für die Errichtung, Leitung, und Beaufsichtigung verantwortlichen Personen ergeben und die für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes der Anlage verantwortlichen Personen die hierfür erforderliche Fachkunde besitzen.
2. die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist.
...
4. der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet ist
5. überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens, der Wahl des Standortes der Anlage nicht entgegenstehen.

Abschließend noch einiges zur förmlichen Durchsetzbarkeit. Meine These ist, daß das geltende Atomgesetz samt Strahlenschutzverordnung tatsächlich die formelle Möglichkeit für eine Landesregierung bietet, allen Atomanlagen in ihrem Gebiet die Betriebsgenehmigung entschädigungslos zu widerrufen, — vorausgesetzt, der politische Wille ist vorhanden.

Nun ist, wie oben ausgeführt, festzustellen, daß sehr wohl wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die teilweise zum Zeitpunkt der Genehmigung bekannt, oder später bekannt wurden, daß die Wirkung insbesondere relativ geringer radioaktiver Strahlungsmengen sehr viel gefährlicher ist, als bei den Genehmigungen aufgrund falscher Aussagen der Mehrzahl der Sachverständigen angenommen wurde. Die Wirkung wurde vielfach um das Hundertfache, ja Tausendfache unterschätzt.

Aufgrund dieser Tatsachen und ferner aufgrund der verstärkenden Wirkung, die ionisierende Strahlung auf die Wirkung anderer Umweltgifte ausübt (Synergismen), ist ohne Zweifel die Voraussetzung § 7 (2) 5 nicht gegeben. Da die erforderlichen Kenntnisse bei den Betreibern offenbar nicht vorhanden sind, entfällt auch die Voraussetzung § 7 (2) 1.

Konsequenterweise ist auch die Voraussetzung § 7 (2) 2 nicht gegeben. Dies gilt insbesondere auch wegen der unzureichenden Vorsorge gegen Unfallabläufe, die über den sog. Auslegungsstörfall hinausgehen, deren Wahrscheinlichkeit nach zahllosen kritischen Analysen wesentlich größer ist als angenommen, und deren Auswirkungen aufgrund des oben gesagten, vor allem was die Langzeitwirkung angeht, wesentlich unterschätzt wurden. Man beachte, daß schon dem Begriff Auslegungsstörfall die inverse Logik zugrunde liegt, daß erst die Entscheidung über den Aufwand für die Sicherheitstechnik getroffen wird und rückwärts geschlossen wird, welchen Unfall man durch den vorgesehenen Aufwand zu beherrschen hofft. Diese Logik wird ganz deutlich, wenn derzeit vorgeschlagen wird, die Vorkehrungen für Unfallbeherrschung zu reduzieren und danach die Neudefinition des Auslegungsstörfalls bestimmt wird.

Auch die nach § 7 (2) 4 geforderte Sicherheit gegen die Einwirkung Dritter ist keineswegs gegeben, wobei weniger an Terroristen zu denken ist, die den Ausbau des Atomstaats rechtfertigen sollen, sondern an kriegerische Einwirkungen, denen natürlich keine Anlage gewachsen ist.

Mithin ist ganz klar § 17 (2) 2 gegeben, die Voraussetzungen waren in der Tat zum größten Teil zur Zeit der Genehmigungen nicht gegeben, jedenfalls aber sind sie es heute nicht.

Ebenfalls ist klar, daß § 18 (2) 1 gegeben ist — die Betreiber haben die Genehmigungen aufgrund von unrichtigen Angaben erhalten: zumindest waren sie unvollständig, indem die Gutachter die ihnen bekannten kritischen Tatsachen nicht angegeben haben.

Damit wiederum ist klar, daß jede Genehmigungsbehörde die einmal erteilten Betriebsgenehmigungen widerrufen kann, ja muß, und daß die Betreiber dann keine Entschädigung beanspruchen können.

Eine weitere Argumentation kann sich der Strahlenschutzverordnung bedienen. Sie schreibt vor, daß unter ungünstigen Bedingungen durch die radioaktiven Ableitungen über Luft und Wasser jeweils nicht mehr als 30 mrem/Jahr Belastung bewirkt werden kann (§ 44) und nicht mehr als 90 mrem/Jahr in der Schilddrüse, und daß auch unterhalb dieser Werte die Belastung so gering wie möglich zu sein hat (§ 28). Nun zeigen erstens sorgfältige und korrekte Rechnungen, über Ausbreitung und Anreicherung, daß diese Grenzwerte vielfach durch die genehmigten Ableitungen überschritten werden.

Zweitens läßt sich leicht argumentieren, daß das "Minimierungsgebot" des § 28 verletzt wird. Schon durch Bezug auf die USA-Vorschriften, die jedenfalls bei AKWs für Luft und Wasser zusammen 25 mrem/Jahr und für die Schilddrüse 15 mrem/Jahr festlegen.

Drittens: Wenn man nachbohrt, zeigt sich, daß die als "möglich" angegebenen Werte durch Abwägung der Kosten des Atomstroms gegenüber anderen Energiequellen festgelegt werden, mithin sich ein gewaltiger Spielraum der Argumentation ergibt. Auch das (30 + 30, 90)-Konzept geht, wie die entsprechende Bundestagsdrucksache zeigt, auf derartige Überlegungen zurück.

Nun wird man erwidern, wenn eine Landesregierung so vorgeht, und Betriebsgenehmigungen widerruft, gehen die Betreiber vor Gericht, und außerdem greift der Bund ein.

Allerdings — aber es vor Gericht schon eine total andere Situation als je erlebt, wenn eine Landesregierung hochoffiziell weltweit die besten kritischen Wissenschaftler einfliegt, die ganz offiziell beauftragt die wirkliche wissenschaftliche Situation darlegen.

Einerseits erwarte ich, daß so manches Gericht sich davon beeindrucken läßt, andererseits wäre die allgemein propagandistische Stärkung der Anti-AKW-Bewegung durch ein solches Spektakulum ganz ungeheuer groß.

Dasselbe gilt für die juristische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung, und noch viel eindrucksvoller wäre das Spektakulum, wenn — zum ersten Mal in der BRD — ganz ernstlich der "Bundeszwang" ausgeübt würde: würde der Bundesgrenzschutz die — sagen wir — Wiesbadener Regierungsgebäude besetzen, die grün-rosa Regierung festnehmen, Bundeskommissare einsetzen; was würde der hessische Innenminister der Landespolizei befehlen?

Der preußische Ministerpräsident Braun hat in der entsprechenden Situation 1933 immerhin erwogen, der preußischen Polizei gegen die Reichswehr Widerstand zu befehlen, was er dann als Sozialdemokrat natürlich gelassen hat, aber immerhin, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt ...

Von diesem Höhenflug zurück zur Erde:

Diese hier skizzierten Überlegungen würde ich vortragen, wenn eine grüne Landtagsfraktion auf die Idee käme, mich um wissenschaftlichen Rat zu bitten. Wie sie damit umgeht, was sie in welchen taktischen Abwägungen dann konkret fordert und durchsetzt, muß sie dann selber wissen. — Entschieden werden diese Dinge ohnehin nicht in solchen Verhandlungen, sondern entscheidend ist nur der politische Druck der Bewegung.

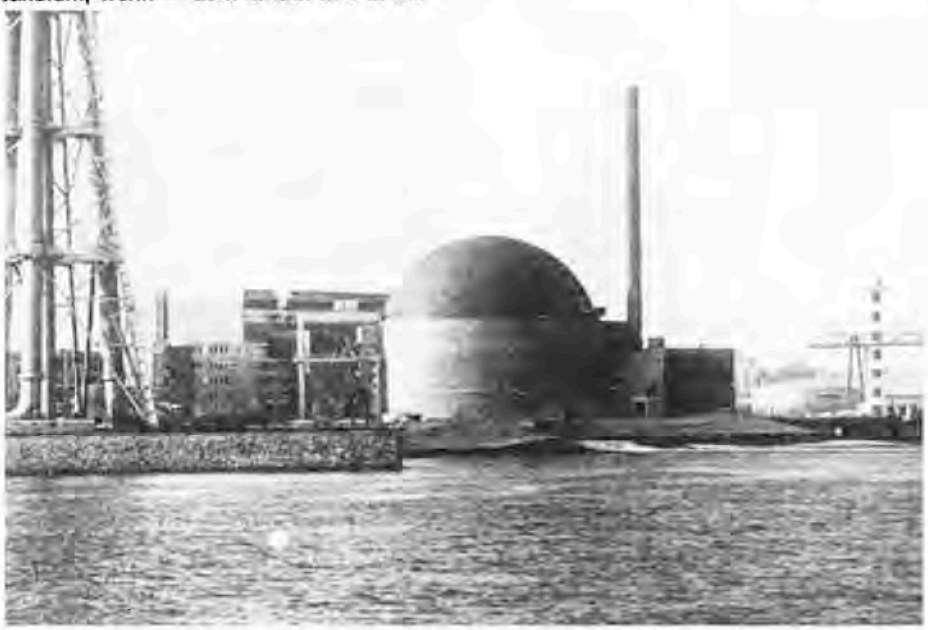
Von den Grünen muß dazu vor allem verlangt werden, daß sie diese nicht schwächen durch Aufgabe inhaltlicher Positionen, ob sie die nun in Verhandlungen durchsetzen können oder nicht.

Anhang: Vielfach herrscht Unklarheit darüber, wie man/frau sich als AKW-Gegner/in zur Frage des existierenden Atommülls verhalten soll. Darum nochmal ganz kurz:

Keine positive Äußerung, solange noch weiterer Atommüll produziert wird, da dies sonst zum Alibi für weitere Produktion wird.

Keines der existierenden Konzepte ist tolerierbar.

Nach Stillegung aller Anlagen soll die gesamte dann in den überflüssigen Atomforschungszentren versammelte Kapazität auf die eine Frage konzentriert werden, die relativ am wenigsten schädliche Behandlung des in unverantwortlicher Weise erzeugten Atommülls herauszufinden.



AKW Stade". *Foto: Argus*

No more heroes anymore!

Mit dieser letzten 85er Ausgabe der atom wollen wir unsere Frauenreihe vorläufig beenden. Unser Anspruch, die Themen Patriarchat, wie mit Männern Politik machen und speziell über die vielen Frauen in der Anti-AKW-Bewegung zu diskutiern, ist erstmal mehr oder weniger umgesetzt worden. Natürlich wurde vieles nur angerissen, natürlich fehlt noch 'ne ganze Menge ... aber diese Frauenreihe sollte für die Leserinnen und für uns auch nur ein Anfang sein - und das war sie auch.

Wir setzen uns vor allem praktisch bewußter und regelmäßig mit dem Thema auseinander, wir haben Artikel, Briefe und Postkarten von Leser/innen zugeschickt bekommen und es hat auch ein Treffen mit Frauen aus Braunschweig stattgefunden, die seit über drei Jahren als Frauengruppe in der Anti-AKW-Bewegung arbeitet. Für uns haben sich auf jeden Fall in den letzten Monaten einige Anstöße und offene Fragen ergeben. Das zeigt sich z.B. daran, daß wir zwar unser politisches und persönliches Selbstverständnis als Frauen mehr oder weniger festgelegt haben (siehe Widerstandsartikel), dieses aber immer wieder grundsätzlich und im Detail zur Disposition steht, sei es weil sich damit nicht praktisch arbeiten läßt, weil wir uns immer noch zuviel auf den Streß mit den Männern einlassen, oder weil andere Frauen mit ihrer Herangehensweise (nur noch mit Frauen Politik machen) bessere Erfahrungen machen und wir somit mit unserem Entschluß, weiterhin mit Männern zusammen politisch zu arbeiten, evtl. falsch liegen.

Über das alles und einiges mehr gibt es in jedem Fall viel zu wenig Austausch unter uns Frauen. Es gibt keine Kriterien, nach denen irgendeine einschätzen könnte, wieviele Frauen - speziell in der Anti-AKW-Bewegung - mit welchem Selbstverständnis, wo politisch arbeiten.

Kurz und knapp, ein Austausch darüber muß eigentlich jetzt erst losgehen, Frauen-Strukturen müssen her!

All das könnte, wenn genug Frauen das ähnlich wichtig finden, in ersten regionalen und später einem überregionalen Frauen-Treffen enden bzw. anfangen. Wir wollen hierfür gerne Anlaufstelle spielen und euch in der Zeitung über den Stand der Dinge informieren. Also macht mal ...

Und jetzt noch kurz zu unserem weiteren Vorgehen in der Zeitung allgemein:

Wir werden prinzipiell zu allen Themen der Zeitung arbeiten, uns jeweils bestimmte Themen/Artikel/Komplexe herausgreifen und diese von vorne bis hinten bearbeiten, d.h. wir machen uns so weit wie in der Zeitungsarbeit möglich von den Männern unabhängig. Artikel, die wir bearbeiten und die uns als Frauen sprachlich ausschließen, werden wir beim Setzen (und evtl. beim Lay-outen) als diskriminierend kennzeichnen und uns Bemerkungen nicht verkneifen (im Gegenteil). Wir werden die besondere Betroffenheit von Frauen überall da, wo es wichtig ist und vom Komplex her hingehört, zum Thema machen. Wenn (hoffentlich) besonders viele Aktionen und Diskussionen von Frauen anstehen, die keinen konkreten Bezug zur Rest-Nummer haben, gibt es wieder extra Frauenseiten. Das bedeutet, die praktische Fortsetzung einer Frauenreihe/von Frauenseiten hängt im wesentlichen davon ab, was ihr uns zuschickt.

Tschüß, und laßt uns nicht hängen,

Frauen-Redaktion atom

Zum Selbstverständnis von Frauen/Widerstand

Diskussionsbeitrag

Wir haben uns in der Frauen - Redaktion schon länger vorgenommen, einen Artikel über unsere Vorstellungen von Frauen - Widerstand zu schreiben.
Bei unseren Diskussionen darüber mußten wir feststellen, daß es sehr schwierig ist, einen eindeutigen Standpunkt zu vertreten, da wir selber nicht frei sind von Widersprüchen, was unsere Zusammenarbeit und unser Zusammenleben (in welcher Form auch immer) mit Männern betrifft. Gerade dieser Punkt, über eigene Widersprüche und zwiespältige Gefühle zu Männern reden zu können, ist für uns ein wichtiges Kriterium für das Funktionieren einer Frauengruppe.

Transparent der »Umzingelungsaktion« der 'Frauen gegen WAA'

Die momentane Situation in der Linken stellt sich für uns Frauen so dar, daß wir gezwungen sind mit Männern zusammenzuarbeiten, da es einfach nicht genügend (erkennbar) organisierte Frauen in der Anti - AKW - Bewegung gibt, um mit diesen Frauen alleine Druck auf die Gegenseite ausüben zu können. Ein 'reiner' Frauen - Widerstand könnte realistisch gesehen z.Z. nur auf Kleingruppenaktionen und kleinere Demos hinauslaufen, die wir nicht verkehrt finden, die wir aber auch nicht als einen ausreichenden Widerstand betrachten. Speziell uns Frauen in der Redaktion ist es nicht möglich - und wird es auch in absehbarer Zeit nicht sein - mit drei Frauen eine neue eigenständige Zeitung zu machen.
Würde frau grundsätzlich jede Diskussion mit Männern ablehnen, hieße das auch, daß frau keinerlei Möglichkeit hätte, z.B. den **Rahmen** einer Großaktion selbst mitzubestimmen, sondern frau könnte sich höchstens noch mit ihrer Frauenaktion in den (von Männeren) vorgesteckten Rahmen einfügen, läßt dieser das überhaupt zu. Eben das halten wir für ein totales Manko, es ist ein Grund für uns, entweder in gemischten Gruppen zu arbeiten, oder aber, was noch besser ist, uns als organisierte Frauen in gemischte Zusammenhänge einzuklinken.

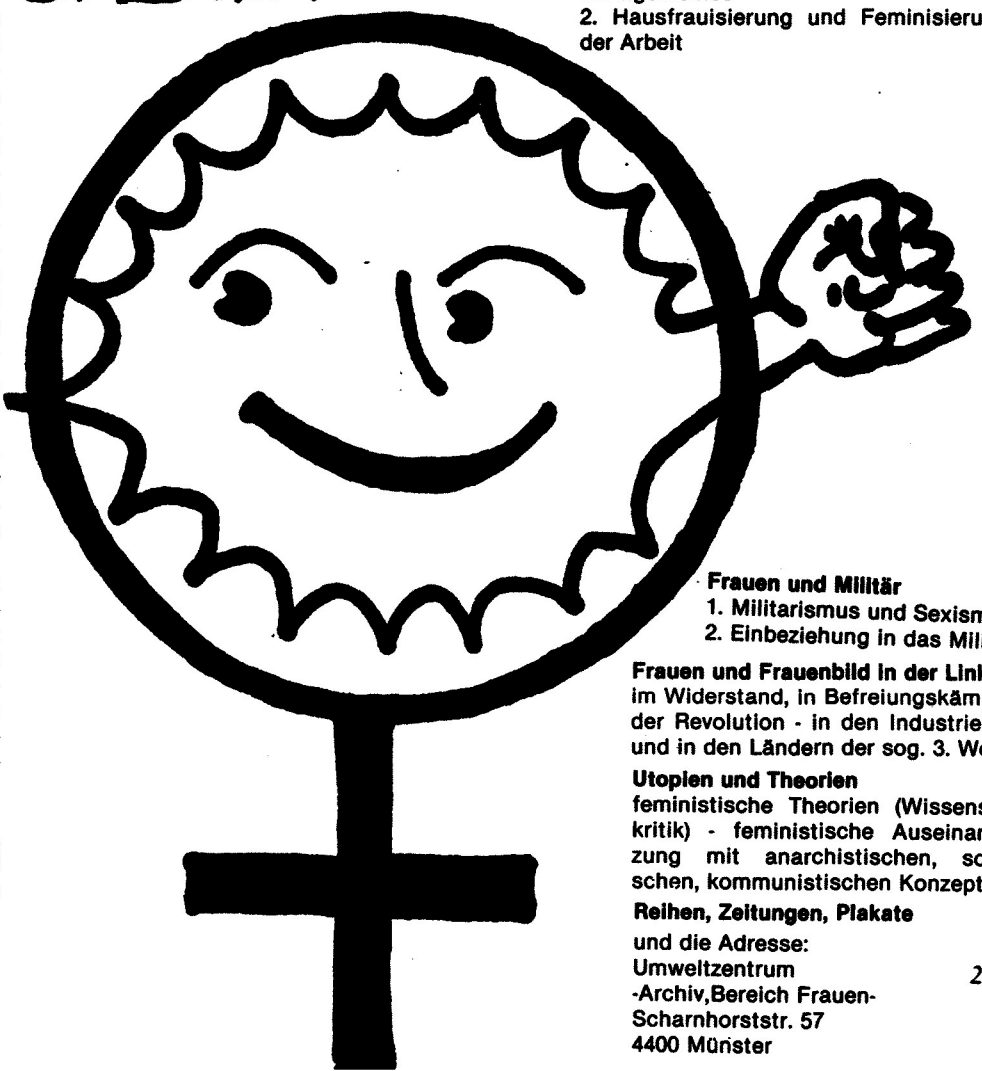
Ein gutes Beispiel für eine solche Herangehensweise wären die Frauenpositionen zu den Weltwirtschaftsgipfel - Aktionen. Die Betroffenheit und Interessen von Frauen waren Bestandteil von allen Blöcken des Tribunals und waren außerdem Thema eines extra Blocks »Imperialismus und Patriarchat«. Auf der Demo gab es einen starken Frauenblock, der seine Wut über Unterdückung - außer an Banken und militärischen Einrichtungen - auch an Puffs und Sex - Shops eindeutig zum Ausdruck brachte.
Die Frage, ob Patriarchat eine Voraussetzung oder ein Abfallprodukt des Imperialismus ist, hat bei uns eine längere Diskussion ausgelöst. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der jeweilige Standpunkt, den frau vertritt, irrelevant für unser oben beschriebenes Selbstverständnis ist.
Frauen sind immer und überall doppelt betroffen und müssen das auch in ihren Diskussionen und Aktionen (mit/gegen Männer(n)) zum Ausdruck bringen. Das grundsätzliche Interesse von Frauen ist zunächst nicht das der Männer, auch nicht das 'linker' Männer, und kann deshalb nur gegen sie, d.h. mit Druck und Radikalität durchgesetzt werden.

Außnahmen gibt es hierbei immer, die müssen aber auch als solche verstanden werden. Das bedeutet aber widerrum nicht, daß sich nicht auch Frauen - und Männerinteressen (z.B. in der Linken) überschneiden können.
Gegen das Patriarchat zu kämpfen heißt in diesem Fall für uns, bei der Anti - AKW - Bewegung anzusetzen, eben weil Anti - AKW - Arbeit ein Ansatzpunkt ist, gegen **Herr**schaftsverhältnisse zu kämpfen. Und nicht etwa, weil Frauen besonders von der radioaktiven Strahlung betroffen sind (Gebärfähigkeit), sondern weil AKWs ein extremer Ausdruck **herr**schender Gewalt sind. Konkret heißt das, daß wir Widerstand leisten (wollen), der sich generell außerhalb von Institutionen bewegt und direkt Druck auf die Gegenseite ausübt, im Gegensatz zu rein symbolischem Widerstand, der entweder davon ausgeht, daß die **Herr**schenden zu überzeugen sind, bzw. ohne Druck ihre Machtpositionen aufgeben, oder aber sich in Grüner Politik wiederfindet, welche die existierenden **Herr**schaftsverhältnisse grundsätzlich gar nicht in Frage stellt.
Bezogen auf unsere politische Arbeit mit Männern bedeutet das, daß wir versuchen uns soweit wie möglich (und das ist weiter, als **mann** glaubt) von ihnen unabhängig zu machen, da wir die Strukturen in

denen wir arbeiten immer noch selber bestimmen können und das Verschaffen einer Machtposition durch einen Mann durch einfache Verweigerung bzw. konkretes Vorgehen dagegen unmöglich und unwirksam gemacht werden kann. D.h.: wir sind zwar zu einem nicht unerheblichen Teil den **Herr**schenden ausgeliefert (z.B. durch den Bau eines AKWs, Gesetzgebung, Knast, Kohle...) und können da meist nur reagieren, in unseren eigenen Gruppen. und persönlichen Zusammenhängen sind wir das aber erst einmal nicht; wir sollten uns dessen immer bewußt sein.
Für die Frauen - Redaktion heißt das, daß wir Frauen praktisch in der Lage sind, das Zustandekommen dieser Zeitung jederzeit zu verhindern und Macker - Verhalten öffentlich zu machen.

Was unsere Widerstandsformen betrifft (direkte Aktionen, Blockaden, Demos mit radikalen Inhalten etc.), so wissen wir natürlich auch, daß es viele Frauengruppen, gerade im regionalen Widerstand gibt, denen es gar nicht möglich ist und wo es z.T. auch nicht angebracht wäre, diese Form von Widerstand zu leisten, sondern es erstmal wichtig ist, die Frauen in der Region (z.B. Wackersdorf oder Gorleben) anzusprechen und mit ihnen einen Konsens zu finden.
Solange frau das Gefühl hat, nicht ihre politische Identität dabei zu verlieren, sondern die Strukturen der Gruppe offen sind und der Widerstand sich auch peu a peu radikalisieren kann, finden wir das auch auf jeden Fall richtig und wichtig.
Uns fällt es nur manchmal sehr schwer, Frauengruppen zu unterstützen, die ihre Aktionen bewußt frauenspezifisch darstellen. Wir sehen darin die Gefahr, das sowieso schon vorhandene Frauenbild von zurückhaltend, friedlich und streitschlichtend, das uns von Männern gerne aufgedrückt wird, auch noch aufrechtzuerhalten (war für uns z.B. ein Grund bei der Wendland-Blockade die Frauenaktionen nicht zu unterstützen). Gerade gegen dieses Frauenbild wollen wir uns entschieden zur Wehr setzen. Den HERRschenden ist sehr wohl klar, daß wenn sich die Frauen erstmal ihrer doppelt und dreifachen Unterdrückung angemessen zu wehren beginnen, es dann auf wesentlich mehr Gebieten zu Widerstand kommt, als es ein von Männern dominierter Widerstand überhaupt zuläßt.
Wir gehen davon aus, daß es wahrscheinlich noch sehr, sehr viele Frauen in der Anti-AKW-Bewegung (und auch in anderen Bewegungen) gibt, die ein ähnliches Selbstverständnis haben wie wir.
Wir fänden es toll, wenn von all diesen Frauen, ob organisiert oder einzeln, die irgend etwas mit Anti-AKW-Bewegung zu tun haben oder haben wollen, mal ein Treffen zustande käme, das eine Erweiterung des bereits eingangs erwähnten Frauentreffens, zwischen den Frauen gegen Schacht-Konrad und uns, sein könnte.

Also Frauen schließt euch zusammen, schreibt uns, denkt euch was aus und laßt uns mal sehen, ob wir nicht doch stärker als erwartet sind!!!



Frauenarchiv

Seit dem Sommer sind wir dabei, im Archiv des Umweltzentrums Münster den Bereich Frauen aufzuarbeiten. Schwerpunktmäßig konzentrieren wir uns auf die Darstellung der frauenspezifischen Standpunkte in den bereits vorhandenen Themenblöcken, also z.B.: Frauen in der Linken/in Widerstandsbewegungen
Frauen und Militär/Militarismus, usw.. All diese Punkte haben ihre Grundlage natürlich in dem hier existierenden System. Insofern ist es unerläßlich, daß wir im Bereich Frauen auch die gesamtgesellschaftlichen Strukturen darstellen, die unsere Unterdrückung bedingen. Wie im gesamten Archiv wollen wir dazu vor allem Material zusammenstellen, welches nicht gerade in den Großverlagen erschienen ist, d.h. erarbeitet worden ist in der Frauenbewegung, sog. politischen Frauengruppen oder eben auf Seminaren, Veranstaltungen, AGs etc. Dabei hoffen wir auf das aktive Interesse von Frauen, d.h. insbesondere würden wir uns über jegliche Materialspende freuen. In diesem Zusammenhang noch einmal kurz unser Archivschlüssel:

Gesellschaft - Macht - Staat
1. Allgemeines - Imperialismus - Patriarchat
2. Alltag und alltägliche Gewalt
3. Der eigene Beitrag von Frauen zu ihrer Unterdrückung (Frauen und Macht)
4. Sextourismus und Prostitution
5. Bevölkerungspolitik

Frauen und Ökonomie
1. Allgemeines
2. Hausfrauisierung und Feminisierung der Arbeit

Frauen und Militär
1. Militarismus und Sexismus
2. Einbeziehung in das Militär

Frauen und Frauenbild in der Linken
im Widerstand, in Befreiungskämpfen, in der Revolution - in den Industrieländern und in den Ländern der sog. 3. Welt

Utopien und Theorien
feministische Theorien (Wissenschaftskritik) - feministische Auseinandersetzung mit anarchistischen, sozialistischen, kommunistischen Konzepten

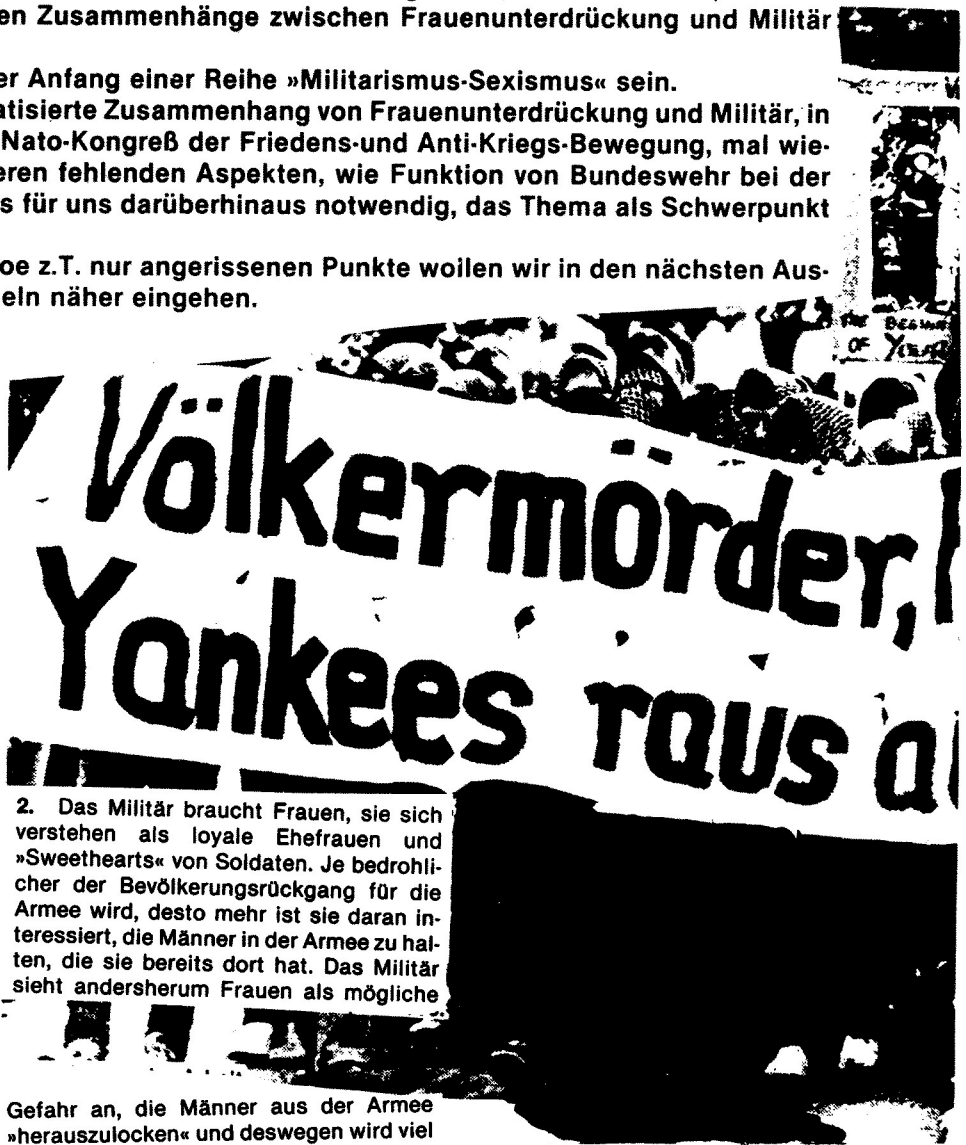
Reihen, Zeitungen, Plakate

und die Adresse:
Umweltzentrum
-Archiv,Bereich Frauen-
Scharnhorststr. 57
4400 Münster

Militarismus

Diese Reihe sollte ursprünglich nur im Rahmen einer Auseinandersetzung über die Funktion von Bundeswehr als »Schule der Nation« (Anlaß 30 Jahre Bundeswehr) stehen.
Bei der Diskussion darüber in der Frauenredaktion haben wir aber festgestellt, daß das Thema, will frau es grundsätzlich diskutieren, die ganzen Zusammenhänge zwischen Frauenunterdrückung und Militär umfassen muß.
So können die folgenden Artikel nur der Anfang einer Reihe »Militarismus-Sexismus« sein.
Zusätzlich wird der gesamte, hier thematisierte Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Militär, in dem für nächstes Jahr geplanten Anti-Nato-Kongreß der Friedens-und Anti-Kriegs-Bewegung, mal wieder (bewußt?) übergangen (neben anderen fehlenden Aspekten, wie Funktion von Bundeswehr bei der Aufstandsbekämpfung). Dies machte es für uns darüberhinaus notwendig, das Thema als Schwerpunkt ausführlich in der atom zu diskutieren.
Auf die in dem Referat von Cynthia Enloe z.T. nur angerissenen Punkte woilen wir in den nächsten Ausgaben in Form von detaillierteren Artikeln näher eingehen.

(Die Artikel sind z.T. gekürzt (Fiegl) bzw. sprachlich leiccht verändert (Enloe)



Es gibt eine Tendenz, daß in Diskussionen über Militärstrategien alles, was mit Frauen und Feminismus zu tun hat, versackt. Tatsächlich ist es umgekehrt: Ohne die Kontrolle über Frauen bzw. den Versuch, Kontrolle über Frauen zu gewinnen, ist es für Militärplaner unmöglich, ihre Ziele durchzusetzen. All die Fragestellungen, die (z.B. auf dem Tribunal) bereits diskutiert worden sind von uns, wie z.B. Arbeitsteilung, Sex-Tourismus usw., die auch sehr relevant sind für die militärischen Planungen und für den Aufbau eines militärischen Systems.

Was ist eigentlich das Militär?

Ich bin etwas erstaunt darüber, wie es manchmal präsentiert wird. Mann meint manchmal, Militär würde sich auf die Leute in Khake-Uniform beschränken. Tatsächlich braucht das Militär eine Kontrolle über Frauen und eine Kontrolle über die Definition von Männlichkeit und Weiblichkeit. Ich möchte ein paar Beispiele geben, wie (scheinbar) widersprüchlich die Bedürfnisse des Militärs sind:

1. Das Militär braucht Frauen, die sich vor allem so definieren, daß sie Mütter sind und besonders solche, die stolz darauf sind, Söhne zu gebären. In allen Ländern der NATO und der westlichen Welt wird zur Zeit von den Spezialist/inn/en ein Rückgang in der Bevölkerungsrate angezeigt. In den USA z.B. hat Senator Asbin die Air-Force gewarnt, daß, wenn sich da nicht ganz dramatisch was ändert, 1990 die Air-Force notwendigerweise, um ihre Sollstärke zu erreichen, 50% ihres Personals mit Frauen besetzen müßte. Keineswegs alle Frauen werden jedoch vom Militär als gut für die nationale Sicherheit angesehen. Militärplaner sehen andere Beiträge von Frauen darin, daß sie sich sterilisieren lassen.

2. Das Militär braucht Frauen, sie sich verstehen als loyale Ehefrauen und »Sweethearts« von Soldaten. Je bedrohlicher der Bevölkerungsrückgang für die Armee wird, desto mehr ist sie daran interessiert, die Männer in der Armee zu halten, die sie bereits dort hat. Das Militär sieht andersherum Frauen als mögliche Gefahr an, die Männer aus der Armee »herauszulocken« und deswegen wird viel Geld und Energie daran gesetzt, Frauen in der Weise »glücklich« zu machen, daß die diese negative Wirkung auf die Armee nicht haben. Das Pentagon hat z.B. verschiedene Programme aufgelegt, erst vier dann zehn, die genau auf die Problematik eingehen, daß Frauen geschlagen werden und wie man das verhindern kann (aber nicht bei allen Frauen! d.s-in). Es besteht die Gefahr, daß das Pentagon auf die Bewegung gegen das Geschlagenwerden von Frauen Einfluß zu nehmen versucht und diese Bewegung in ihrem Sinne militarisiert.
Das Militär will aber nicht alle Frauen als loyale Ehefrauen, sondern es braucht auch viele Frauen als Prostituierte, gerade da, wo militärische Basen sind (z.B. Hanau, Frankfurt etc. Ani . Red.). Wann immer in einem Land eine Militärbasis eröffnet wird, wird auch die Sex-Politik in dieser Region verändert. Zu den Vorbereitungen der Eröffnung einer Militärbasis gehört daher nicht nur Verhandlung ganz offizieller Art mit der Regierung des Landes, wo die Basis hin soll, sondern auch Verhandlungen mit dem örtlichen Gesundheitsamt, der die örtlichen Frauen und Prostituierten kontrollieren soll.
(geschichtlichen Abriß zu dieser Entwicklung am Beispiel England in der nächsten Nummer, die Red.)

3. Das Militär braucht auch Frauen, die ihre Weiblichkeit so definieren, als sei sie der Männlichkeit, die auch im Militär ihren Dienst tut, vollkommen gleichgesetzt. Das muß so sein, weil eben aufgrund des demographischen Engpasses, das Militär seit den 70er/80er Jahren verstärkt darauf angewiesen ist, Frauen für den Militärdienst zu rekrutieren. Manche Frauen werden auch dazu gebraucht, andere Frauen davon zu überzeugen, daß der Eintritt in die Armee ein Schritt zu weiblichen Emanzipation ist.

– Sexismus

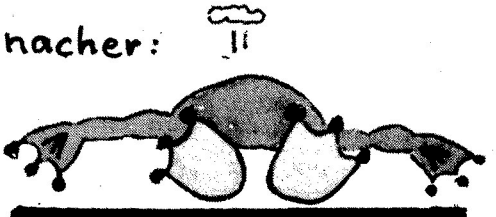
4. Das Militär braucht vor allem Frauen, die sich als »Hausweibchen« definieren und nur im äußersten Notfall für Lohn arbeiten. Auf der anderen Seite braucht das Militär Frauen, die mit flinken Händen und niedrigen Löhnen dafür sorgen, daß militärische, insbesondere elektronische, Ausstattung billig und schnell hergestellt werden kann. Eins der am stärksten militarisierten Gebiete in den USA ist das sog. Silikon-Valley, südlich von San Francisco. 70% der Leute, die in den elektronischen Betrieben dort arbeiten, sind Frauen. Ein immer größer werdender Anteil der Frauen, die für das Militär dort arbeiten, sind farbige Frauen, hispanische, asiatische und schwarze.

Klar wir dabei, Frauen werden auf verschiedene Arten gebraucht, wobei zusätzlich noch eine Trennung zwischen weißen Frauen (meist gleichzusetzen mit Frauen in einer gewissen ökonomischen Sicherheit) und schwarzen bzw. dunkelhäutigen Frauen (meist gleichzusetzen mit Frauen in einer weniger guten ökonomischen Situation) vom Militär gezogen wird.

Deutlich wird auch dabei, daß das Militär Männer braucht, die ihre Männlichkeit so definieren, daß sie all diese mißbräuchliche Funktionalisierung von Frauen in verschiedenen Facetten für ganz normal halten.

Doch ich will keine Hoffnungslosigkeit verbreiten. Ich glaube, wenn es uns gelingt, wirklich klar herauszuarbeiten und zu denunzieren, in welcher Art und Weise Militärplaner Frauen benutzen und von ihnen abhängig sind, dann können wir sagen, daß die Militärplaner in große Schwierigkeiten geraten werden, wenn sie langfristig von Frauen abhängen. Wenn wir das deutlich herausarbeiten können, dann haben wir damit auch ein Instrument in der Hand, um der Militarisierung unserer Gesellschaft wirkungsvoll entgegenzutreten.

★★★



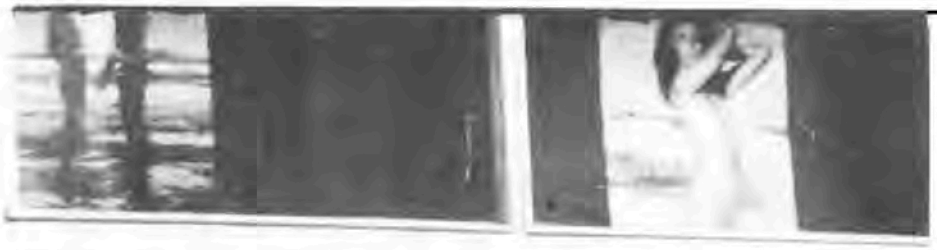
Macht und Gewalt über Frauen. Vergewaltigung ist ein **Herrschafts-** und Unterdrückungsmittel über Frauen als Schwächere, Minderwertige, um spezifisch männliche Überlegenheit herzustellen und sicherzustellen, indem Männer die Frauen an ihre Passivität, Schwäche und Ergebenheit, Ohnmacht erinnern sollen und wollen (3).
Wachsende Erscheinungen struktureller Gewalt wie Arbeitslosigkeit, und andere Formen physicher und psychischer Vere-

Staat - Militär - Prostitution

Ein Beitrag von Verena Fiegl

Frauen als Opfer direkter Gewaltanwendung

Im Frauenalltag finden sich vielfältige Formen direkter körperlicher Gewalt gegen Frauen. Hier wird die Unterscheidung von Frauen als Opfer struktureller Gewalt aufgegriffen. Direkte Gewalt ließe sich wiederum in die private Gewalt (z.B. in der Ehe) v.a. innerhalb einer Gesellschaft und die offizielle Gewalt zwischen Staaten (Krieg) unterscheiden (1). Erst die Frauenbewegung hat Art und Ausmaß ansatzweise ans Licht gebracht. Sexismus fand seinen Ausdruck immrer auch in direkten körperlichen Angriffen auf Frauen, sie werden geschlagen, mißhandelt, sexuell mißbraucht, vergewaltigt, verstümmelt und vernichtet. Patriarchalisches Besitz- und Verfügungsrecht über Frauen bedeutet die Verneinung des weiblichen Körpers wie seine Kolonialisierung und Nutznießung als auch die Achtlosigkeit gegenüber der Existenz von Frauen überhaupt (2).
Es gibt Anzeichen dafür, daß Gewaltätigkeit gegenüber Frauen häufig an Intensität noch übertraf (und übertrifft !!,d.Red.) und daß Frauen über die allgemeinen Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit an Menschen hinaus noch einmal spezifisch als Frauen mißhandelt und erniedrigt wurden (und werden,s.o.), z.B. durch Zwangssterilisation, Vergewaltigung, sexistische Foltermethoden.
Es deutet vieles daraufhin, daß diese spezifischen, den Körper und die Sexualität der Frauen betreffenden Gewaltmethoden, nicht Resultat eines biologisch bedingten, sexuellen Notstands von Männern sind, sondern »unverhüllter Ausdruck« ökonomischer und politischer lendung tendieren gegenwärtig dahin, mit einem steigenden Ausmaß direkter Gewalt gegen Frauen einherzugehen (s.Anstieg der Vergewaltigungsraten in Canada und den USA). Verunsicherung traditioneller, bürgerlich-männlicher Identitäten (Familienernährer), Erschütterung männlicher Ideale, zunehmende faktische Machtlosigkeit und Degradierung der meisten Männer kann offensichtlich immer noch im Alltagsleben gegen Schwächere, Andersartige und Frauen gewandt werden, um eigene Degradierung, Unterdrückung, Ausbeutung und Machtlosigkeit zu kompensieren (4).
Ein stärkeres Selbstbewußtsein und größere Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper, ihre individuelle und gesellschaftliche, politische und ökonomische Emanzipation insgesamt kann potentiell darauf hinwirken, derartige Konflikt»lösungs«mittel untauglich zu machen (5).
(...)



In vielen Kriegen konnte ein Ansteigen sexistischer Militärgewalt beobachtet werden. Angst vor Vergewaltigung und sexueller Gewalt ist u.a. auch ein verschwiegener, nicht aufgearbeiteter Bestandteil der Frauenerfahrungen unserer Großmütter- und Müttergeneration (6). Frauen sind Beuteobjekt des Feindes, besiegter Gruppen und Völker. Durch Vergewaltigung läßt sich Vergeltung ausüben, läßt sich der Widerstandswillen der Frauen niederhalten und brechen und gleichzeitig wird der Gegner insgesamt, der seine Frauen als Besitz betrachtet, demoralisiert. Z.B. machte die Militärkommandantur die Vergewaltigung in Vietnam »gesellschaftsfähig«.

Wie eng das militaristische Männerideal mit sexueller Gewalttätigkeit gegenüber Frauen verknüpft wird, machen die kriegsverherrlichenden Schriften E. Jüngers deutlich, der in die Beschreibung des männlichen Kriegskampfes »Kampf als inneres Erleben«, neben den verschiedenen Episoden des Krieges »Blut«, »Grauen«, »Graben« auch ein Kapitel über den »Eros« placiert (6).

Kriegerische Gewalt rückt in dieser Darstellung in die Nähe sexuellen Lustempfindens und wird auch zu dem Umgang mit Frauen in Beziehung gesetzt. Die Verknüpfung von Gewalt- und Geschlechterbeziehungen, die von Gewalt und Lust, die Vermischung von Kriegs-, Tötungs-, Vernichtungsphantasien, -lust und -wünschen mit potentiell als bedrohlich empfundener weiblicher Sexualität finden sich auch in vielen Alltagserscheinungen wieder:

- in der Sprache: Männer »reißen« Frauen auf, »erobern« »Sexbomben«, weibliche Annäherung geschieht mit den »Waffen« einer Frau.
- in der Ideologieproduktion der Konsum- und Kulturgüterindustrie, in Kriegs-, Science-fiction-, Abenteuerfilmen treten Männer als Einzelkämpfer und Beschützer der Frau auf. Gleichzeitig verschweigen diese Produktionen aber das ganze Ausmaß kriegerischer Gewalttätigkeit gegen Frauen und verharmlosen diese Realität (7).

(...)

Sexistische Gewaltausübung ist in besonderer Weise mit dem Rassismus, der Verachtung allem sogenannten Minderwertigen und Schwächeren verbunden. Frauen kolonialisierter, bezwungener Völker oder als minderwertig betrachteter »rassischer« Gruppen, entrechtete und wehrlose Gruppen von Frauen einer Gesellschaft (z.B. Dienstbotinnen) waren immer besonders stark allen Formen sexuellen Mißbrauchs und anderer körperlicher Mißhandlungen bis hin zur Vernichtung ausgesetzt. Diese sexistischen Angriffe auf Frauen lassen sich, für und in Kriegszeiten verstärkt, in Form von massenhafter Vergewaltigung und Mißhandlung auch an der Geschichte des deutschen Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus festmachen. Sie werden für die Gegenwart auch an den Erscheinungen des Sextourismus in Länder der 3. Welt, Prostitution, Zwangssterilisation, Verwendung von Frauen als Versuchskaninchen der Pharmakonzerne etc. deutlich (8).

Die sexistische Gewaltanwendung blieb und bleibt aber nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt, sondern richtet sich letztlich prinzipiell gegen alle Frauen.

Ein Paradoxon müssen sich Frauen bewußt machen. Frauen können letztlich nicht auf den großen männlichen Beschützer warten und vertrauen, um sich gegen Übergriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit Absicherung zu erhoffen, indem sie sich nach mehr männlichem Schutz durch den starken männlichen Beschützer, durch institutionelle Gewalt (Polizei), den Soldaten, der seine Frau vor der Bedrohung durch den Feind schützen soll, sehnen. Dieses Beschützermotiv setzt ja gerade die Existenz von Schwächeren, Schutzbedürftigeren, nicht Gleichberechtigten voraus; als Schwächere, Untergeordnete werden Frauen erst zum Opfer, zum »Schutzobjekt«, tritt erst das Verfügungs- und Besitzrecht über sie ein oder stabilisiert und verstärkt sich erst recht.

(...)

All die hier angesprochenen Formen direkter physischer Gewalt, die in ihrer sexistischen Ausprägung den Alltag von Frauen auch in der Gegenwart betreffen, aber in Kriegen noch einmal eine neue »Qualität« in brutalster und destruktivster Zuspitzung und massenhafter Vernichtung und Tötung findet, und die Grundlagen menschlicher (und weiblicher) Lebensäußerung und Selbstbestimmung ganz auslöschen kann, erfordert den Widerstand aller Frauen auf allen Ebenen.

aus: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hrsgin.) Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Eigenverlag

Quellenangaben im Text:
(1) Brock-Utne, 1981, S.38ff
(2) vgl. Janssen-Jurreit, 1976, S.702
(3) Davis, 1982, S.26ff
(4) vgl. u.a. Ottomeyer, 1982, S.246-255
(5) vgl. u.a. Senghaas-Knobloch, 1981, S.368ff
(6) Jünger, 1960, S.11ff, vgl.hierzu Mamozai, 1982, S.279f
(7) Abel, 1982, S.257ff
(8) vgl.u.a. Mamozai 1982, Mies, 1982

Aufdruck auf einem T-Shirt, das den scheidenden Soldaten des holländischen Kontingents der UN-Friedenstruppen im Libanon 1982 von ihrer Heeresleitung bei ihrer Rückkehr an die »Heimatfront« geschenkt wurde

Gelöbnis und Chaoten

An vielen Orten in der BRD gab es Aktionen und Demonstrationen gegen die Jubelfeiern anläßlich des 30. Geburtstages unserer lieben Bundeswehr. Allerdings waren die meisten Aktivitäten gekennzeichnet von der derzeitigen schwierigen Lage der Friedens- und Antikriegsbewegung. Das öffentliche Interesse - auch das der "Szene" - hat stark nachgelassen, die öffentliche Meinung ist in ihrer Grundstimmung umgeschlagen. So fanden die Jubelfeiern im großen und ganzen ungestört von lärmenden Großaktionen statt. Besonders schmerzlich ist die Tatsache, daß die zentrale Veranstaltung in Bonn mit Direktübertragung im Fernsehen incl. Weizäcker-Rede und großem Zapfenstreich nicht das Ziel größerer, wohlmöglich bundesweiter Aktivitäten war. Derweil konzentrierte sich der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung in Bonn auf die Mobilisierung zu der Friedenswoche Mitte November und beim "Großen Ratschlag" der Friedensbewegung am 14./15.12.85 gings um die Auswertung derselben und um die volle Mobilisierung zum UNO-Friedensjahr 1986! Zahmer gehts nimmer.

Anders jedoch Ende September in Korschenbroich bei Mönchengladbach. Hier gelang es, einer großangelegten Bundeswehrjubelfeier trotz ebenfalls schwieriger Ausgangsbedingungen eigene, geschlossene und auch wirkungsvolle Aktionen entgegenzusetzen. Im folgenden zitieren wir aus einer Stellungnahme des autonomen Plenums Mönchengladbach, das bei den Vorbereitung und Durchführung der Aktionen eine entscheidende Rolle spielte:

Vom 25.-27.10.85 fand in Korschenbroich die inoffizielle Auftaktveranstaltung '30 Jahre Bundeswehr' statt, deren Höhepunkt eine Rekrutenvereidigung am 26.10. darstellte.

Dagegen formierte sich Protest auf breiter Ebene, etwa 40 Gruppierungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Aktionsformen kamen auf verschiedenen Vorbereitungstreffen zusammen, um gemeinsame Gegenveranstaltugen zu planen und durchzuführen. Relativ schnell kristallisierten sich im Verlauf der Diskussion zwei polarisierende Stoßrichtungen heraus, zwischen denen noch eine Bandbreite anderer existierte:

- diejenigen, die sich auf zahnlosen Protest beschränken wollten, und
- die, die auf konkreten Widerstand hinarbeiteten.

Die Friedensinitiative Kaarst in Zusammenarbeit mit der DKP Korschenbroich, die Jusos Korsch. sowie die 'Korschenbroicher Bürger gegen Militärspektakel' organisierten als 'radikalste' Protestform Boykottveranstaltungen, die in Konkurrenz zu Veranstaltungen der Bundeswehr stehen sollten und das Ziel hatten, die Korschenbroicher Bürger vom Ort des Geschehens fernzuhalten sowie jegliche Störung und politisch zielgerichtete Konfrontation zu vermeiden. Auch von diesem 'hehren Anspruch' blieb am Ende nicht mehr viel übrig: die Boykottveranstaltung ('Friedenskunst statt Militärspektakel!') fand eine Woche vor den eigentlichen Ereignissen statt und zwar am 19.10.

Ganz im Gegensatz dazu stand die andere Stoßrichtung vertreten durch die Mönchengladbacher Initiativen Autonomes Plenum, AK Frieden der GAL, Nicaragua Kommitee und Traumfabrik, die am Ort und zum Zeit-

punkt des Geschehens konkreten Widerstand in Form von Stör- und Behinderungsaktionen (Demonstration) durchführen und sich dabei im wesentlichen auf den Höhepunkt des Militärspektakels, die Rekrutenvereidigung, beschränken wollten.
Zwischen diesen beiden Argumentationen bewegten sich Gruppen wie z.B. Gewaltfreie Aktion Dormagen, Grüne Korschenbroich und Jusos Neuss, die aufgrund ihrer Angst vor militanten Auseinandersetzungen Schwierigkeiten mit dem Störcharakter der Demonstration hatten.
Nachdem im Verlauf der Vorbereitungstreffen sich kein gemeinsamer Konsens erreichen ließ, distanzierten sich Teile der Friedensbewegung (FI Kaarst, 'Korsch. gegen Militärspektakel', Jusos Korsch.) öffentlich vom Konzept der Stör- und Behinderungsaktionen. Auf diese Weise unterstützten sie die in den bürgerlichen Medien ohnehin schon betriebene Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne gegenüber den Demonstrationsteilnehmern und trugen somit zu einem Klima der Entsolidarisierung bei.
Daraufhin bildete sich ein Koordinierungskreis, der einzig für die zeitliche Abstimmung der verschiedenen Aktionen der einzelnen Gruppen zuständig war, sodaß die politische Verantwortung bei den jeweiligen Veranstaltern lag.
Im Rahmen der weiteren Vorbereitungen und der fortschreitenden Hetzkampagne einiger Friedensbewegter kam es zu einer Polarisierung innerhalb des Koordinierungskreises, in deren Verlauf das Spektrum um die FI Kaarst isoliert dastand und die vom autonomen Plenum organisierte Demonstration breite Unterstützung fand.

Protest und Widerstand

Im folgenden werden die Aktionen gegen das Militärspektakel kurz umrissen, wobei die Demonstration und die anschließenden Aktionen am, im und ums Stadion den Schwerpunkt bilden, da diese nicht quantitativ, sondern auch vom erreichten her wohl die wesentlichste, bezogen auf das Spektakel selbst, Aktion darstellt.
Im Vorfeld schon formierte sich der Protest auf breiter Basis, mit dem flächendeckenden Flugblatt (Mitteilung für Korschenbroich), das noch vom gesamten Koordinierungskreis getragen wurde und mit zahlreichen Informationsständen im Korschenbroicher Stadtgebiet, die in der Hauptsache die FI Kaarst organisierte, wurde umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Außerdem fanden Mahnwachen vor der Kirche, sowie eine Veranstaltung zur Air-Land-Battle-Konzeption statt, die diese Arbeit unterstützten.
Den vorläufigen Höhepunkt bildete ein gutbesuchtes Friedensfest im Korschenbroicher Gymnasium eine Woche vor dem Spektakel, mit ca. 600 Besuchern. Eine Reihe von Künstlern sang, spielte und sprach zur Friedens- bzw. Kriegsproblematik.
Am Freitag, dem Ankunftstag der Militärs, führte die FI Kaarst als Abschluß ihrers Protestes eine Vereidigung für den Frieden, an einem Mahnmal für die Toten der Weltkriege, durch.
Samstags selbst begann dann die heiße Phase, die morgens von Aktionen des alternativen Motorradclubs 'Kuhle Wampe' eingeleitet wurde. In Konkurrenz zu den 'Geräteschauen' veranstalteten diese eine Technikschau mit ihren Maschinen und stahlen den Militaristen ihre Show. Darüberhinaus störten sie diese massiv durch ein infernalisches Hupkonzert, womit sie die geplante 'Rattenfängerei' endgültig zunichte machten.
Gegen 13 Uhr sammelten sich dann die ersten Demonstrationsteilnehmer am Bahnhof. Die Organisation dieser Demo lag in den Händen des autonomen Plenums Mönchengladbach, ebenso waren sie, zusammen mit den später hinzugerstoßenen Gladbacher Grünen, der Veranstalter.

Bei soviel 'autonom' sahen der Korschenbroicher Stadtrat und einige andere dann wohl vor lauter schwarz kein grün mehr, und cutteten schon im Vorfeld ihr geplantes Programm. Die ursprünglich geplanten Waffenschauen mit 300 Fahrzeugen (incl. Kettenfahrzeugen) wurden zusammengestrichen zu kleinen 'Geräteschauen', außerdem verringerte sich die Zahl der zu vereidigenden Rekruten von 400 auf 150. Desweiteren sahen sie Bürgerkriegsähnliche Zustände mit 19000 Demonstranten auf Korschenbroich zukommen und die Vision des brennenden Korschenbroich flimmerte schon am Horizont. Dem entsprechend auch die Hysterie und Panik im Vorfeld mit Auswüchsen, wie dem Aufruf zur Bildung einer Bürgerwehr und Plakatanschlägen 'Schlagt die Linken, wo ihr sie trefft'. Das allerübelste war aber die Diffamierung und Distanzierung der FI Kaarst und der Korsch. Jusos von der Demo.
Die Auftaktkundgebung selbst begann dann mit rund dreiviertelstündiger Verspätung, weil die Anreise z.T. massiv behindert wurde durch umfangreiche und penetrant langsame Kontrollen. Desweiteren wurden schon vor Beginn der Demonstration drei Leute in 'Polizeigewahrsam' genommen, weil sie angeblich Waffen mitführten, die sich später als modische Assecoires (Nietengürtel, -Armbänder) entpuppten.
Eingeleitet wurde die Kundgebung schließlich durch einen Vertreter der Gladbacher Autonomen mit einem kurzen Abriß zur politischen Bestimmung der Demo. Im Anschluß daran sprache dann ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden der Grünen zur Bundeswehrproblematik. Beendet wurde die Kundgebung mit einer Spendensammlung für die Verteidigungskosten der politischen Gefangenen, da diese Kosten mittlerweile nicht mehr von den Angehörigen und Anwälten getragen werden können, nicht zuletzt aufgrund der neuerlichen Verschärfung des Sonderstrafrechts gegen politische Gefangene (z.B. § 146 STPO, Verbot der Mehrfachverteidigung).
(Sonderkonto Nr.2600532, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101, Kontoinhaberin: Rechtsanwältin Anke Brennecke-Eggers.)
Gegen 15.45 Uhr setzte sich der Demonstrationszug dann in Bewegung, nach eigenen Zählungen kamen wir auf 1500 Teilnehmer, wobei die unterschiedlichsten Spektren vertreten waren.
Die Demo selbst war stimmungsgeladen und kämpferisch, zumindest in den Teilen, in denen wir selbst mitgegangen sind. Amüsant war die Tatsache, daß, je weiter sich die Demo ihrem Ende neigte, die Nervosität und Hektik der Bullen zunahm, die schließlich jeden Moment den Durchbruch der Autonomen in Richtung Stadion erwarteten. Aber nichts dergleichen geschah, am Endpunkt löste sich die Demonstration auf.
Im Anschluß daran gelang es vielen Leuten, zum Stadion zu kommen und sowohl vor dem Stadion, als auch im Stadion zu stören. Vereinzelt liefen auch Blockaden vor dem Stadion bzw. in dessen Nähe, sodaß für insgesamt 45 Minuten keine 'Jubelbürger' mehr durchgelassen wurden. Im Umfeld des Stadions spielte sich das wohl mittlerweile auch für deutsche Verhältnisse nicht unübliche Bild ab: Schlagstockschwingende Bullen jagen Leute durch die Straßen und greifen wahllos Einzelne heraus (insgesamt wurden dem Ermittlungsausschuß 23 Festnahmen gemeldet). Auch die Feldjäger waren nicht zimperlich, den Fotografen einer Stadtzeitung, der vor dem Stadion stand, zerrten sie hinein und übergaben ihn den Bullen, die ihn mit der Drohung 'Jetzt machen wir dich fertig' für eine viertelstunde in eine Umkleidekabine sperrten.
Zusammenfassend kann gesagt werden, daß trotz des riesigen Aufgebots der Staatsgewalt (2000 Bullen, 500 Feldjäger, mehrere Wasserwerfer und gepanzerte Fahrzeuge, u.a. ein Gasgranatwerfer, welche z.T. in Einsatzbereitschaft in Galdbach stationiert waren), die gesamte Aktion gelungen ist. Trotz des Aufgebots konnten sie ihr Spektakel nicht reibungslos durchziehen, dank der Teilnahme und Widerstandsbereitschaft vieler Leute aus unterschiedlichen Spektren.

Autonomes Plenum Mönchengladbach

Am 27.11. hat ein aufsehenerregendes und von vielen Protesten begleitetes Strafverfahren sein vorläufiges Ende gefunden. Ein Göttinger Schöffengericht verurteilte den Totalverweigerer Thorsten Mai zu 8 Monaten Gefängnis auf Bewährung.

Thorsten Mai hatte mit Wirkung vom 28.10.84 seinen Zivildienst im Göttinger Klinikum nach knapp 7 Monaten abgebrochen, weil dieser Zivildienst nichts weiter ist als ein sozial kaschierter Wehrdienst. Zivildienstleistende erfüllen die Wehrpflicht, unterliegen genau dem gleichen Prinzip von Befehl und Gehorsam, genau den gleichen Grundrechtsbeschränkungen wie jeder andere Schütze Arsch. Nur daß sie unserem ach so liberalen Staat dafür die stinkenden Füße küssen sollen, daß sie keinen Dienst an der Waffe verrichten müssen.

Was Thorsten aber wollte und immer noch will, die kriegsvorbereitenden Maßnahmen verhindern, oder auf jeden Fall nicht daran teilhaben. Die NATO und Bundeswsehr sind ohne den Pfeiler »Zivile Verteidigung« wirkungslos. Die Bundeswehr funktioniert nach dem Prinzip der Gesamtverteidigung; das heißt die Bundeswehr ist der Auffassung, daß die Streitkräfte ihren Auftrag nur dann erfüllen, »wenn auch die zivile Seite zur Operationsfähigkeit beiträgt. Diese Unterstützung besteht vor allem in der Berücksichtigung militärischer Belange bei den zivilen Planungen. Zahlreiche Maßnahmen der zivilen Verteidigung dienen direkt oder indirekt auch der Herstellung der militärischen Verteidigungsbereitschaft.« (Weißbuch Zivile Verteidigunng 72)

Ein Teil dieser Planung sind die Zivildienstleistenden. Im Ernstfall werden sie bis zum 61. Lebensjahr zwangsverspflichtet. Das Heer von ZDLern kommt dann zur Geltung: Ob Kranke nach ihrer weiteren Kriegsverwendbarkeit aussortieren, ob Schulen für Truppen leerräumen, ob Bomben entschärfen, die Versorgung der Truppe an der Front sichern; dies alles wird zu den Aufgaben der ZDLer gehören, gilt es, das Vaterland zu retten.,

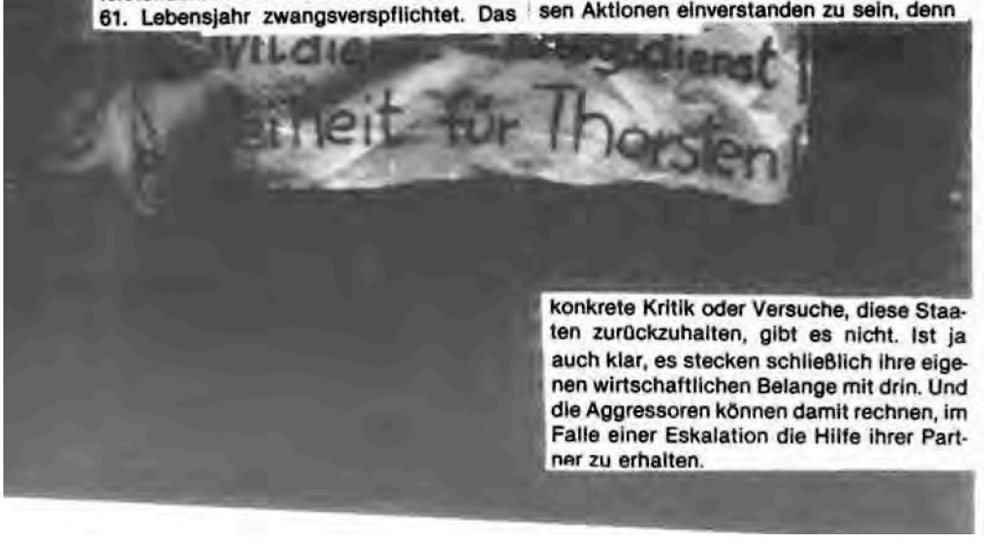
Warum aber jetzt schon verweigern und nicht erst im Ernstfall?

Weil wir jetzt der Planung genüge tun mit der Erfüllung der Wehrpflicht und signalisieren - oder bei den Herrschenden den Glauben aufbauen - im Ernstfall zur Verfügung zu stehen, den Grundstein bilden, auf den sie ihre Kriegspläne stützen.

Und es geht noch weiter: Dieser Zivildienst ist ein Zwangsdienst für billige Arbeitskraft, der normale Arbeitsplätze vernichtet. Das Geld, das damit freigesetzt und im Sozialwesen gestrichen wird, kann direkt in die Rüstung gesteckt werden, um die dort ständig steigenden Ausgaben zum Teil zu decken.

Und es kommt noch dicker: Seit 1945 wurden 145 Kriege geführt. Nur daß diese Kriege noch nicht bis Europa vorgedrungen sind, jedenfalls nicht in direkter Auswirkung. Aber in anderen Teilen der Welt versuchen einzelne NATO-Mitglieder direkt durch kriegerische Mittel ihre Interessen durchzusetzen, so wie augenblicklich die Nordamerikaner in Mittelamerika.

Ihre Verbündeten scheinen dabei mit diesen Aktionen einverstanden zu sein, denn konkrete Kritik oder Versuche, diese Staaten zurückzuhalten, gibt es nicht. Ist ja auch klar, es stecken schließlich ihre eigenen wirtschaftlichen Belange mit drin. Und die Aggressoren können damit rechnen, im Falle einer Eskalation die Hilfe ihrer Partner zu erhalten.



Mit anderen Worten: Den Machtfaktor, den eine reibungslos funktionierende NATO in sich birgt, ist verantwortlich für die skrupellos imperialistische Krigspolitik, die derzeit praktiziert wird.

Da die harmlos erscheinende Form der Totalverweigerung aber genau an diesem Pfeiler nagt; dem Hauptpfeiler, auf dem unsere westliche Zivilisation aufbaut: Der Ausbeutung der Menschen in der »3. Welt« zur Aufrechterhaltung des hiesigen Lebensstandards, wird sie auch dementsprechend hart geahndet. Das Gesetz sieht bei Dienstflucht Strafen bis zu fünf Jahren vor. Die härteste Strafe bisher waren 18 Monate.

Auch im Fall von Thorsten erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Dienstflucht. Im Juli eröffnete das Amtsgericht das Hauptverfahren. Mehr als 100 Interessierte drängelten sich um die wenigen zu vergebenden Zuschauerplätze. Doch der Prozeß platzte bereits nach dem ersten Befangenheitsantrag der Verteidigung: Gericht und Anklagevertreter hatten sich schon vor Verhandlungsbeginn zusammengesetzt und über den Fall geplaudert.

Beim 2. Termin am 5.11. war Thorsten nicht erschienen. Er hatte stattdessen das Gericht zu einer parallel stattfindenden Diskussionsveranstaltung über die Zusammenhänge von Kriegs- und Zivildienst eingeladen. Schöffen und Staatsanwaltschaft, hieß es in dem Brief, seien natürlich gleichfalls herzlich willkommen. Das »Solidaritätskomitee Totalverweigerung« schrieb zur Begründung von Thorstens Fernbleiben: »Eine Gerichtverhandlung zu einem nicht verhandenene Verbrechen, bei der die Verurteilung schon feststeht, würde zu einem Schauprozeß mit einem Präventivurteil zur Abschreckung weiterer Totalverweigerer.«

Das Gericht, das sich von der Argumentation nicht beeindruckt zeigte, erließ Haftbefehl und ordnete die polizeiliche Vorführung für den 26.11. an. Um nicht überraschend und ohne den relativen Schutz der Öffentlikchkeit festgenommen zu werden, beklebte Thorsten am Vortag des Prozesses die Rathausfassade mit Plakaten, die zum Verhandlungsbesuch aufriefen.

Bei seiner Verhaftung kam es zu einer Rangelei zwischen Polizisten und Freunden des Angeklagten. Die Polizisten setzten Hunde und Schlagstöcke ein. Zwei Leute wurden festgenommen. Ihnen wird Landfriedensbruch, Widerstand und versuchte Gefangenenbefreiung vorgeworfen. Am Abend - wie auch in den darauffolgenden Nächten - versammelten sich erneut 50 Leute zu Kundgebungen vor dem Knast.

Zur Untermauerung der These, nach der Zivildienst Bestandteil der militärischen Verteidigung ist, beantragte Thorstens Anwalt die Bundesminister/innen Wörner, Zimmermann und Süssmuth als Zeugen zu laden.

Dem Pladoyer der Staatsanwaltschaft, eine Haftstrafe ohne Bewährung zu verhängen, mochte das Gericht nicht folgen. »Bewähren« im Sinne des Urteils wird sich Thorsten allerdings kaum. Er hat angekündigt, seinen Zivildienst keinesfalls wieder aufzunehmen. Die Folgen für seine konsequente Haltung - erneute Anklage, erneuter Prozeß, erneute Verurteilung - sind vorgezeichnet.

Sprengdeckel - Klau

»... Verdachts von Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln«

Erklärung zur bundesweiten Durchsuchung des BKA

Am Mittwoch, den 25. September, wurden bei einem Großeinsatz mit ca. 200 Polizeibeamten unter Leitung der Bonner Abteilung Staatsschutz des Bundeskriminalamts insgesamt mindestens 19 Wohnungen von Kriegsgegnern bzw. deren Eltern in Fulda, Rosenheim, Bamberg, Baaden/Westerwald, Hanau, Ronneburg, Rüsselsheim, Nidderau, Romrad und Bielefeld durchsucht. In allen Fällen handelt es sich bei den Betroffenen um tatsächliche oder vermeintliche Organisatoren oder Teilnehmer an den Friedens.- und Aktionscamps im Herbst '84 im Maintal-Dörnigheim bei Hanau und in Fulda-Maberzell.

Als Grund nannten die Durchsuchungsbeschlüsse - ausgestellt von Richter Kuhn am Bundesgerichtshof auf Betreiben der Bundesanwaltschaft - ein Ermittlungsverfahren wegen »Verdachts von Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln«. Laut weiterer Begründung sind damit allgemein »Angriffe auf Sperranlagen der Bundeswehr, insbesondere auf Sprengschächte, aber auch auf Träger-Stecksperren und dazugehörende Sperrmittelhäuser« gemeint. Im besonderen bestehe der Verdacht, daß die von den Durchsuchungen Betroffenen aus den damaligen Friedens- und Aktionscsamps heraus »Anschläge auf 27 Sprengschächte im Raum Fulda verübt« bzw.»an der Mainbrücke der B 43 in Hanau die Deckel von 6 Sprengschächten entfernt, zwei Abschlußklappen abgeschraubt, zwei Zündleitungsrohre mit Beton verschlossen und Zündleitungsschnüre herausgezogen« zu haben.

Lediglich gegen zwei Personen, Teilnehmer des Aktionscamps bei Hanau, wurde der Tatverdacht annähernd konkretisiert. Aus dem Durchsuchungsbeschluß:»Die Täter versandten Bekennerschreiben, die mit dem Aufruf schließen:'Schafft viele betonierende, demolierende und sprengdeckelklauende Zellen'. Das Bekennerschreiben besteht nur zum geringeren Teil aus Text. Überwiegend zeigt es Lichtbilder, auf denen die Täter bei der Zerstörungsarbeit zu sehen sind. An geeignete Zeitungen sandten sie zusätzlich Lichtbilder, die veröffentlicht wurden. Anhand dieser Bilder konnte trotz Vermummung der Gesichter der Beschuldigte K. mit hoher Wahrscheinlichkeit als Täter identifiziert werden. Von ihm und der Beschuldigten B. sind ferner bei einer Demonstration in Hanau am folgenden Tag (25.Sept.'84) bzw. in Wildflecken am 28.Sept.'84 Lichtbilder durch die Polizei gefertigt worden. Beide Beschuldigte tragen darauf ersichtlich dieselben Kleidungsstücke wie zwei der vermummten Täter auf den Bildern vom Tatort Mainbrücke.«

(da lacht ja sogar Schimanski,d.s'innen)

Des weiteren wird auf die »große Sachkenntnis« des Beschuldigten K. verwiesen, die er bei einem Diavortrag über die Militartisierung im Raum Hanau am 5.Sept.'84 in der Hanauer Stadthalle (neben anderen Vorträgen von Alexander Schubart und Prof. Erich Küchenhoff) gezeigt hatte.

Abgesehen davon, daß diese »konkrete« Verdachtsbegründung schon recht bedürftig erscheint - die Schwarzweiß- »Täterfotos« (siehe Grüne Hessenzeitung von Okt./Nov.84) zeigen die Sprengkammer-Saboteure vermummt und in häufig anzutreffender »neutraler« Kleidung; aufgrund von zahlreichen Veröffentlichungen dürfte eine »große Sachkenntnis« über Sprengkammern in weiten Kreisen der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung vorhanden sei -, wird der Verdacht der Mittäterschaft gegen die anderen Beschuldigten lediglich aus der tatsächlichen oder vermeintlichen Teilnahme an den Aktionscamps als »logistischen Basen«, aus denen heraus Aktionen geplant worden seien, konstruiert.

Die Durchsuchungsaktion selbst begann am Mittwochmorgen um 6.00Uhr früh. Beschlagnahmt wurden gezielt Veröffentlichungen zu Sprengkammer und militärischen Anlagen, Werkzeug, Adressen, persönliche Aufzeichnungen, Broschüren, Bücher und Plakate.

Aber auch so verdächtige Dinge wie eine vollständige Motorradausrüstung, ein Koffer mit für den Flohmarkt bestimmten Utensilien, Arbeitsschuhe, ein Schreiben der Grünen im Bundestag, eine Kinderdruckerei oder auch Urlaubsdias fanden das Interesse der Staatsschützer. Bei den Durchsuchungen wurde teils sehr »ordentlich« und »korrekt« vorgegangen, in manchen Wohnungen blieb ein Chaos mit durcheinander geworfenen Kleidungs- und Einrichtungsstücken und auf dem Boden ausgedrückten Zigarettenkippen zurück. In einigen Fällen drangen die Durchsucher in Wohnungen ein, für die keine Durchsuchungsgenehmigungen vorlagen.

Alle Betroffenen wurden nach der Durch-

suchung erkennungsdienstlich behandelt, d.h. von ihnen wurden Fotos gemacht, Fingerabdrücke, teilweise auch Blut-, Speichel- und Haarproben genommen.

Wir, zwei von Durchsuchung Betroffene, sehen in dieser mit großem Aufwand duchgeführten Aktion der Abteilung Staatsschutz des BKA einen hilflosen und mißlungenen Versuch, angesichts von »ca. 1000« (vermutlich auf das ganze Bundesgebiet verteilter) saßotierter Sprengschachtanlagen endlich einmal einen Fahndungserfolg zu erzielen. Möglicherweise auf Druck des Bundesverteidigungsministeriums wurde vor einiger Zeit eine Sonderkommision beim BKA gebildet, da »die Instandsetzung und Wiederherstellung der Benutzbarkeit (der Sprengkammern) zu dem vorgesehenen Zwecke ... wegen der Schwere der Beschädigungen im Einzelfall (insbesondere Zündleitungsrohre) bzw. der Vielzahl der Fälle soviel Zeit in Anspruch (nimmt), das nach einem Gutachten des Bundesministeriums
der Verteidigung durch die Taten die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und die Schlagkraft der Truppe gefährdet sind.«
Abgesehen davon, daß diese Formulierung wohl etwas übertrieben ist, halten wir es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Sprengung von Brücken und Straßen im Kriegsfall auch dazu dienen würde, der Bevölkerung Fluchtwege zu versperren, um durch Freihaltung der Straßen für das Militär die »Schlagkraft der Truppe« zu gewährleisten.
Dieser Zusammenhang ist der antimilitaristischen Bewegung bekannt, darauf aufmerksam zu machen vermutlich das Motiv der unbekannten Sprengschacht-Saboteure. Hierin liegt wohl auch der Grund, daß dieser Aktionsform unter Ausschluß von menschengefährdender Gewalt von weiten Teilen der Friedensbewegung große Sympathien entgegengebracht werden. Gerade die Einschüchterung solcher »Sympathisanten« und potentieller Nachahmer - welche wohl vor allem unter den damaligen Teilnehmern an den Herbstaktionen 84 im Fulda Gap vermutet werden - scheint ein weiterer wichtiger Grund für die ansonsten etwas voreilig anmutende Staatsschutzaktion des BKA gewesen zu sein.
Wir wissen nicht, ob die »Herren des Morgengrauens« nun irgendeinen ihrer Zwecke erfüllt sehen, aber wir glauben, daß sie mit ihrem Vorgehen einen eigenen Beitrag bzw. Anlaß zur Öffentlichkeitsarbeit geleistet haben.

Für weitere Auskünfte:
Bunte Hilfe Hanau
Tel.:06184/4587

Anti-NATO-Kongreß

In den letzten Monaten haben eine ganze Reihe von Treffen stattgefunden, um den für das Frühjahr 1986 geplanten internationalen Kongreß gegen die NATO vorzubereiten.
Der vorläufige Trägerkreis besteht bislang aus folgenden Gruppen bzw. Organisationen: Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen BUF * Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU * Göttinger AK gegen Atomenergie * GAL Hamburg * Kommunistische Jugend Deutschlands * Initiative Kein Frieden mit den NATO, Raus aus der NATO * Kommunistischer Bund KB * Friedensliste * Gruppe internationaler Marxisten GIM * Demokratische Sozialisten DS * Comision anti otan Madrid * als Beobachter nahmen an den Treffen teil: Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen, Bundesvorstand der DFG-VK.
Bislang hat sich der Trägerkreis mit der inhaltlichen Plattform des Kongresses beschäftigt und dazu ein Papier verabschiedet. Auf den nächsten Treffen soll der offizielle Aufruf verabschiedet werden unter dem Motto "Frieden mit der NATO?". Diese Motto wurde gewählt, um bewußt auch Menschen und Gruppen anzusprechen, die sich bislang mit der Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO nicht anfreunden konnten.
Der Kongreß wird voraussichtlich vom 11. bis 13.April 1986 in Köln stattfinden.
Die nächsten Vorbereitungstermine, die entsprechenden Unterlagen sowie überhaupt Informationen über den Kongreß sind im neuen BUF-Büro zu bekommen.
**Neue BUF-Adresse: BUF-Büro, Am Schwarzen Meer 67 in 2800 Bremen
Tel.0421-4985966**

Standorte

Mühlheim - Kärlich - noch zu stoppen?

Mit achtjähriger Verzögerung soll das AKW Mühlheim-Kärlich Anfang nächsten Jahres den Probebetrieb aufnehmen. Diese gewaltige Verzögerung wurde mit bisher 80 Prozessen, von denen jetzt zwei vor dem Koblenzer Oberverwaltungsgericht abgeschlossen wurden, erreicht. Hauptkritikpunkt, speziell am Reaktor in Mühlheim-Kärlich, südlich von Bonn gelegen, ist der Standort direkt an einer Verwerfungszone des Rheintalgrabens, eine der erdbebenaktivsten Gegenden Deutschlands.

Aufgrund zahlreicher Einsprüche wurden deshalb mehrere Bauschritte noch nach der 1. Teilerrichtungsgenehmigung geändert. So wurden Gebäude z.T. geteilt, die Anordnung der Anlage als ganzes verändert, um sie erdbebensicher zu machen. Anstatt diese Änderungen nun aber im Rahmen weiterer TEGs genehmigen zu lassen, wurden sie in kleinen Schritten jeweils vom TÜV-Rheinland abgesegnet. Eine Einspruchsmöglichkeit der Öffentlichkeit war so nicht mehr gegeben, die erste TEG damit in den Augen der Kläger hinfällig.

Diese Ansicht wurde von den Richtern des OVG Koblenz nicht geteilt, sie erklärten die TEG für rechtmäßig, ließen aber aufgrund der Einmaligkeit des Vorfalles eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht zu.

Sollten die Kläger in die Revision gehen, dürfte dem einige Bedeutung zukommen, wie unverfroren die RWE und andere Betreiber nachträglich ihre Pläne frisieren können.

Der Erdbebengefährdete Standort ist aber längst nicht der einzige Kritikpunkt : Der Stahl des Druckbehälter's ist aus einem schon seit 1977 für diesen Zweck nicht zugelassenen Werkstoff hergestellt. Schon beim AKW Grohnde sind Einsprüche dagegen gescheitert. Da, wo's teuer wird, überhört auch in Mühlheim die Erbauergesellschaft diese Kritik. Andererseits aber wurde der Drucktest, der gesetzlich vorgeschrieben ist, nur langsam im Verlauf von 60 Stunden durchgeführt, um den Druck langsam zu steigern und das gute Stück nicht zu gefährden. Im Ernstfall geschieht dies in Minuten, bei ungleich höheren Temperaturunterschieden und Spannungen im Material.

Wie ein Unfall tatsächlich beginnen kann, zeigte sich beim Prbelauf des Sekundärkreislaufes im letzten August : Es brach eine 45cm dicke Rohrleitung – auf die gleiche Art und Weise begann die Beinahe-Katastrophe von Harrisburg.

Aus diesem Anlaß sowie wegen des nahenden "heißen" Probelaufes fand am 30.11 eine von 400 Leuten mager besuchte Demo vom nahegelegenen Neuwied zum Bauplatz statt. Trotz der umfangreichen Mobilisierung, jeder Haushalt in Neuwied hatte den Aufruf bekommen, scheinen nur noch wenige an eine erfolgreiche Verhinderung des Betriebes des 1300 Megawatt-Reaktor's zu glauben.

Auch die noch anhängigen Klagen vor dem OVG gegen die 2.TEG, darunter auch von der Stadt Neuwied ,sowie die zur Zeit vor dem Verwaltungsgericht Koblenz verhandelten Klagen gegen die 6. TEG werden daran kaum noch etwas ändern.

Innerlich darauf eingestellt hat sich anscheinend auch die Koblenzer Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (ARGUS), die mit Spenden und Geldern der Grünen drei automatische Meßgeräte zur Überwachung des laufenden Betriebes angeschafft hat.

Atommüllager Ahaus

Ein neuer Skandal bahnt sich um das geplante Atommüllager Ahaus an. Die Betreiberfirma BZA, eine Tochterfirma der DWK, hatte bei der Stadt Ahaus ihren Baugenehmigungsantrag vor einem Monat erweitert: Außer abgebrannten Brennelementen aus Leichtwassereaktoren sollen nun auch die ausgedienten Kugelbrennelemente aus dem Thorium-Hoch-Temperatur-Reaktor (THTR) Hamm in Ahaus eingelagert werden können. Noch auf dem letzten Erörterungstermin in Ahaus war bestritten worden, daß das Zwischenlager auch die THTR-Kugeln aufnehmen solle. Dagegen sprach allerdings schon immer die Betriebsgenehmigung für den Hochtemperaturreaktor, in der Ahaus ausdrücklich als Lager genannt wird.

Wie der Ahauser Stadtdirektor Dr. Jünemann diese Woche in einer Ratssitzung bekanntgab, erwägt die Stadt Ahaus, dafür eine Baugenehmigung zu erteilen, obwohl das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster die alte Baugenehmigung kassiert und einen Baustop über die Lagerhalle verhängt hatte!

Nach Auffassung der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus" wird hier mit einem Verfahrenstrick versucht, geltendes Recht zu umgehen. Zwar wissen Stadtdirektor und BZA sehr genau um die Rechtswidrigkeit eines solchen Verfahrens, doch kalkulieren sie offenbar mit dem Faktor „Zeitgewinn": Damit das OVG Münster die Rechtswidrigkeit einer solchen (Weiter-)baugenehmigung durch einen neuen Beschluß feststellen könnte, müßte erst eine neue Klage eingereicht werden. Bis zur Entscheidung über diese Klage würden nach Aussage von Dr. Jünemann „mehrere Wochen" vergehen. In der Zwischenzeit könnte der Bau vorangetrieben und die Lagerhalle möglicherweise fertiggestellt werden. Besonders brisant an diesen Überlegungen von Betreiberfirmen und Stadtverwaltung ist, daß sie offensichtlich auch in Zusammenhang zu sehen sind mit den jüngst angekündigten Bemühungen der Landesregierung NRW, das Zwischenlager Ahaus „wieder flott zu machen". NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen hat der Stadt Ahaus „aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses" dafür einen Rechtsbeistand des Landes in Aussicht gestellt.

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus" sieht in einem solchen Vorgehen der verantwortlichen Behörden einen weiteren Schritt zur Aushöhlung des Rechtsstaates, zugleich eine völlige Mißachtung der Sicherheitsbedenken, die das OVG Münster zu seinem Baustopbeschluß veranlaßt haben. Die Bürgerinitiative fordert deshalb die strikte Respektierung des OVG-Beschlußes und damit die Verweigerung einer neuen Baugenehmigung.

Kontakt: BI „Kein Atommüll in Ahaus" Auf der Haar 2, 4422 Ahaus, Tel.: 02561/7101

DER TIP DES JAHRES ??????????

Österreich: Umweltfreunde wollen AKW kaufen

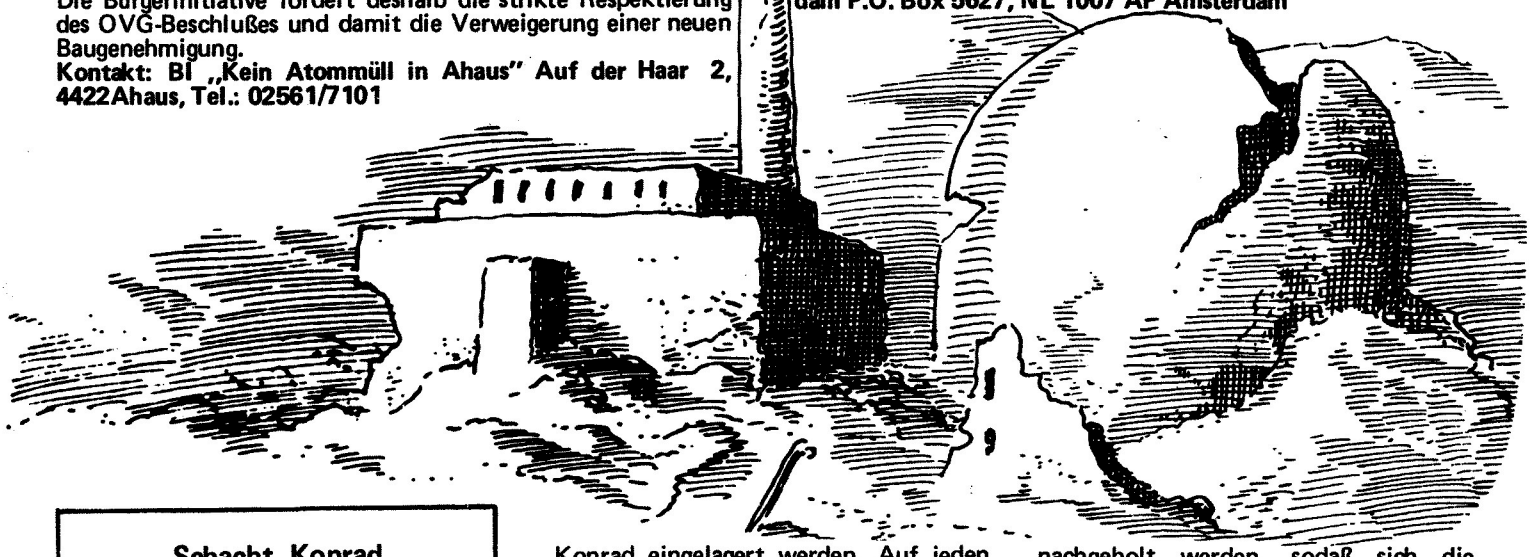
Ein neugegründetes Komitee „Initiative Österreich 2025" will das einzige österreichische AKW, die eingemottete Anlage in Zwentendorf, kaufen. Die Bevölkerung wurde zum Kauf von Anteilscheinen aufgerufen, gleichzeitig wurde mit Hilfe von Andre Heller und Friedensreich Hundertwasser ein Ideenwettbewerb ins Leben gerufen, um das AKW als Ökologie- und Friedenszentrum umzubauen.

Moerdijk/Niederlande

Die niederländische Regierung will 2 neue AKW's bauen, als Standort dafür wurde jetzt Moerdijk benannt, ein großes Industrieareal südlich von Rotterdam. In den Niederlanden sind bislang zwei AKW's in Betrieb, das AKW Doodeward seit 1968 und Borssele seit 1972.

Moerdikj ist darüberhinaus als unterirdischer Endlagerstandort für den gesamten schwach- bis hochradioaktiven Atommüll der NL im Gespräch. Nach den offiziellen Kriterien der niederländischen Regierung ist Moerdijk als Standort für Atomanlagen ungeeignet, da es zu nah an dicht besiedelten Zentren liegt. Angesichts der Lage (Industriezentrum) erhoffte mann sich hier aber weniger Widerstand als anderswo. Doch weit gefehlt vom 5.-7.Oktober führten 700 AKW Gegner/innen „Aktionstage' in der Region durch, die am Samstag mit einem Camp begonnen wurden. Am Sontag wurde mit einem Autocorso, verstärkt durch jede Menge Bullizeiwagen, die 6-spurige Rheinbrücke bei Moerdijk blockiert. Ein vor dem Haus von Finanzminister Aardenne geplantes Picnic wurde von der Polizei um einige hundert meter verschoben. Am Montag sollte, zu den jeden 1. Montag im Monat stattfindenden Sirenenproben ein Atomunfall simuliert werden - die AKW-Gegnerinnen mußten jedoch eigene Sirenen benutzen, da die offizielle Probe wegen der Protestaktionen verschoben wurde.

Quelle u. Kontakt: Frederic Schopenhauer, WISE Amsterdam P.O. Box 5627, NL 1007 AP Amsterdam



Schacht Konrad

Die „Entsorgung" der Atomanlagen bleibt der Pferdefuß des Atomprogramms. Die Blockaden der Atommülltransporte und die gerichtlichen Verfügungen gegen die Zwischenlager haben die Betreiber schon arg in die Klemme gebracht. In dem Maße, in dem die wissenschaftliche Kritik gegen den Salzstock Gorleben immer mehr offiziell zugegeben werden muß, steigt die offizielle Grenze für das, was in SCHACHT KONRAD eingelagert werden soll.

Nach den Planungen der Betreiber soll der erste Atommüll 1989 in Schacht Konrad eingelagert werden. Auf jeden Fall bleibt Schacht Konrad in diesem Jahrhundert das einzige bundesdeutsche Endlager. Die Art und Weise, wie das Verfahren durchgezogen wird, wird Maßstab für alle zukünftigen Endlagerverfahren werden. Aufgrund dieser besonderen Bedeutung von Schacht Konrad ist die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung gefordert zu reagieren. Die erste bundesweite Demo im Oktober 1982 war ein Anfang. Doch jetzt muß es weiter gehen!

Wir haben den Terminplan für Schacht Konrad gestört. Aufgrund des Bewertungsgutachtens der Gruppe Ökologie mußten wichtige Untersuchungen nachgeholt werden, sodaß sich die Auslegung der Pläne zu Schacht Konrad um ca. 3/4 Jahr verzögerte und jetzt Anfang 86 beginnen soll. Wenn die Einspruchsmöglichkeiten im Planfeststellungsverfahren nicht umfassend genutzt werden, ist auf juristischen Wege gegen Schacht Konrad nichts mehr zu machen. Die für qualifizierte Einsprüche notwendige Beratung kostet natürlich eine Menge Geld.

Wegen der o.g. bundesweiten Bedeutung rufen wir auch bundesweit zu Spenden auf: Umweltschutzforum SCHACHT KONRAD Salzgitter e.V. Konto-Nr.: 500231 bei Volksbank Salzgitter 1 (BLZ: 27090089), Stichwort: „Planfeststellungsverfahren".

Rot-Grünes AKW in Borken?

Die Spekulationen um das geplante Atomkraftwerk in Borken, südlich von Kassel, gehen in die nächste Runde. Ende November vervollständigte die PEAG ihre schon 1974 eingereichten Unterlagen und setzte damit den gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsablauf in Gang.

Mit dem AKW soll das fast 60 Jahre alte Braunkohlekraftwerk in Borken, eines der schmutzigsten hierzulande, 1993 ersetzt werden. Dann, so die PEAG, seien die wirtschaftlich auszubeutenden Braunkohlebestände in der dem Kraftwerk zugehörigen Grube erschöpft, andere erreichbare Bestände seien von zu starker Verunreinigung durch Schwefel betroffen, ein Transport von weiter her unrentabel. Überlegungen, auch unter veränderten Bedingungen am gleichen Ort das Alte oder auch ein neues Kohlekraftwerk zu betreiben, lehnt die PEAG rigoros ab. 1200 Arbeitsplätze gehen damit verloren.

Ein weiteres Argument, warum man in acht Jahren die verbleibenden 200 Megawatt durch ein 1300 MW-Kraftwerk ersetzen will, ist die angebliche Unterversorgung Hessen's mit Energie sowie die angeblich in den nächsten Jahren zu erwartenden Zuwachsraten (Sonst gehen nämlich die Lichter aus ...).

Da im hessischen dezentralen Energiekonzept an 1300 MW aber kein Bedarf besteht und angesichts der bundesweiten Überkapazitäten und gut ausgebauter Verbundnetze auch von einer drohenden Unterversorgung nicht die Rede sein kann, sollte der Antrag bei den derzeitigen Verhältnissen kaum eine Chance haben.

Viel naheliegender ist die Vermutung, daß die PEAG mit ihrem Antrag gezielt gegen die rot-grüne Koalition angehen will, um deren wirtschaftsfeindlichkeit zu beweisen und einen Keil zwischen SPD und Grüne zu treiben, vor allem im Blick auf die Landtagswahlen 1987.

Schützenhilfe leistet dabei Niedersachsen : Sollte der Standort in Borken Scheitern, würde Wirtschaftsministerin Breueleinen Antrag für einen niedersächsischen Standort "mit großer Aufgeschlossenheit" prüfen. Der Standort bei Göttingen allerdings, der in diesem Zusammenhang kursierte, dürfte nicht in Frage kommen : Er ist im Raumordnungsprogramm (bisher ?) als AKW-Standort nicht vorgesehen.

Auch Johannes Rau soll schon signalisiert haben, in NRW eine Ausweichmöglichkeit zur Verfügung zu stellen.

Aber auch bei den hessischen Sozialdemokraten kann sich die PEAG noch Hoffnungen machen. Zwar besteht, so Wirtschaftsminister Steger in einem Interview , "in Hessen nach meiner Auffassung kein weiterer Bedarf an Kernkraftwerken", läßt danach aber die Katze aus dem Sack : "Hochtemperaturreaktoren mit einer Leistung von 100 MW, bei denen die Wärme ausgekoppelt werden kann ...".Auch über die realisierbarkeit solcher Pläne hat sich Steger schon Gedanken gemacht :"Vielleicht freunden sich dann sogar die Grünen mit der Kernkraft an, weil das in ihr Energiekonzept paßt".

Nun wird auch Steger wissen, daß mit dem Errichten neuer AKWs selbst für die Grünen die Schmerzgrenze überschritten wäre. Um die Grünen im Hinblick auf die Wahlen schlecht zu machen, kommt der PEAG-Antrag grade recht.

Zeit also, die Hände in den Schoß zu legen und auf Joschka Fischer zu hoffen ? Wohl kaum. Die Auseinandersetzungen um den Doppel-Vierer und Hanau haben gezeigt, daß die Landtagsgrünen nur auf starken Druck der Basis bereit sind, sich gegen solche Projekte einzusetzen und dafür ihr Zipfelchen der Macht zu riskieren, daß sie der SPD abgerungen haben.

"Das hessische Wirtschaftsministerium muß sich .... mit der energiewirtschaftlichen Prüfung des Antrages beschäftigen". Erst danach würde ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren eingeleitet, so das Landtagsgrünenmitglied Oblong.

Soll heißen : Steger wird sich selbstverständlich an die gemeinsamen energiepolitischen Richtlinien halten. Wie beruhigend, wo er sich doch in Hanau als so vertrauenserweckend erwiesen hat.

Letztendlich entscheiden wird sich die Sache sowieso erst nach den nächsten Wahlen, alles, was zur Zeit abläuft, dient hauptsächlich dazu, die Position der Grünen zu schwächen und den Boden für die Entscheidung danach zu bereiten.

Daß man bei der PEAG diesbezüglich nicht pessimistisch ist, zeigen die zwei Millionen, die sie in die Probebohrungen am Kraftwerksgelände investiert hat. Auch der Bauzaun ist schon in Borken und wird dort, nachdem er sich jahrelang in Grohnde bewährt hat, renoviert.

Auch die Bevölkerung in Borken traut dem grünen Frieden nicht so ganz. Während die dortigen Grünen sich auf ihre Hoffnung auf die Landtagsgrünen zurückziehen, soll sich am 18.12 eine BI gegen das AKW gründen, wie auf einer vor kurzem stattfindenden Demo von 60 Leuten beschlossen wurde. In der Stadt werden sie keinen leichten Stand haben : 1200 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, Stadtverwaltung und SPD setzen deshalb voll auf das AKW, um wenigstens einen Teil davon zu erhalten. Daß von den z.T. hochspezialisierten Bauarbeiten genausowenig für die Region abfallen wird, wie von den ebenso spezialisierten 250 Arbeitsplätzen, sollte sich eigentlich inzwischen herumgesprochen haben. Manche lernen's halt nie.

Hamm: Die Bombe tickt

Nun hat auch für Nordrhein-Westfalen das kommerzielle Atomzeitalter begonnen. Seit dem 16.November ist der Thorium-Hochtemperatur-Reaktor Hamm am Netz .Nicht erfüllt haben sich damit die letzten Hoffnungen der Kläger (siehe Atom 6), daß vor der Inbetriebnahme erst noch die dreizehn beim Amtsgericht Arnsberg anhängigen Klagen verhandelt werden müßten und damit zumindestens eine Verzögerung erreicht würde.

Ebenfalls ungeklärt ist bis jetzt noch die Entsorgung der Thoriumkugeln. Während einerseits Ahaus als Entsorgungsnachweis für die Betriebsgenehmigung dient, ist dort erst vor kurzem überhaupt der Antrag gestellt worden, neben den üblichen Leichtwasserreaktorbrennelementen auch die Thoriumkugeln aus Hamm zu lagern.

Um nicht aufgrund des durch den derzeit in Ahaus herrschenden Baustop bei den nächsten Brennelementewechseln in Schwierigkeiten zu geraten, sind deshalb beim THTR zusätzliche Lagerkapazitäten errichtet worden, ohne spezielle Genehmigung.

25 Jahre Störfallreaktor Kahl

Es wird wieder kälter in Deutschland ! Nach 25 Jahren wurde das Versuchsatomkraftwerk Kahl (VaK) am 15.November stillgelegt. Trotz seiner niedrigen Leistung von nur 17 Megawatt konnte der Oldtimer unter den deutschen AKWs, er war der erste erbaute Atomreaktor in diesem unserem Lande, bei der radioaktiven Verseuchung mühelos mit den großen kommerziellen Reaktoren von heute mithalten, 67/71 und 79/80 hat er sie sogar noch übertroffen.

Kraftwerksdirektor Elmer sieht das verständlicherweise anders: "es hat geplante und ungeplante Unterbrechungen gegeben, aber nur eine Panne, die den Namen Störfall verdient".

Eine von der Umweltinitiative Karlstein herausgegebene Broschüre führt zu anderen Ergebnissen. Allein 94 Störfälle sind dort aufgeführt, sieben davon der sog. Kategorie A zugehörig, bei der "eine Gefährdung der Bevölkerung nicht auszuschließen ist".

Der schwerste Zwischenfall, im Juli '68, hätte sogar leicht zum Durchschmelzen des Reaktorkern's führen können :

Nach einem Netzstromausfall verreckte nach kurzer Zeit auch der Notdiesel, jegliche Regulierung der Steuerstäbe war unmöglich. Hätte der Netzstrom nicht nach kurzer Zeit wieder eingesetzt, wäre es zu einem Vorfall, wie beinahe in Harrisburg geschehen, gekommen. .

Aber auch sonst wimmelt es nur so von Rohrbrüchen, Schwierigkeiten mit den Steuerstäben, Brennstabschäden, Ventilschäden und allerlei mehr von dem, was das atomare Gruselkabinett so zu bieten hat. Von einem problemlosen Betrieb kann also keine Rede sein.

Eine Bagatellisierung der Vorfälle dürfte den Betreibern, RWE und Bayernwerk, dabei schwer fallen : Die Angaben stammen aus den Jahrbüchern der Atomwirtschaft (ATW), Informationen der Bundesregierung und einer Versicherer-Studie der Allianz, sowie einer AKW-Unfalldokumentation des BBU.

Die Einstufung der sieben Störfälle mit Gefährdung der Bevölkerung erfolgte dabei nach den unverdächtigen Kriterien der ATW. Weiters Material hält bis jetzt die AEG, die den Reaktor gebaut hat, unter Verschluß. Seit mehreren Jahren hat die Seligenstadter Niederlassung des Elektrokonzern's die Strahlenimmissionen gemessen. Der BUND bemüht sich deshalb darum bei der zuständigen hessischen Landesregierung um die Freigabe der Meßergebnisse.

Nach den Jubelfeierlichkeiten im trauten Kreise von RWE- und Bayernwerkvorständlern und Umweltschutzminister Dick rückt nun die Frage nach dem weiteren Verbleib der Strahlenruine in den Vordergrund. Nach den stillgelegten AKWs Gundremmingen A, Niederaichbach und dem nahegelegenen Großwelzheim ist Kahl schon der vierte stillgelegte Atomreaktor im Freistaat. Für's erste wird Kahl nun eingemottet werden, frühestens nach 20 Jahren wird an das zerlegen des verstrahlten Materials mittels ferngesteuerter Gerätschaften zu denken sein. Erfahrungen gibt es darin weltweit noch nicht, genauso wenig ist bislang klar, wo der verstrahlte Schrott endgelagert werden soll. Schacht Konrad ist dazu im Gespräch, dessen "Eignung" ist bekanntlicherweise noch nicht geklärt.

Klar ist bezüglich des Abrisses nur, daß die Kosten mindestens die Hälfte der Baukosten ausmachen werden. Das Radioaktivitätszeichen, daß der Ort im Wappen führt, wird auch danach noch lange seine Berechtigung haben.

Die Broschüre mit einer Auflistung und kurzen Erläuterung sämtlicher Störfälle während des 25jährigen Betriebes des VaK kann über folgende Adresse bestellt werden :
Umweltinitiative Karlstein und Umgebung
Horst Reisert, Spessartstraße 40, 8757 Karlstein

Tag X in Mitterteich

Seit dem 15. Oktober ist auch in Mitterteich die strahlenlose Zeit zu Ende. In einem beeindruckend unverfrorenen Genehmigungsakt unterlief das bayerische Umweltamt eine Entscheidung des Regensburger Verwaltungsgerichtes, daß der Klage gegen die Betriebsgenehmigung schon im Sommer diesen Jahres stattgegeben hatte. Streitpunkt war u.a. ob die Genehmigung nach dem Atomrecht erfolgen müsse. Die dagegen eingelegte Revision ist vom Bayrischen Verwaltungsgerichtshof noch nicht verhandelt worden. Da die Anlage in Mitterteich noch nicht einmal fertiggestellt ist, so zum Beispiel die Eingangshalle, besteht zu überstürztem Handeln auch kein Anlaß– sollte man meinen.Um aber noch vor der Verhandlung vollendete Tatsachen zu schaffen, erteilte das Umweltschutzministerium der Betreibergesellschaft GRB eine "vorgezogene Betriebsgenehmigung", also eine klare Nichtbeachtung der momentanen Rechtslage. Das Hintertürchen dafür : Vor Gericht wird nur die Betriebsgenehmigung ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung verhandelt, die Zeit davor ist demnach nicht gemeint.

Eine Klage gegen die Vorgezogene Betriebsgenehmigung durch die örtliche BI wurde sogar vom bayr. Verwaltungsgerichtshof, vor dem ja auch die Hauptverhandlung noch anhängig ist, ohne mündliche Verhandlung und bisher ohne Urteilsbegründung abgelehnt worden. Dies stellt eine gerichtlich legitimierte Nichtbeachtung eines anderen Gerichtes dar, denn auch den Münchner Richtern dürfte klar gewesen sein, daß mit der vollzogenen Einlagerung unumstößliche Tatsachen geschaffen werden.

Die 1900 zur Einlagerung bestimmten Fäßer mit leichtradioaktivem Müll stammen nämlich aus der Landessammelstelle Neuherberg, die ihrerseits schon so voll ist, daß Abfallgebinde in Krankenhäusern und Forschungsinstituten gelagert werden.

Diese 'wild' zwischengelagerten Fäßer werden umgehend den freiwerdenden Platz in Neuherberg einnehmen und eine Rückkehr der Fäßer aus Mitterteich unmöglich machen.

Am frühen Morgen des 15.10 war es dann soweit : Die ersten drei Container mit 81 Fäßern wurden per Bahn nach Marktredwitz gefahren,dort unter Polizeischutz auf LKWs umgeladen und in's Zwischenlager eskortiert. Widerstand gegen den Transport hat es wegen der vereinbarungswidrig kurzfristigen Bekanntgabe nicht gegeben. Erst am Tag davor war der Stadt Mitterteich die Information gegeben worden, zur Mobilisierung durch die BI blieb da keine Zeit mehr.

Beim Ausladen der Fäßer wurde das übereilte Handeln der GRB offenkundig : Die Betriebsgenehmigung sieht zwingend ein Ausladen nur in der mit einem, nur aufgrund der vielen BI-Klagen gebauten, 75cm starken Betonfußboden ausgerüsteten Eingangshalle vor. Ebenso vorgeschrieben ist trockene Witterung. Tatsächlich aber wurden die Fäßer vor der Halle, die ja noch im Bau ist, bei Nieselregen umgeladen; optimale Bedingungen für eine großflächige Verseuchung im Falle eines zerberstenden Faßes.

Für die BI steht nun zur Debatte, ob sie das finanzielle Risiko der Hauptverhandlung in München noch eingehen will.Sah es Schon vor dem verlorenen Einspruch gegen die vorgezogene Betriebsgenehmigung finanziell eng aus, ist der Kassenstand jetzt noch niedriger, von den Erfolgsaussichten in München ganz zu schweigen.

Als Alternative dazu wird von manchen BI-Mitgliedern gefordert, die restlichen Gelder besser in eine Strahlenüberwachung zu investieren.

Rau statt Maas -
wer verhindert Kalkar?

"Schwere Bedenken" hat sie, die SPD. Über den Punkt, Ablehnung des Schnellen Brüters in Kalkar, dem sich Ministerpräsident Rau so problembewußt nähert, ist der Bauer Maas längst hinaus. Es war nicht zuletzt die SPD, die ihm diesen Vorsprung verschaffte. Soll sich das nun ändern?!

Bauer Maas gibt auf

13 Jahre hat sich der Bauer Josef Maas gegen den Bau des Schnellen Brüters SNR-300 in Kalkar zur Wehr gesetzt, hat politisch Widerstand geleistet und gegen verschiedene Teilerrichtungsgenehmigungen der SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen prozessiert. Er war damit zu einer Schlüsselfigur in der Auseinandersetzung um den Brüter geworden.
Nun gibt er auf. Nicht weil er Überzeugungen über Bord geworfen hat, sondern weil er der ständigen Belastung, die sich aus dem psychischen, sozialen und finanziellen Nerv ergibt, nicht mehr gewachsen ist. Das politische Umfeld hat sich in den letzten Jahren, wie anderswo auch, stark verändert. Die meisten derjenigen, die seinerzeit mit Maas gegen den Brüter Front machten, haben sich zurückgezogen, so daß die Szene der politischen Gegner so umfassend ist, daß Maas mitunter den zweifelhaften Status eines Aussätzigen genießt. In diesem Klima, daß die Umsätze seines Hofes nicht gerade förderte,und in Folge der allgemeinen problematischen Siutuation in der Landwirtschaft, lastete schließlich eine Hypothek von 1,4 Millionen DM auf dem Hof, für die Maas den fälligen Zins nicht mehr aufbringen kann. Vor diesem Hintergrund ist die finanzielle Misere der Familie auch eher Ausdruck der politischen Verhältnisse vor Ort, als die unmittelbare Folge der juristischen Auseinandersetzung.
Denn die Prozeßkosten wurden weitgehend von den BIs der Umgebung und aus den Niederlanden gedeckt. Auch die NRW-Grünen taten sich als Mäzene hervor, indem sie, mehr symbolisch allerdings, einen knappen Hektar des Maas'schen Anwesens für 150.000 DM erstanden. Den entscheidenden Kraftakt wollten sie schließlich aber nicht wagen, hätte das doch bedeutet, gegen das Angebot der KWU zu halten, das irgendwo zwischen 3 und 4 Millionen DM liegen soll. O-Ton der Grünen Landesgeschäftsstelle zufolge war es innerhalb des 2-Tage-Ultimatums der KWU nicht möglich eine demokratische innerparteiliche Entscheidung dazu zu finden. Ihrem Schatzmeister Stawitzky galt das Scheitern der Kaufpläne allerdings eher als Indiz dafür, daß die Grünen sich mit dem Brüter abgefunden hatten. Die daraufhin fälligen Dementis geben Zeit zu der Frage, welchen politischen Vorteil sich die Grünen denn mit dem Kauf des Maas-Hofs versprochen hatten?! Die einzig offizielle Verlautbarung besteht in der Befürchtung, die Anti-AKW-Bewegung um Kalkar könnte erlahmen, wenn auch Bauer Maas sich zurückzieht. Bei aller Solidarität mit Josef Maas, aber es bleibt zu hoffen, daß sich dieser Symbolismus als Gespenst eines grünen Politik-(Miß-)Verständnisses entpuppt.
Letztlich konnten die widerstandsbewußten Gedanken der Grünen zwar einen Ersatzspieler für Bauer Maas, nicht aber das Geld lockert machen, so daß die KWU als Erbauerin des Brüters den Deal durchziehen konnte. Verbunden mit dem Handel ist das Zugeständnis von Maas, nie wieder gegen den Brüter zu klagen. Aber das ist ohnehin Makulatur, da die Familie ihren Heimatort verlassen will. Daher gilt Josef Maas nach der Verwaltungsgerichtsordnung ohnehin nicht mehr als "Betroffener" und kann folglich auch nicht klagen. Nichts mehr als die Tatsache, offiziell nicht mehr betroffen zu sein, offenbart den ganzen Zynismus der Situation.

Josef Maas und seine Frau Helga dpa

Was treibt die SPD?

Die Situation ist umso zynischer, weil zur Entstehung des Brüters auch die SPD wesentlich beigetragen hat. Gerade die aber verfolgt seit einiger Zeit einen Zickzackkurs mit dem Ziel, der Brütertechnologie eine Absage zu erteilen. Ein klares Nein ist daraus aber noch lange nicht abzuleiten.

Brüter-Gegner Rau
„Störfälle nicht ausgeschlossen"

Ein Antrag der Sozialdemokraten im Bundestag, der den Ausstieg aus dem Brüterprojekt fordert, wurde auch mit den Stimmen von 6 SPD-Abgeordneten abgelehnt. Bedeutender erscheint demgegenüber aber die Haltung der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Dort hat sich im wesentlichen die Position durchgesetzt, die Brütertechnologie aus wirtschaftlichen, sicherheitstechnischen und entsorgungstechnischen Gründen abzulehnen. Grundlage dieses Kurrswechels ist die Erkenntnis, daß die Voraussetzungen, unter denen seinerzeit die Zustimmung zum Schnellen Brüter gegeben worden war, heute völlig andere sind. Da sind sie sich alle einig, Rau, Jahrtmann , usw. Wenn die SPD ihre Verweigerungshaltung aber als ernst verstanden wissen will, muß sie spätestens jetzt ihre wohlklingenden Formulierungen in Politik umsetzen. Alle 16 bisherigen Teilerrichtungsgenehmigungen (TEG) wurden relativ pro-

Vom 17.–19. Oktober führten AKW-Gegnerinnen vom Niederrhein eine Aktion gegen den Schnellen Brüter-In Kalkar durch. Ein simulierter Brennelementetransport fuhr von Krefeld nach Kalkar. Hier unser Bericht :

Donnerstag, 1. Tag :
Unsere fünf Fahrzeuge (Brennelementetransport plus zwei Sicherheitsfahrzeuge der Transplutonium AG sowie zwei Info-PKWs) erreichten wie geplant Aldekerk. Dort hatte man uns schon erwartet.
Hatten doch zwielichtige Gestalten ein sogenanntes offizielles Schreiben (mit unserem Firmennamen – übel, übel!) verteilt, in dem ein wirklicher Transport angekündigt und Sicherheitsmaßregeln der Bevölkerung mitgeteilt wurden. Wer das wohl war? Die Polizei bekam es jedenfalls nicht heraus, obwohl sie bis in die Nacht hinein die Verteiler suchte. Die Rheinische Post (RP) berichtete auch sofort heute darüber.
Die Bevölkerung von Aldekerk war uns gegenüber sehr aggressionsgeladen und Infogespräche waren kaum möglich. Ab Ortsausgang Aldekerk eskortierten uns jetzt zwei Polizeifahrzeuge mit angeschalteter Warnblinkanlage. Offizieller konnte es kaum aussehen. Die "Werbefahrzeuge" (Zitat eines Polizisten) der Polizei paßten sich unserem Tempo an und gegen unsere Lautsprecherdurchsagen gab es von Seiten der Obrigkeit auch keine Einwände. In Nieukerk und Geldern fand denn auch so manches Flugblatt interessierte Leserinnen.
Freitag, 2. Tag :
Die RP berichtete groß über die gestrige Aktion. 2/3 im Regionalteil plus Photo. Allerdings war der Artikel sehr negativ und teilweise sogar hetzend. Die Polizei verhielt sich am heutigen Tag zurückhaltend und distanziert, nur ein friedensbewegtes Auto hatten wir auf den Fersen und es dauerte etwas, bis wir der Fahrerin glaubhaft machen konnten, das dies kein echter Transport ist.
Samstag, 3. Tag :
Über Goch erreichten wir Kleve. Die RP hatte wieder berichtet und die Einwohner waren also auf unser Erscheinen vorbereitet. Von der Polizei noch in Ruhe gelassen, prügelten an einem Parkplatz mehrere Bürger/-innen aus Kleve auf einige von uns ein. Der Konvoi fuhr weiter und wurde an der Fußgängerzone von mehreren Polizeiwagen an der Weiterfahrt gehindert. Es kam zu einer Festnahme und einer Kurzen Rangelei. Über das Vorgehen der Polizei waren viele Klever Bürger empört. Nachdem die Polizei unseren Transport um ca. eine Stunde verzögert hatte, fuhren wir weiter nach Kalkar. Als der LKW vor das Eingangstor des Brüter's fuhr, verschloß die Wachmannschaft das Tor und schloß einen Wasserschlauch an einen Hydranten an. Die Aktion war beendet und ein voller Erfolg. Vor unserer Abfahrt hinterließen wir noch bei Bauer Maas in Kalkar schriftlich solidarische Grüße, er war leider grade nicht da.
Ach so, wer sich über das unterschiedliche Verhalten der Polizei an den drei Tagen wundert : Am Donnerstag war die Aktion angemeldet, am Freitag und Samstag nicht.

J. aus Krefeld

blemlos erteilt, die nächste ist aber von besonderer Bedeutung, da ihre Bewilligung die Einlagerung von Plutonium in den Brüter möglich macht. Und es ist kaum zu bezweifeln, daß der bestückte Reaktor nicht auch in Betrieb genommen wird.
Dementsprechend ließ Ministerpräsident Rau verlautbaren, die Erteilung der nächsten TEG sei keine Routinesache mehr. Spätestens dadurch jedoch fühlten sich die Industrievertreter und Forschungsminister Riesenhuber endgültig aus der Reserve gelockt. Das Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts äußerte in einem Brief an Rau seine "Betroffenheit", sprach von dem "großen Schaden", der der deutschen Wirtschaft entstehen würde und argumentierte mit der deutschen Verpflich-

Bürgerprotest auf die Hauswand gemalt. Eine Scheune in der Nähe von Kalkar. **Werek**

tung in der europäischen reaktortechnischen Zusammenarbeit. Riesenhuber drohte gar mit möglichen holländischen und belgischen Regreßforderungen, denn diese beiden Staaten seien ja mit 15% an den Entwicklungskosten des Brüters beteiligt.

Doch alle Argumente für den Brüter entpuppen sich als Blödsinn.

Die Entsorgung des Mülls, den die SPD zur Voraussetzung für die 17. TEG macht, existiert entgegen allen Behauptungen nicht. 1986 soll in Frankreich zwar eine Wiederaufarbeitungsanlage für radioaktiven Müll aus Brütern namens "Thor" in Betrieb gehen, jedoch handelt es sich dabei um eine Pilotanlage mit relativ geringem Durchsatz, deren Kapazitäten durch Verträge mit dem französischen Phenix, Super-Phenix und dem Versuchsbrüter in Karlsruhe auf Jahre ausgelastet ist. Eine größere Anlage, die als Entsorgungsnachweis gerne zitiert wird, existiert allenfalls auf dem Papier.

Zudem kostet die Wiederaufarbeitung eines Kilogramms Brütermülls etwa 20.000 DM. Das ist mithin ein vielfaches der Kosten für die Wiederaufarbeitung des "normalen" AKW-Mülls. Bei reichlich Uran-Vorkommen ist dies ein weiterer Beleg für die Unwirtschaftlichkeit dieses Konzeptes. Außerdem wird aus dem SNR-300 bestenfalls ein SNR-240, da die volle Kapazität von 300 MW infolge einer unvorhergesehenen, zu hohen Nachwärmeleistung nicht erreicht werden darf. Eine entsprechende Betriebsgenehmigung limitiert die maximale Leistung auf 70 bis 80% der geplanten Kapazität.

Doch nicht allein ökonomisch- und entsorgungstechnisch spricht alles gegen den Brüter, auch sicherheitstechnisch ist nichts sicher. Risse in den Schweißnähten der Natrium-Tanks, falsch verlegte Kabel und weitere "Kleinigkeiten" lassen das schlimmste befürchten. Darüberhinaus ist unklar, inwieweit die Modifikation des Brüters, derzufolge sich die eingebrachte Plutomiummenge von 840 Kilogramm auf 1181 Kiliogramm erhöht, nicht ein vergrößertes Gefahrenpotential bei Unfällen bedeutet.

Trotz dieser eindeutigen Tatsachen scheint der Druck, den die Atom-Lobby auf die SPD ausgeübt hat, nicht unergiebig gewesen zu sein. Prompt lieferte der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen nach einem Gespräch zwischen ihm und Riesenhuber die Erklärung ab, er "werde nicht zulassen, daß aus dem Genehmigungsverfahren Verzögerungen erwachsen, die zu Baupreissteigerungen führen." — Alles klar?!

An dieser Stelle tritt symtomatisch die Qualität spezialdemokratischer Politik zutage. Auf der einen Seite unterstreicht sie verbal ihre Ablehnung des Brüters, auf der anderen Seite redet sie sich um ein offenes Nein mit formaljuristischen Kompetenzargumenten herum. Das NRW-Wirtschaftsministerium soll und will "streng nach Recht und Gesetz" genehmigen, um von der Atomlobby nicht wieder als "unseriöse Partnerin" gebranntmarkt zu werden.

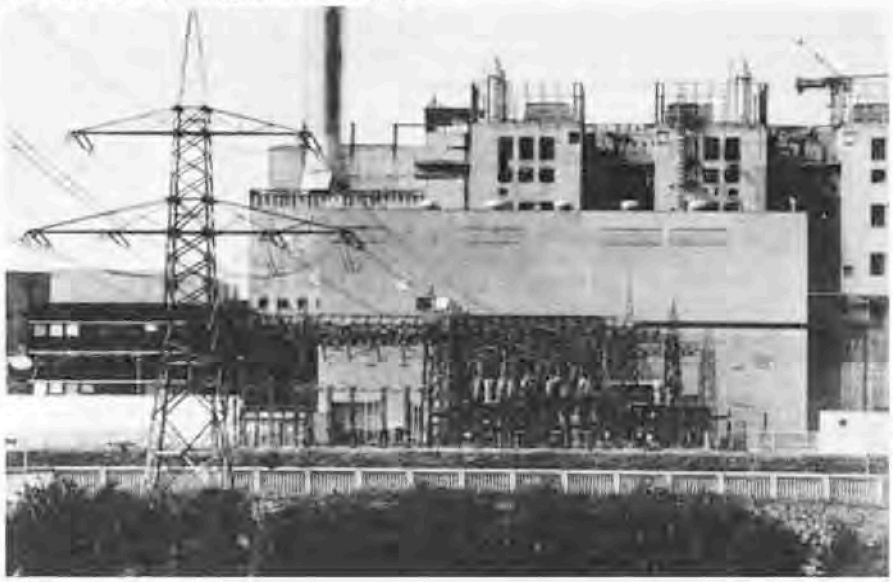
Dieses atemberaubende Hin und Her zwischen Ablehnung und Genehmigungsbereitschaft ist wohl das taktische Produkt aus innerparteilichen Zielvorstellungen und der Angst vor den Drohungen der Industrie (sprich: Investitionsstreik).

Der gerade Weg zum Brüter-Stop scheint damit für die SPD verbarrikadiert zu sein. Sie plädiert stattdessen für einen "Neubewertungsprozeß", in dem alle Fakten noch einmal von rechts nach links geräumt werden, um schließlich in einem großen Konsens aller Beteiligten in der Ablehnung des Brüterprojekts zu gipfeln. Ob diese heilige Suche nach neuen Einsichten von Erfolg gekrönt sein wird, bezweifeln wohl selbst die meisten Spezialdemokraten, sodaß die SPD schließlich doch gezwungen sein wird, Farbe zu bekennen.

Dann könnte es sein, daß der Düsseldorfer Landtag mit der SPD-Stimmenmehrheit dem Brüter die Betriebsgenehmigung verweigert, sodaß die Landesregierung sich auf ein Votum des Parlaments berufen kann und damit etwas beruhigter der zu erwartenden Bundesanweisung des Innenministers Zimmermann entgegen sehen kann. Ob die SPD dann soweit Position bezogen hat, daß sie diese Chance zum Anlaß nimmt, um gegen das Bundesinnenministerium zu prozessieren, bleibt abzuwarten. So absurd und pervers das klingt, die SPD wäre in dem Fall tatsächlich diejenige, die die Klage des Bauern Maas gegen den Schnellen Brüter, wenn auch in einem ganz anderen Zusammenhang, fortsetzt.

Ebenso denkbar ist es jedoch, daß die Spezialdemokraten ihre Brüterpolitik im Rahmen ihrer Profilierungsbestrebungen als umweltbewußte Partei bis zur Bundestagswahl 1987 weiterbetreibt, um dann, getreu ihrer Genehmigungslinie vom Hochtemperaturreaktor Hamm und Kohlekraftwerk Ibbenbühren, dem Druck von Industrie und Atomlobby, nachzugeben und alles beim Alten zu belassen.

Taktik ist eben alles! Der Bauer Maas wird davon ein Lied singen können.



Es geht los!

DWK: „Wir roden"

Am 11. Dezember beginnt Arbeit auf WAA-Gelände – Entscheid abwarten

Schwandorf. Am gestrigen Dienstag hat die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) dem Landratsamt in Schwandorf in einer Baubeginnsanzeige für die Rodungs- und großräumigen Erdarbeiten mitgeteilt, daß am 11. Dezember 1985 mit den Arbeiten auf der Standortfläche im Taxölderner Forst für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf begonnen wird.

Damit werde nur von der entsprechenden am 11. November 1985 erteilten Baugenehmigung Gebrauch gemacht, jedoch noch nicht von der seit Ende September 1985 vorliegenden ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung.

Der Termin sei von der DWK so gewählt worden, damit die für den 10. Dezember 1985 angekündigte Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in München über die Gültigkeit des Bebauungsplans berücksichtigt werden könne, teilte Pressesprecher Peter Schmidt mit. (Siehe auch „Landespolitik")

»Neuer Tag«, 4.12.85

Am 11. Dezember wird aller Voraussicht nach mit den Rodungsarbeiten auf dem Baugelände der WAA Wackersdorf begonnen worden sein. Diese atom-Ausgabe ist dann gerade in der Druckerei - wieder einmal, wenn ein für die Anti-AKW-Bewegung wichtiger Termin stattfindet. Aber daran ist nichts zu ändern, wir können nicht so flexibel umdisponieren, zumal dann ja nicht nur der Rodungsbeginn, sondern auch das Aktionswochenende darauf abzuwarten wäre. Wir könnten diese Nummer aber nicht mehr vor Weihnachten verschicken ...

Heute, am 6.12., stellt sich der Stand des Genehmigungsverfahrens wie folgt dar: Exakt zum Auftakt der Faschingszeit, am 11.11. also, hatte Karl Krampol, Regierungspräsident der Oberpfalz, fünf Bau- und zwei wasserrechtliche Genehmigungen erteilt. Für sofort vollziehbar erklärte er die Rodungs- und Planierungsarbeiten sowie den Bau der Zaunanlage. Die übrigen Genehmigungen umfassen die Errichtung des Brennelement-Eingangslagers, die Baugrube für das Hauptprozeßgebäude (vgl. Skizze in der letzten atom) sowie ein Wachgebäude.

Der Stellvertreter des damals erkrankten Landrates Schuirer, der SPD-Landtagsabgeordnete Zierer, hatte die Baugenehmigungen zuvor verweigert. Krampol erklärte, seiner Entscheidung sei ein »monatelanger Entscheidungsfindungsprozeß« vorausgegangen; die Einwände Zierers hätten aber keine neuen Gesichtspunkte enthalten und deshalb zurückgewiesen werden müssen.

Die DWK ließ noch am selben Tag (11.11.) verbreiten, sie werde mit den Rodungsarbeiten noch nicht beginnen, sondern erst die Entscheidung des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes über eine von der SPD angestrengte Organklage abwarten. Diese Entscheidung fiel am 27.11.. Mit einer Stimme Mehrheit (5:4) lehnten die Richter die verlangte Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ab.

Noch einen - den wohl letzten - Aufschub gab es am 4.12.: Die DWK wollte nun auch noch warten, bis dasselbe Gericht über die Gültigkeit des WAA-Bebauungsplanes befunden hat. Am darauffolgenden Tag - eben dem 11.11. (siehe oben) - solle es denn, in der sicheren Erwartung eines DWK-freundlichen Urteils, wirklich losgehen.

Für diese Ausgabe hatten wir eigentlich auch eine Auseinandersetzung mit dem Widerstand vor Ort, konkret: mit dem politischen Gerangel um die Bauplatzbesetzung am Samstag nach Rodungsbeginn eingeplant. Dies erscheint uns jetzt nicht mehr sinnvoll. Wir werden das in der nächsten atom nachholen, im Zusammenhang mit Berichten und einer Auswertung der gelaufenen Aktionen.

Was gibts sonst im WAA-Teil zu lesen?

1.Eine Würdigung der Rolle von SPD, Grünen und BUND im Trägerkreis für die Großdemonstration am 12.10. in München.

2.Eine ausführliche Darstellung der Polizeiprovokationen und -übergriffe im Anschluß an die Demo (»Haidhausener Krawalle«)

3.Berichte über die Prozesse gegen die am 12.10. festgenommenen WAA-Gegner.

4.Bild- und Text-Dokumente über den Widerstand gegen die WAA, der mittlerweile eine beträchtliche Vielfalt angenommen hat.

Viel Spaß beim Lesen!!!

Die Vermarktung

12.10.85 in München Foto: atom

Intrigen von SPD, GRÜNEN und BUND vor + nach der Demo am 12.10. in München

Für die Abschlußkundgebung in München wurde bereits am 15. Juli in Regensburg ein grobes Rednerkonzept beschlossen. Die damals Anwesenden einigten sich auf folgende Gruppen und Personen: BI Schwandorf, Landrat Schuirer, bundesweite Anti-Atom-Bewegung, BUND, DGB, SPD, Grüne und christlicher Widerstand.
Auf den folgenden Trägerkreissitzungen wurde immer wieder Kritik aus den Reihen der BIś laut. Eine Ursache war die Befürchtung, die Abschlußkundgebung würde in einen Wahlkampf entarten, da für die SPD Hiersemann und für die Grünen Rotter sprechen sollten - zwei Personen, die man zwar in der Bewegung vermißt, die jedoch die Spitzenmänner bzw. Schlüsselfiguren für die baldigen Landtgswahlen sind.
Am 12.8. wurde auf der Trägerkreissitzung daraufhin folgender Beschluß gefaßt: »*Sobald ein diskutierfähiges Alternativkonzept vorhanden ist, wird nochmals über die Rednerliste beschlossen. Falls keines vorgestellt wird, bleibt die Rednerliste bestehen.*«
Vom 10. bis 18.8 fand bekanntlich das Sommercamp statt. Um zu zeigen, daß der Widerstand eine Einheit bildet, wurde beschlossen, am 17.8. in Schwandorf eine Trägerkreissitzung durchzuführen. Diese wurde zunächst auf 14.00 Uhr festgelegt, aufgrund der aktuellen Ereignisse (Waldspaziergang nach der brutalen Räumung) aber auf 19.00 Uhr verschoben. Anlaß für Frau Pausch-Gruber (SPD), dem Trägerkreis deswegen später eine üble Taktik zum Ausschluß der Parteien vorzuwerfen (Pausch-Gruber mußte abends zu einem Fest, und andere SPD-Vertreter sind nicht zu finden gewesen).
Laut einstimmigem Beschluß vom 17.8. sollten jetzt reden: Vertreter des christlichen Widerstandes, Landrat Schuirer, eine autonome Frau aus dem Camp, eine Frau aus dem bundesweiten Widerstand, eine Frau von der BI Schwandorf und BUND-Vorsitzender Weinzierl für den gesamten Trägerkreis. Mit diesem Konzepot, das die gesamte Breite des Widerstandes beinhaltete, war der Aufschrei von SPD und Grünen natürlich vorprogrammiert, sollten sie doch jetzt nur auf den Auftaktkundgebungen reden dürfen.
Auf der nächsten TK-Sitzung am 21.8. in München hatten die Landesfunktionäre beider Parteien wieder Zeit und der Streit fing an. Auftaktkundgebungen als Redemöglichkeit lehnten SPD und Grüne ab, da sie sich dafür - wörtlich - »*zu schade*« seien. Landrat Schuirer wurde nach dem Hinweis, er sei ja auch SPDler, von seinen Parteifreunden als Landrat, aber ansonsten als für die SPD uninteressant abgestempelt, zumindest im Hinblick auf Repräsentation. Gleichzeitig zog die SPD ihre versprochene Unterstützung von lächerlichen 5.000 Mark zurück, und eine Mobilisierung käme unter diesem Aspekt auch nicht mehr in Frage. Ins gleiche Horn, wenn auch etwas schwächer, bliesen die Grünen-Funktionäre mit ihrer Feststellung, sie müßten nunmehr Unterstützung und Mobilisierung neu überdenken.

Ständige Versuche der Parteien, doch noch auf der Abschlußkundgebung reden zu dürfen und die abgesagten Mobilisierungen durch die Landesvorstände führten dann zu dem Beschluß, am 28.8 nochmals über die Rednerliste zu diskutieren. SPD und Grüne gingen mit der Parole in diese Sitzung: Hiersemann und Rotter oder keiner und somit Schluß mit Unterstützung und Mobilisierung. Bei der Abstimmung gab es ein Patt: Während man sich darauf einigte, das Schwandorfer Konzept zu belassen, wurde für die Parteienvertreter keine Mehrheit gefunden. Ohne Mehrheit natürlich auch kein Redner, und man hätte glauben können, nun wäre Ruhe. Aber wenn - wie am 28.8. - Grüne und SPD-Spitzen nach einer solchen Abstimmung noch zusammen ein Bier trinken gehen, dann darf man doch noch etwas erwarten. Und tatsächlich: Zwei Tage später meldete sich M. Strässer von den Grünen bei der BI Schwandorf und sagte, daß beim BUND ein Brief läge, in dem dieser seinen Austritt aus dem Trägerkreis erklärte, sollte sich die SPD wie angekündigt zurückziehen. Einzige Möglichkeit dem vorzubeugen wäre, die Parteien, genauer: Hiersemann und Rotter, auf der Abschlußkundgebung sprechen zu lassen. Ein Anruf beim BUND genügte, um diesen, lt. Strässer schon unterschriebenen und zugeklebten Brief als LÜge zu erkennen.

Ein bißchen sanfter, da schriftlich, machte es die SPD. Sie verschickte an alle TK-Mitglieder einen Brief. Zitat:
»*Wir bedauern diesen Beschluß gerade deshalb, weil nach unseren Informationen Zweifel an der Beschlußlage der BI Schwandorf und dem Verhalten ihres Vertreters angebracht sind. Gerade das Abstimmungsverhalten dieses Vertreters hat das Abstimmungsergebnis entscheidend beeinflußt ... Sollte dies (gemeint ist das Votum für Hiersemanns Abschlußrede) am Mittwoch, den 4. September nicht geschehen, so sieht sich die SPD außerstande, ihre Mitglieder für diese Demonstration zu mobilisieren. Trotzdem wird sie ihren Kampf gegen die WAA konsequent fortsetzen.*«
Am 4.9. war es dann so weit. Der Raum, in dem die immer öffentliche TK-Sitzung stattfand, war randvoll, die Stimmung gespannt. Über die Anregung, getrennt über die Parteien abzustimmen, empörte sich Martin Kaltenhäuser von den Grünen: Man wisse ja, worauf das hinauslaufe, es solle nur ein Grüner und kein SPDler reden. So geht das nicht! Das bayerische rotgrüne Bündnis soll leben!
Kurz vor der endgültigen Abstimmung gab dann noch der Nachwuchsvertreter der SPD auf Anfrage zu, daß Landrat Schuirer auch nicht rede(n dürfe), wenn Hiersemann nicht zu Wort komme.
Die Schuirer-Erpressung, das endgültige Müdesein dieser ganzen Streitereien und die Ablehnung aller Kompromißvorschläge gaben dann schließlich den Ausschlag für eine Abstimmung zugunsten von Hiersemann und Rotter. Entscheidend dabei war die Enthaltung der BI Schwandorf, die zwar nicht dafür war, aber Angst vor weiteren Intrigen und Streitereien hatte und sich lieber auf die Arbeit konzentrieren wollte.

(Den erste Teil dieses Artikels haben wir - gekürzt und leicht überarbeitet - der Radi Aktiv Nr. 4/85 entnommen.)

des Widerstandes

Der BUND steigt aus - und wird kritisiert

Bei der Kundgebung in München wurde Hiersemann von der großen Mehrheit der Demonstranten - die von den Querelen im Vorfeld in der Regel keine Kenntnis hatten - so gnadenlos ausgepfiffen und ausgebuht, daß er seine Rede nicht zu Ende bringen konnte.
Mit fadenscheinigen Begründungen zogen sich in den darauffolgenden Tagen die SPD und der BUND aus dem Trägerkreis zurück. Einer Spaltung und Diffamierung der Bewegung wurde damit bewußt Vorschub geleistet. Auf Protest und Widerspruch stieß dabei insbesondere das Verhalten des BUND, der in Bayern und speziell im WAA-Widerstand einen nicht zu unterschätzenden Faktor darstellt. Wir dokumentieren Auszüge aus Briefen der BUND-Bundesjugendleitung und vom Sprecherrat der autonomen Friedengruppen in Bonn vom 18.10. bzw. 4.11.:

Brief der BUND-Jugend

Lieber Hubert Weinzierl,
die Bundesjugendleitung protestiert nachdrücklich gegen den Rückzug des BUND aus dem Trägerkreis der WAA-Demonstration und die Begleitumstände, die den BUND lediglich als Wahlhelfer der bayerischen SPD erscheinen lassen müssen.
Die »Gründe« für den Austritt erscheinen der Bundesjugendleitung lediglich vorgeschoben. Der Verlauf der Demonstration gibt nach unserer Ansicht keine Veranlassung, einen solchen Schritt zu tun.

Den Blick nach vorn! Foto: atom

...
Der Stil einer gemeinsamen Erklärung mit der bayerischen SPD, der von der Bundesjugendleitung angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen als unglücklich und für das Vereinsziel der Überparteilichkeit (als) schädlich angesehen wird ..., läßt den Verdacht aufkommen, daß hier mit BUND-Schützenhilfe eine fortschrittliche, integre und um ökologische Belange besorgte SPD in der Öffentlichkeit dargestellt werden sollte.
...
Das Pfeifkonzert, das nach bewährter Manier der konservativen Demonstrationsbeobachter einer kleinen, unbedeutenden radikalen Gruppe zugeschrieben und somit einer tatsächlichen Legitimation entzogen wird und das ... Hiersemann zum Aufgeben zwang, mag nicht unbedingt der demokratischen Auseinandersetzung letzter Schluß gewesen sein - festzuhalten bleibt jedoch:
- daß es sich bei den »Störern« auf dem Platz um eine deutliche Mehrheit der Anwesenden gehandelt hat und
- daß diese Teilnehmer ... durchaus einen Grund sahen, einem SPD-Vertreter ihr Mißtrauen unmißverständlich darzulegen.
...
Es drängt sich der Verdacht geradezu auf, daß für einen kurzen publizistischen Reinwaschungseffekt ein einheitliches Vorgehen aufs Spiel gesetzt wird und die Position der SPD in Bayern gestärkt werden soll.
...«

Brief aus Bonn

»... Könnte es sein, daß das Widerstandsbündnis gegen dieses Milliardenprojekt ... so schwach ist, daß bereits eine geborstene Fensterscheibe zur Aufkündigung der Zusammenarbeit reicht?
Wohl nicht! Eher liegt der Grund in dem Auftritt ...(von) Hiersemann, der sich wohl eher aus wahltaktischen Gründen in diese Widerstandsbewegung einreihen wollte. Daß er nicht als Widerstandsheld - der geläutert zur Anti-Atom-Bewegung stößt - begrüßt wird, dürfte doch angesichts des Atomkurses der Sozialdemokraten in Bund und Land nicht verwundern.
Allerdings verwunderlich ist ..., daß jetzt der Vorsitzende des BUND, Hubert Weinzierl, ein Bündnis mit der SPD anstrebt - und zwar außerhalb des bisherigen Trägerkreises.
...
Wir können den BUND nur auffordern, die unbedachten Äußerungen zu überdenken und sich parteipolitisch nicht zu binden. Wir begrüßen jeden Versuch, gemeinsam die WAA zu verhindern und erkennen hierbei auch die Bemühungen der SPD VOR ORT (Das Begrüßungsschreiben des SPD-Landrates Schuirer wurde von den Demoteilnehmern übrigens deutlich gebilligt) an, weisen aber darauf hin, daß wir uns nicht - wie schon so oft versucht - von Parteien oder Verbänden irgendwelche Demonstrationsformen aufzwingen lassen werden.
...«

Wie aus

Übergriffe und Provokationen

Welchen Drohungen und Spannungen der WAA-Widerstand neben den Spaltungsversuchen in den eigenen (?) Reihen ausgesetzt war, soll die nachfolgende, wahrscheinlich unvollständige, Zusammenstellung der Provokationen verdeutlichen. Schon Wochen vor der Demo ging die Hetze gegen den "Mob der Straße" und die "Berufsdemonstranten" von Seiten der CSU los. Am Tag vor der Demo fand ein Gespräch zwischen der Demoleitung und dem Einsatzleiter der Polizei, Koller (Dazu siehe auch Kasten), statt. Koller kündigte "energisches, frühzeitiges Eingreifen der Polizei" nach "Münchener Linie" an. Es wurde außerdem ausdrücklich "eine räumliche Abgrenzung" zum "Autonomen Block" empfohlen, um gegen diesen Block einen Einsatz zu ermöglichen. In diesem Gespräch ging es außerdem um das gepante Straßenfest in Haidhausen am Abend des Demotages. Koller verlangte ein distanzierendes Verhalten der Demoleitung von dem "harten Kern der Autonomen", der laut Koller auf das Fest kommen würde.

Am 12.10. selber begannen die Provokationen schon vor der eigentlichen Demo mit dem Verteilen eines "Polizei Info's" und eines Fragebogens.
Während der Demo versuche die Polizei an einer Kreuzung "den Autonomen-Block räumlich zu distanzieren", was heißt, sie drängten und schlugen ca. 100 Leute in die Richtung einer Nebenstraße, wo eine weitere Hundertschaft in Ketten formiert wartete.
Dieses Vorhaben ging jedoch daneben, weil die "Gefahr bestand, daß sich ein erheblicher Teil der Teilnehmer mit ihnen solidarisieren würde." (Zitat aus Pressebericht der Polizei). "Anschließend war alles Mensch, was schwarz oder bunt aussah, Freiwild für die Greifkommandos des Herrn Hillermaier. Allein 45 Leute wurden von 16.30 - 20.30 Uhr ohne Rechtsgrund verhaftet und ED-behandelt; u.a. auch mehrere, die vollkommen unbeteiligt waren und dies auch sofort angaben. Es wurden offensichtlich Unschuldige verfolgt, nur weil sie einem Feindbild entsprachen und teilweise noch nicht einmal das." (aus einem Flugblatt des KOA zur Demo am 12.10) — Anmerkung der Redaktion: Was heißt hier eigentlich "unschuldig"? Wer oder wie oder was?

Straßenfest in Haidhausen

Es war ordnungsgemäß als "Kundgebung mit Musikveranstaltung" bis 22.00 angemeldet und genehmigt worden. Schon gegen ca. 20.00 wurden in Haidhausen sämtliche Polizei, SEK- und Bundesgrenzschutzeinheiten zusammengezogen. Es waren ca. 400 Leute auf der Pariser Straße, in und vor dem ZEF (Zentrum für Entwicklung und Frieden) versammelt. Der Einsatzleiter war trotz mehrmaliger Versuche nicht aufzufinden. Aber die Provokationen und der Einsatz funktionierten auch ohne seine Anwesenheit. "Zwischen 20.30 und 21.00 wird ein Punker von drei Polizisten verfolgt und am Eingang der Pariser Straße zu Fall gebracht. Die Straßenfestteilnehm4er begeben sich zu dieser Straßenecke" (aus Radiaktiv). Kurz darauf fliegt eine leere Bierflasche auf ein langsam fahrendes Polizeiauto. Sofort rennen 5 bis 6 Zivilbullen auf den angeblichen Werfer zu, knüppeln ihn zu Boden und schleifen ihn über die Kreuzung. Der Festgenommene "sagte irgendetwas zu den Polizisten und diese versuchten an seine Papiere in der Lederjacke zu kommen. Nachdem sie sie gefunden hatten, veränderte sich ihr Verhalten augenscheinlich. Sie halfen ihm aufzustehen, klopften ihm brüderlich auf die Schultern, organisierten einen Sanitäter, und brachten ihn leicht gestützt in eine in der Nähe stehende Zivilstreife." (aus einer Zeugenausage).
Kurz nach diesem Einsatz gegen ihren eigenen Mann wurden noch drei bis vier weitere Leute festgenommen. Danach "griff das uniformierte Polizeiaufgebot friedliche Teilnehmer an und prügelte die Pariser Straße bis etwa zum Ort der Bühne oder noch weiter frei." (aus einer anderen Zeugenaussage).
In einer ersten Ruhepause ziehen sich die meisten Leute mit den zurückgebliebenen Verletzten ins ZEF zurück. Es wurden weder Arzt noch Sanitäterinnen zu den Verletzten durchgelassen. "Minuten später wird die Pariser Straße von starken Poli-

12.10.85 in München Foto: atom

Zu der Demonstration am 12.10. wegen der zeitlichen Distanz nur noch soviel: 50.000 Leute waren gekommen, somit war sie die bisher größte Mobilisierung in der Anti-AKW-Bewegung seit Brokdorf '81.
Allen Spaltungsversuchen (von SPD, Grünen, ...), Repressionsdrohungen und Provokationen der Polizei zum trotz, waren die verschiedenen Demozüge/-spektren ihren Ausdrucks- und Widerstandsformen entsprechend eindeutig und entschlossen.
Genauso die Abschlußkundgebung mit ihren Rednerinnen und Rednern aus allen Spektren. Sie haben vor allem die Gefahren der militärischen Nutzung der WAA und die harte Linie der bayerischen Regierung bei der Durchsetzung des Projekts hervorgehoben. Bei dem im Koordinationsausschuß geputschten Redebeitrag der SPD-Parteispitze, vertreten durch Hiersemann, entstand ein so lautes Pfeifkonzert, daß dieser sein sozialdemokratisches Jein zum Atomprogramm und damit zur WAA bald abbrechen mußte. Mit den Grußworten des im Widerstand stehenden SPD-Landrates Schuirer hatte keine/r Probleme.

Die Demo am 12.10.

dem Lehrbuch

Polizeiüberfall in Haidhausen
Foto: Thomas Einberger

zeieinheiten hermetisch abgeriegelt" (au radiaktiv).
Noch mehrmals durchkämmen Polizeiketten in den nächsten zwei Stunden die Pariser Straße von beiden Seiten. Es werden ca. 200 Leute festgenommen, etliche verletzt durch Knüppeleinsatz und Tränengas. Es werden außerdem Wohnungen, Kneipen, Läden und Hinterhöfe abgeleuchtet und durchsucht. Mehrere schon festgenommene Leute werden von den Bullen in den Unterleib geschlagen oder Chemical Mace gegen sie eingesetzt.
Obwohl sich die im ZEF schon längst ergeben hatten, wurde der Laden mit SEK-Einheiten gestürmt und die Leute zum Teil in Handschellen an den Füßen hinauzsgeschleift. "Die Festgenommenen mußten teilweise ohne Decken auf dem kalten Fußboden schlafen, manchen waren noch die Jacken weggenommen worden ... Die Zellen waren total überfüllt, als Frühstück gab es eine Scheibe trockenes Brot." (aus: radiaktiv)

Aus dem Bullenfunk

"Kowa drei von Kowa"
"Bei Festnahme ohne Grund, Gewahrsam bis 13.10, 06.00 nach PAG."
"Verstanden"
"Das hätten wir schon eine Stunde früher gebraucht."
"Ja, daß ist richtig."
...
"Aufnahme 1 von Aufnahme, bitte kommen"
"Wo stehen Sie?"
"Wir stehen nach wie vor da, auf Höhe der Pariser Straße. Und sind Sie auch beim Aufnahmen?"
"Ja, übervoll. Wir werden demnächst keinen mehr unterbringen ... Ich habe ja meine Anfrage vorher gestartet, äh, Die Bereitschaftspolizei hat so kleine Aufnahmezettel, da fehlt beispielsweise der Verwahrschein. Wir schreiben natürlich jetzt um, auf unsere großen Zettel, weil Zeugen usw. alles natürlich auf dem anderen fehlt."
"Danke, verstanden!"
...
"Aufnahme von Kowa! Bitte kommen!"
"Nur solche Personen werden festgenommen, die Straftaten nachweislich und offensichtlich begangen haben."
"Danke, verstanden!"
...
"100 von Kowa!"
"Laut Einsatzleitung alle Punks, die für eine Tat, für eine Tatbeteiligung in Frage kommen, sind festzunehmen, Verdacht genügt!"
"Wir haben es auch verstanden."
"Frage von Aufnahme, was verstehen Sie unter Verdacht?"
"Das frage ich mich schon lange."
...

Betrachten wir uns doch einmal den obersten Einsatzleiter der Münchner Polizeieinheiten, Dr. Roland Koller, etwas näher:

Roland Koller ist Bundeswehrmajor der Reserve. Das ist an sich nicht sehr aufregend. Er hält sich jedoch nicht nur in der Reserve, sondern publiziert in der „Europäischen Wehrkunde". Das, was er dort veröffentlicht hat, dürfte jeden WAA-Gegner hellhörig werden lassen:

Koller fordert vehement Atomwaffen in deutscher Hand! Da er Zweifel an der Zuverlässigkeit der mit der BRD verbündeten Atommächte hegt, könne die BRD eine „glaubwürdige atomare Abschreckung" nur dann ausuben, wenn sie selbst auch direkt „einen eigenen Finger am atomaren Abzug" habe. Dabei genügt ihm jedoch eine Form der Mitbestimmung nicht, es muß schon eine tatsächliche Verfügungsgewalt über Atomwaffen sein. „Einfach ausgedrückt, Cruise missiles oder pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand."

So weitgehend wägt hierzulande kein Politiker mit seinen Forderungen zu gehen.

Eine Woche später

Am 19.10. sollte eine Solidaritätsdemo zum Knast in Stadelheim stattfinden, wo noch fünf Leute in U-Haft saßen. Ihnen wurde das Übliche vorgeworfen: Schwerer Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand, Körperverletzung usw.. Die Demonstration wurde verboten. Nebenstehend einige Auszüge aus der Verbotsbegründung, die so einiges verdeutlicht.

Die unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ergibt sich zunächst aus der Person von Frau ... , die als Versammlungsleiterin benannt ist.

...

Frau ... gehört nach den vorliegenden Erkenntnissen der "autonomen Linken" an, und war längere Zeit im Kontakt mit einer Person, die der unmittelbaren linksterroristischen Szene zuzuordnen ist. Die sogenannte "autonome Linke" ist eine militante linksextremistische Gruppierung, die hauptverantwortlich dafür zeichnet, daß seit dem Tod des Demonstranten Günther Saré am 23.9.1985 in Frankfurt von über 60 Protestdemonstrationen in über 30 Städten des Bundesgebietes und Berlin West mindestens 25 gewalttätig verliefen. Die Bilanz der Krawalle und Gewalt stellt sich folgendermaßen dar:

- über 50 Brandanschläge,
- Krawalle, Sachbschädigungen und Farbschmierereien in ca. 80 Städten,
- Sachschäden in Höhe von mehr als sieben Millionen DM,
- ca. 50 zum Teil schwer verletzte Polizeibeamte.

...

Außer ihrer Zugehörigkeit zur sogenannten "autonomen Linken" lassen auch die Vorstrafen von Frau ... die Prognose für eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu.

...

Die unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist ferner aus einem Teil des Kreises der die Veranstaltung unterstützenden Gruppen zu besorgen. Nach den vorliegenden Erkenntnissen, insbesondere aus dem für die Demonstration werbenden Flugblatt, wird der Veranstalter in erster Linie von extremistischen Gruppierungen mit mehr oder minder organisiertem Status, wie dem sogenannten "Anti-Strauß-Komitee", dem "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und Punkergruppen bei der Demonstration am 19.10.85 unterstützt.

...

Im Hinblick auf die Größe der zu befürchtenden Gewaltausschreitungen und die Tatsache, daß der Veranstalter keinerlei Kooperationsbereitschaft mit der Versammlungsbehörde bei der Vorbereitung gezeigt hat, ist die Unmittelbarkeit, Konkretheit einer drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im sogenannten "Brokdorf-Urteil" (NJW 1985, 2395) gegeben!!!

POLIZEI - INFO

Sehr geehrte Kundgebungsteilnehmer!

Wir - die Münchner Polizei - möchten Ihnen heute mit diesem Flugblatt ein Anliegen vorbringen.

Anlaß sind die Krawalle der letzten Wochen in Frankfurt und andersw. Daß dabei ein Mensch ums Leben kam, bedauern wir aufrichtig. Gerade diese Ereignisse, aber auch unsere eigenen Erfahrungen zeigen, daß wir einen anderen Weg gehen müssen. Wir dürfen nicht warten, bis Steine fliegen und Scheiben klirren.

Wir sollten uns unbedingt auf den gemeinsamen Nenner einigen, daß Sie bei einer Kundgebung wie der heutigen alle Demonstrationsrechte in Anspruch nehmen können, Gewalttätigkeiten aber strikt ablehnen.

Wir bitten Sie deshalb, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß Ihr Anliegen nicht durch gewalttätige Aktionen unterlaufen wird. Gewalt lenkt von dem ab, was Sie sagen wollen; dafür finden diejenigen um so mehr Aufmerksamkeit, die Krawall machen, aber zur Sache nichts zu sagen haben. Wir denken, daß Sie nach Ihrer Kundgebung Berichte über Ihr Anliegen wünschen, nicht aber über Krawalle.

Wenn die Polizei einschreiten muß, dann richtet sich das nicht gegen Sie als Kundgebungsteilnehmer, sondern gegen Personen oder Gruppen, die parkende Autos beschädigen, Schaufenster einschlagen, Polizeibeamte angreifen, im Schutz der Vermummung Straftaten begehen usw. Gegen diesen Personenkreis werden wir allerdings konsequent vorgehen, sobald sich Ausschreitungen anbahnen.

> Distanzieren Sie sich bitte von Anfang an von Leuten, bei denen Sie den Eindruck haben, daß sie nicht gegen die Errichtung der WAA demonstrieren, sondern schlichtweg Krawall machen wollen. Ein sicheres Erkennungszeichen ist nach unserer Erkenntnis z.B. das vermummte Auftreten.

Unter "distanzieren" verstehen wir in diesem Fall eine räumliche Abgrenzung. Geben Sie diesen Leuten keine Deckung und keinen Schutz.

Wir würden uns freuen, wenn Sie nun etwas besser verstehen könnten, weshalb wir bei Demonstrationen wie dieser zahlenmäßig so stark vertreten sind.

Einen guten Verlauf der Kundgebung wünscht Ihnen

Ihre Münchner Polizei

bitte wenden!

Die Pressestelle der Polizei behauptete unter anderem:

daß die Demonstranten über „Waffen", wie z. B. ein mehrfach in den Abendnachrichten vorgeführtes Beil verfügt hätten.

— Richtig ist,

daß im Rahmen der Großveranstaltung am Nachmittag Werkzeuge benutzt wurden, so u. a. am Odeonsplatz, wo die dort aufgestellte Bühne noch am Abend wieder abgebaut werden mußte. Dort wurde besagtes Beil benutzt und sollte anschließend mit anderem Werkzeug in den Laden des ZEF, wo auch das Koordinationskomitee der Veranstaltungen seinen Sitz hat, zurückgebracht werden.

Es wurde bei einer der zahlreichen Razzien in reißerischer Manier der anwesenden Presse präsentiert und sofort anschließend dem Besitzer wieder belassen!

daß ein Polizist durch einen Steinwurf einen Kieferbruch erlitten habe . . . und Polizisten verletzt worden sein sollen.

— Richtig ist vielmehr,

daß ein Fotoreporter, der die Blessuren der Polizisten fotografieren wollte, unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte: Die Polizei gestand ein, daß es gar keinen Kieferbruch gegeben hätte und auch ansonsten keine ersichtlichen Blessuren bei Polizisten vorweisbar seien.

Die Prozesse

Bei allen fünf Angeklagten wurde zunächst versucht, sie zu einem Schnellgerichtsverfahren zu überreden.

Michael aus Wien

(Anklage: Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung)

ließ sich auf Anraten seines Anwaltes (!!!) darauf ein. Er wurde zu sechs Monaten und zwei Wochen Haft auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Beim Ausländeramt wurde ein fünfjähriges BRD-Einreiseverbot beantragt.

Hans-Georg aus Berlin

(Anklage: Landfriedensbruch, Körperverletzung, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit)

hatte am 31.10. seinen Prozeß. Der angeblich von Hans-Georg verletzte Bulle konnte nicht ermittelt werden. Die Zeugen der Staatsanwaltschaft waren offensichtlich abgesprochen, widersprachen sich aber trotzdem. Hans-Georg wird zu einer Woche Jugendarrest verurteilt. Für die restliche Zeit seiner U-Haft erhält er Haftentschädigung (10,00 DM pro Tag!!!).

Michael aus Bad Tölz am 4.11.85

Ihm wurden "nur" versuchte schwere Körperverletzung vorgeworfen, außerdem vier Diebstähle und ein Einbruch, die gleich mitverhandelt wurden.

Vom Vorwurf der Körperverletzung wurde er freigesprochen, da die zwei Bullen, auf die Michael einen Blumentopf geworfen haben sollte, in der entsprechenden Situation gerade dabei waren, andere Leute festzunehmen. Es hätte damit also die Gefahr bestanden, eine/n der eigenen Leute zu treffen. Das wollte selbst dem Richter nicht in den Kopf. Urteil: drei Wochen Jugendarrest wegen Diebstahl und Einbruch.

Manuel aus Münster am 12.11.

Der Vorwurf lautete hier auf Landfriedensbruch.

Sämtliche Prozeßteilnehmer/innen wurden durchsucht und kommen nur durch ein Absperrgitter in den Saal. Der Manuel vorgeworfene Flaschenwurf auf ein Polizeiauto wurde von dem (im Artikel erwähnten) Provokateur geschmissen. Dies vor Gericht auszusagen war Manuel zu riskant (auf ihn wird Erwachsenenrecht angewandt, und er will nach vier Wochen Knast endlich raus). Seine Aussage, er habe die Flasche nicht geworfen, und nur von dem , der neben ihm stand, einen Schluck aus dessen Flasche genommen und die Flasche dann aber zurückgegeben, wird zum Indiz für den Landfriedensbruch hochstilisiert. Manuel wird zu 120 Tagessätzen a 10,— DM verurteilt. — das heißt, er ist vorbestraft.

Holger aus Berlin am 19.11.

Holger war der einzige, der einen politischen Prozeß führte. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Widerstand, Beleidigung und Aufruf zu Straftaten.

Die vier Belastungszeugen, Bullen, die in der Pariser Straße uniformiert eingesetzt waren, teilten sich die Komplexe sehr gut auf, so daß jeder von ihnen für einen Teil der Anklage als Belastungszeuge zur Verfügung stand.

Holzhammermethoden
Foto: Thomas Einberger

Einer behauptete, Holger sei vermummt gewesen, die anderen konnten sich daran nicht mehr erinnern. Einer hatte Holger die Flasche werfen sehen, alle anderen nur den Aufprall gehört, einen Teil der Flugbahn gesehen oder eine Flasche auf ein Auto fliegen sehen, hat aber nicht gesehen, wo sie herkam.
Holger wurde zu 1.600 DM (160 Tagessätze) und schuldig im Sinne der Anklage verurteilt, so daß auch er als vorbestraft gilt.

Warum es nicht zu härteren Urteilen gekommen ist.

In der Zerschlagung des WAA-Widerstands verfolgt der Staatsapparat zwei Interessen: zum einen will er die WAA mit allen Mitteln durchsetzen, wobei ihm jeder Widerstand im Weg ist und zum anderen weiß er, daß sich aus dem Widerstand gegen einzelne Teile dieses Systems (WAA, Psychiatrie, Startbahn-West, Gorleben ...) Widerstand gegen das gesamte System entwickelt.
Deshalb schreckt er auch bei der Bekämpfung des Widerstands vor nichts zurück (von so einem Staat kann man auch nichts anderes erwarten). Das haben die zahlreichen Toten, Verletzten, Eingeknasteten, Psychiatrisierten ... in der Geschichte der BRD ausreichend bewiesen.
Bei den 12.10.-Prozessen machte die Staatsanwaltschaft jedoch einen erstaunlichen Rückzieher:
Sie forderte für keinen der Angeklagten eine Haftstrafe ohne Bewährung, weil sie wußte, daß sie dann nicht verhindern könne, daß die Hintergründe ihrer Aktion "Pariser Straße" ganz genau aufgerollt werden. Außer den getürkten (**siehe Anmerkung der Redaktion**) Aussagen der Bullen hatte sie gegen die Angeklagten effektiv nichts in der Hand. Mit den für uns unerwartet "milden Urteilen", wollte sie diesen Beweismangel kaschieren, außerdem

Fortsetzung nächste Seite

wäre es ihnen sehr ungelegen gekommen, durch harte Urteile eine größere Solidarisierung auszulösen. (aus dem Bericht des Ermittlungsausschußes).

Anmerkung zu diesem Artikel von der Redaktion: Ausdrücke wie "getürkt" sollten in Reden oder Schriften von Menschen, die sich das Attribut Autonom oder ähnliches geben, nicht länger mehr vorkommen. Es ist vielleicht müßig, immer wieder darauf einzugehen, aber wenn wenigstens nicht die elementarsten Politikverständnisse da sind, wie sollen wir dann zu unserer "Neuen Gesellschaft" kommen. Oder war das nur Gedankenlosigkeit?

Der Ermitttlungsausschuß schreibt weiter:
Uns ist aufgefallen, daß die ersten Verhafteten, und die, gegen die Haftbefehl erging, fast alle, zumindest für die Bullen zur Kategorie "Punks" gehörten.
An dieser Stelle finden wir es wichtig, mal genauer daraufeinzugehen, was derzeit an Hetze und Diffamierung gegen Punks und Autonome, überhaupt gegen den radikaleren Widerstand läuft.
Seit Nesselwang und der Anti-WWG-Demo in Bonn, baut die Presse verstärkt das Bild von Punks und Autonomen als wahllos wütende Chaotenhorden auf. Sie spricht ihnen jegliche politische Motivation ab, und das geht soweit, daß WELT und SZ (Süddeutsche Zeitung) uns mit Faschisten gleichsetzen.

Die Welt vom 14.10.
Der Marsch zur Münchener Feldherrenhalle — ein beliebtes Ziel deutscher "Bewegung" — sollte eine "große und machtvolle Demonmstration des Bürgerwillens werden", verkündeten BUND und bayerische SPD in einer gemeinsamen Erklärung. Warnungen schlugen sie als "dummes Gerede" in den Wind:'"Wir werden Sorge tragen, daß dieser Protest nicht durch gewalttätige Aktionen gestört wird!"
Dann flogen Steine, Schaufensterscheiben zersplitterten, Farbbeutel besudelten Häuserfassaden: Vermummte Chaoten machten wieder einmal Randale. Unter den Tausenden waren gewiß nur einige militante Hundertschaften. Doch als die Polizei zugreifen wollte, fanden die Täter bereitwillig gewährten Unterschlupf in der angeblich so friedfertigen Menge.

Süddeutsche Zeitung 16.10.85

Die Münchener Sicherheitsbehörde handelte auch verantwortungsvoll, als sie ausreichend Kräfte für alle Eventualitäten zusammenzog. Eine schwache Polizei ist immer eine Herausforderung für Radaubrüder aller Schattierungen. Das Blutbad im Fußballstadion von Brüssel, mit hervorgerufen durch eine zu geringe Tahl von Polizisten, ist noch in furchtbarer Erinnerung.''

Die Verurteilten des Haidhausen-Straßenfestes werden wahrscheinlich in Berufung gehen.

Wer Informationen über die Prozesse haben möchte, und die Einschätzungen dazu, bestelle bitte die Prozeßinfos beim Ermittlungsausschuß München
c/o Infoladen
Breisacherstr. 12
8000 München 80

Bürgschaftserklärung

1. Unterzeichneter.....,
wohnhaft in.....,
verbürgt sich gegenüber der "Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren WAA" in Schwandorf zur Sicherung von Prozeßkosten, die Teil von Rechts - streiten sind, die gegen die Errichtung einer WAA samt Nebenanlagen einschließlich Zwischenlager in Schwandorf geführt werden und die von der genannten Bürgerinitiative durch Beschluß ihres Vorstandes den Prozeßbeteiligten erstattet werden.

2. Die Bürgschaft erstreckt sich bis zum Betrag von.....DM.

3. Sollte der von der Bürgerinitiative zu leistende Prozeßkostenanteil nach Abzug des hierfür zur Ver - fügung stehenden Betrags aus dem Rechtshilfefonds die Summe sämtlicher Bürgschaften nicht erreichen, so erfolgt nur quotenmäßige Inanspruchnahme eines jeden Bürgen.

4. Mit Ablauf des 31.12.1995 erlischt diese Bürgschafts - erklärung, ohne daß es einer gesonderten Erklärung bedarf.

....., den.....

....
Unterschrift des Bürgen für Bürgerinitiative Schwandorf

.....

Bitte ausgefüllt zurück an: Bürgerinitiative Schwandorf
Postfach 1145
8460 Schwandorf
Tel.: 09431/20759
Mo-Sa:14-18 Uhr

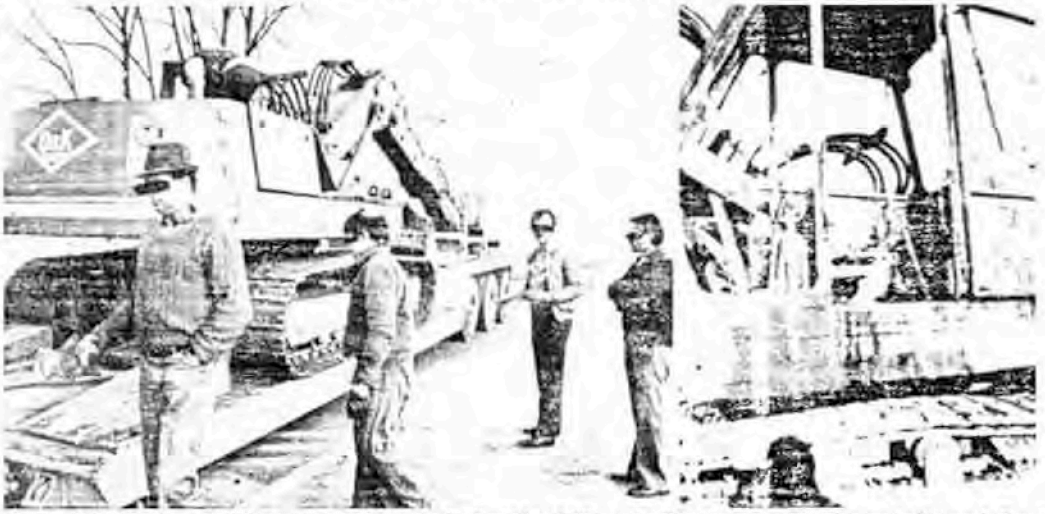
Was fehlt?

1. Ein längerer Leserbrief von Anna Masuch aus Hannover zu dem "Offenen Brief" der Oberpfälzer BI's an die Polizei (siehe letzte atom).
2. Ein interessanter Artikel über "Siemens und die WAA".
Wir werden versuchen, beides in der nächsten Nummer abzudrucken - dieses Mal war wirklich kein Platz.
3. Jetzt nicht mehr: Die zum wiederholten Male stattgefundene **Durchsuchung des Münchener Infoladens** (s.a. atom Juli/Aug. 85) mit der **Beschlagnahme der Nr. 11 des "Freiraums"**, sowie die gleichzeitigen Durchsuchungen von 6 Privatwohungen und einer Druckerei am 14.11.85.
Begründung: Aufruf zu Straftaten - Verstoß gegen §111 STGB.
Anlaß: Ein Text in Gedichtform gegen den Polizeiterror auf der Haidhausen - Demo, der angeblich diesen Verstoß beinhalten soll.
Beschlagnahmt wurde außerdem eine Sondernummer der "Radi-Aktiv" und Flugblätter geben die Rekrutenvereidigung.
Die Durchsuchung der Zeitung "Freiraum", sowie die des Münchner Infoladens, der Anlaufstelle versch..edener Gruppen (z.B. des Ermittlungsausschusses) ist, die sich dem autonomen Spektrum zugehörig fühlen und u.a.a. in der Anti-WAA-Arbeit drinstecken, reiht sich ein in die Kriminalisierung dieses Spektrum, was besonders deutlich an dem Verlauf der Haidhausen Demo wurde (s.o. WAA-Teil).

Seit Wochen gezielte Anschläge gegen die Rodungsfirma

Zucker in den Tank von Baumaschinen, Bagger in Brand gesetzt / Telefondrohungen gegen das Unternehmen Ellert

Schwandorf/Bodenwöhr. Die in Bodenwöhr-Blechhammer ansässige Baufirma Gustav Ellert hatte sich vor Monaten um den WAA-Rodungsauftrag beworben und den Zuschlag erhalten. Seither ist sie einem permanenten Terror ausgesetzt, der mit Telefondrohungen begann, sich mit Sachbeschädigungen, mit Schmierereien, mit einer Brandstiftung und mit mutwilligen Demolierungen an teueren Baufahrzeugen fortsetzte. Auf wessen Konto die inzwischen ellenlang gewordene Liste geht, weiß die Polizei bisher nicht. Aber eines ist gewiß: Mit Straftaten hat sich noch nie etwas verhindern lassen! Der dem Unternehmen in der Zwischenzeit entstandene Schaden geht in die Zehntausende und er ist deshalb besonders gravierend, weil die attackierten Maschinen und Fahrzeuge in aller Regel sehr lange ausfallen.



Tatort zwischen Nabburg und Stulln, Tatbestand: Verbrechen der Vorsatzbrandstiftung – Im Führerhaus eines Ellert-Baggers (rechts) wurde Feuer gelegt, danach war das schwere Kettenfahrzeug reif für eine größere Reparatur. Fotos: ew

Was mit der Bodenwöhrer Baufirma Ellert passiert, ist gelinde gesagt ein Skandal. Seit Monaten ist sie zur Zielscheibe von Anschlägen geworden, die sich in aller Regel nachts vollziehen und zu denen es bisher keine ermittelten Täter gibt. Der Hintergrund liegt klar auf der Hand, die Attacken kommen nicht von ungefähr. Das Unternehmen Ellert hatte sich seinerzeit um den Rodungsauftrag auf WAA-Gelände beworben und danach den Zuschlag erhalten. Seither geschehen Dinge, die ganz offensichtlich bewußt gesteuert und – von wem auch immer – gezielt gegen die Firma gerichtet sind.

Die Chronologie der Ereignisse

Die Serie der Straftaten begann anfang August, als das Firmengebäude bei Nacht mit Anti-WAA-Parolen besprüht wurde. Allerdings war dies vergleichsweise harmlos gegenüber dem, was sich in den darauffolgenden Wochen abspielte. Hier die Chronologie der Ereignisse:

● Am 29. August (und dann auch wieder in der zweiten Septemberwoche) gehen bei Ellert in Bodenwöhr anonyme Drohanrufe und Beleidigungen ein. Sie gelten auch und teilweise sehr persönlich dem Geschäftsführer.

● An einer im Stadtgebiet Burglengenfeld abgestellten Ellert-Verdichtungswalze wird zwischen dem 7. und dem 16. September der Keilriemen durchgeschnitten.

● Zwischen dem 8. und dem 10. September wird ein an der Bundesstraße 15 zwischen Schwandorf und Klardorf abgestelltes Fahrzeug der Firma gestartet und gegen einen Kompressor gefahren. Darüberhinaus zertrümmern die Unbekannten das Glas der Führerhausscheibe. Der Schaden ist erheblich.

● In der Nacht zum 10. Oktober beschmiert man einen Bagger, der auf einer Baustelle zwischen Brensdorf und Schwarzenfeld steht, mit Parolen. Zu lesen ist unter anderem: „Hau ab!" und „Heimatmörder". Auch hier gibt es keine Spur von den Tätern.

● Ebenfalls in der Nacht zum 10. Oktober schütten Unbekannte rund drei Pfund Zucker in den Tank eines in Burglengenfeld abgestellten Ellert-Baufahrzeuges. Dieser Anschlag zieht erhebliche Reparaturarbeiten nach sich.

● Danach bleibt es einige Zeit ruhig, ehe es zu einer weiteren Straftat kommt. Diesmal werden in der Nähe des Bodenwöhrer Unternehmenssitzes die Reifen eines Fahrzeuges durchstochen, das im Ellert-Besitz ist.

● Wenige Tage später schlagen die Täter erneut zu. Und diesmal begehen sie ein Verbrechen. Ein zwischen Nabburg und Stulln abgestellter Bagger, der dem Unternehmen Ellert gehört und auf einer Straßenbaustelle eingesetzt ist, wird in Brand gesetzt. Als die Feuerwehr kommt, findet sie neben dem Fahrzeug eine Flasche mit brennbarem Inhalt. Darüberhinaus wurden an mehreren anderen Fahrzeugen Anti-WAA-Parolen geschmiert. In einer ersten Meldung spricht die Polizei von mindestens 20 000 Mark Sachschaden.

● Seit vergangenen Montagabend gibt es nun eine erneute Meldung, die in diese Serie hineinpaßt. Die Firma Ellert muß dabei den Ausfall einer 200 000 Mark kostenden Baumaschine beklagen, die an der Nürnberger Straße in Schwandorf-Krondorf abgestellt war. In den Tank wurde offenbar vor Tagen schon Zucker oder Sand geschüttet und damit der Ausfall des Fahrzeuges auf längere Zeit programmiert.

Aufruf „etwas zu machen"

Es gibt ein Blatt, das sich als Alternativzeitung bezeichnet und „Atomexpreß/Atommüllzeitung" heißt. In der letzten Nummer dieses Druckerzeugnisses wurde eine „Schwarze Liste" von Firmen veröffentlicht, die bisher im Zusammenhang mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage Aufträge erhielten. Genannt sind: Ellert in Bodenwöhr, die Schwandorfer Brauerei „Schmidtbräu", die Metallbaufirmen Hornik in Schwandorf und Oberthauser in Haidhof sowie das Wölsendorfer Unternehmen des Kreishandwerksmeisters Schönberger und die Firma Scharf-Metall in Wackersdorf. Im Zusammenhang mit dieser „Schwarzen Liste" wird unmißverständlich dazu aufgerufen, „etwas zu machen" und dazu „viel Phantasie" erbeten. Das besonders Perfide daran: mehrere dieser Firmen haben keine Aufträge erhalten, wurden lediglich einmal im Zusammenhang mit Angeboten genannt.

Angesichts solcher „Aufrufe" wird deutlich, daß möglicherweise noch lange nicht Schluß ist mit den gezielten Anschlägen auf Firmeneinrichtungen und -fahrzeuge, die mit dem Bau der WAA in Verbindung gebracht werden können. Ein Irrsinn schlechthin, der zu nichts führen wird.

„Ellert wird sich noch wundern"

Daß es gezielt gegen Ellert geht, mag ein Vorfall verdeutlichen, der sich am 8. November auf dem geplanten WAA-Areal zutrug. Dort waren Ellert-Leute mit kleinen Arbeiten beschäftigt, als sie plötzlich merkten, daß sie und ihre abgestellten Fahrzeuge von einem Mann fotografiert wurden, der per Fahrrad gekommen war.

Als die Arbeiter sich nach dem Sinn dieser Fotografier-Aktion erkundigten und einer von ihnen auch noch darauf verwies, ihm seien am Wagen bereits Reifen zerstochen worden, erhielten sie eine Antwort, die sich so anhörte: „Kleinigkeit. Die Firma Ellert wird sich noch wundern ..."

Zucker im Tank, daraufhin manövrierunfähig: so wie diese Walze sind in den letzten Wochen eine Reihe von Ellert-Baufahrzeugen praktisch lahmgelegt worden. Foto: ben

Sprüh-Aktion vor Gericht: Angeklagte distanzieren sich

Schwandorf. (am) In der Nacht vom 10. auf 11. Dezember vergangenen Jahres wurden in der Schwandorfer Innenstadt insgesamt 49 Gebäude, darunter auch die St. Jakobs-Kirche, der Stadtbrunnen, die neue Feuerwache und eine Reihe von Wohn- und Geschäftshäusern mit Anti-WAA-Parolen besprüht. Noch in derselben Nacht nahmen Beamte der Schwandorfer Polizeiinspektion acht junge Leute aus Regensburg fest, die in Tatverdacht standen. Wegen gemeinschaftlich begangener Sachbeschädigung hatten sich diese acht Personen im Alter von 21 bis 35 Jahren nun gestern vor dem Jugendschöffengericht in Schwandorf zu verantworten.

Alle Angeklagten machten im Rahmen der rund sechsstündigen Verhandlung ausführliche Angaben über ihren Aufenthalt in der fragwürdigen Nacht, sie distanzierten sich dabei entschieden von jeglicher Tatbeteiligung. Nachdem unter den anschließend vernommenen Zeugen kein einziger dabei war, der irgendjemanden auf frischer Tat beobachtet hat, darf das Urteil in diesem Strafprozeß mit Spannung erwartet werden. Erfolgen soll der Richterspruch am Donnerstagnachmittag (darüber ein ausführlicher Bericht in unserer nächsten Ausgabe).

Terror

Baufirma Ellert, für die WAA engagiert, Ziel von Angriffen

Schwandorf. (hou) Die in Bodenwöhr (Kreis Schwandorf) ansässige Baufirma Ellert hatte vor Monaten den Auftrag zur Rodung des geplanten WAA-Geländes erhalten. Seither sieht sie sich permanentem Terror ausgesetzt. Wie die Polizei auf Anfrage mitteilte, gibt es zwischenzeitlich eine ellenlange Serie von Sachbeschädigungen und Schmierereien, die zumeist an Baufahrzeugen des Unternehmens Ellert begangen wurden. Die jüngste Tat wurde am zurückliegenden Montag im Schwandorfer Vorort Krondorf entdeckt, wo Unbekannte eine größere Menge Sand in den Tank einer Ellert-Straßenwalze schütteten und sie dmait vorläufig außer Betrieb setzten. In einem anderen Fall war das gleiche Ziel mit Zucker erreicht worden, den man dem Tankinhalt eines Baufahrzeuges beimischte. Der seit August bei Straftaten angerichtete Sachschaden geht in die Zahntausende.

Untauglich, bösartig und kriminell

Schwandorf. Die Anschlagserie ist gezielt, sie gilt der Bodenwöhrer Firma Ellert, die sich nicht im geringsten einer Schuld bewußtzusein braucht. Denn was sie tat, ist legitim und entspricht den wirtschaftlichen Spielregeln unseres Staates: Ein Angebot abgeben, sich bewerben um Aufträge, damit letztlich Arbeitsplätze schaffen und sicher machen.

Nun war aber dieser Auftrag die Rodung des geplanten WAA-Geländes. Ändert dies etwas? Muß da umgedacht werden? Die Antwort kann nur lauten: Wer Ellert (oder andere) zur Zielscheibe von Anti-WAA-Attacken macht, der ist auf den Bauch gefallen, noch ehe er überhaupt zum Sprung ansetzte. Denn mit Gewalt solcher Art haben sich Probleme noch nie lösen lassen. Der Versuch, Ellert buchstäblich sturmreif zu schießen, ist untauglich, bösartig und kriminell.

Wer sich an solchem beteiligt, der kann nicht ernst genommen werden in seiner Sorge um die möglichen Gefahren einer Wiederaufarbeitungsanlage. Der hat darüberhinaus längst den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen, mag er auch noch so viel (wie es das in unserem Artikel zitierte Alternativblatt schrieb) „Phantasie" bei seiner Aktion an den Tag legen.

Phantasie? Ist es wirklich phantasievoll, wenn man Zucker oder Sand in den Tank einer Baumaschine schüttet, wenn Keilriemen zerschnitten und Leute am Telefon bedroht werden? All dieses hat mit Phantasie nichts zu tun. Es ist stumpfsinnig, dumm und an Niedertracht kaum zu übertreffen. Und es schade: nur einer Idee, die honorige Leute geboren haben und die nun – man muß es wohl einmal sagen – schön langsam zur Sumpfblase verkommt, durch Aktionen, die nie und nimmer im Sinne jener sein können, welche sich den friedvollen Widerstand aufs Panier geschrieben haben.

Noch einmal und sehr deutlich: Wer da kommt und glaubt, er könnte Firmen durch Anschläge außer WAA-Gefecht setzen, der wird sich schwer täuschen. Denn aus Schaden und Ärger und Frust erwächst ein völlig neuer Widerstand, der es – dessen sind wir gewiß – nie und nimmer zuläßt, daß auch nur ein Arbeitstag dort draußen im Forst ausfällt. (hou)

DOKUMENTATION

Aus »Neuer Tag« vom 20./21.11.1985

»Was suchen Sie denn diesmal?«

Beim erstenmal setzten sie den Fuß zwischen die Haustür, rissen die Salztüte beim Durchwühlen aus dem Küchenschrank, verstreuten das Salz auf der Sitzbank, rannten in den Keller und forderten einen Fotografen an, der im Keller herumfotografierte.
Sie durchsuchten Erdgeschoß, Obergeschoß, Dachgeschoß, den Keller, die Garage und das Auto und fanden - nichts -
Sie waren zu viert.
Beim zweitenmal kamen sie zu nachtschlafender Zeit, riefen draußen bereits »Polizei« und »aufmachen«, suchten nach Dingen zur Vorbereitung eines Brandanschlages, nach Unterlagen aus einem Tierversuchslabor und laut Durchsuchungsbefehl nach »befreiten Tieren«. Nach der Herkunft meiner zwei Hunde und sieben Katzen fragten sie mich nicht. Einer fiel beinahe in den Froschteich, als er im Dunkeln im Garten herumwerkelte. Der Oberboß setzte sich fast auf Tuchfühlung neben mich auf die Wohnzimmerpolster, sah mir tief in die Augen und sagte:»Gegen Sie läuft ein Ermittlungsverfahren nach 129a«.
Sie durchsuchten Erdgeschoß, Obergeschoß, Dachgeschoß, den Keller, die Garage, das Auto und diesmal sogar den Dachboden. Einige Tage später wären wir von der nicht befestigten und herunterfallenen Dachbodentreppe fast erschlagen worden. Sie fanden abermals - nichts. Deshalb nahmen sie mein Notizbuch, den Kalender meiner Tochter, unser Telefonregister und mich mit.
Sie waren wieder zu viert.
Das dritte Mal guckten sie erstaunt, als ich bei ihrem Anblick sagte:»Na - wieder eine Hausdurchsuchung?« und fragten »Woher wissen Sie das?«. »Man bekommt Routine«, sagte ich. Sie sagten wieder, gegen mich laufe ein Ermittlungsverfahren. »Schlimmer als 129a«, meinte ich, »kann es ja nicht kommen«. »Das ist wahr«, sagten sie.
»Wieder Hausdurchsuchung«, sagte ich, als wir in das Zimmer meiner jüngsten Tochter treten, die noch auf ihrem neuen knallroten Futon-Bett lag und schlief. »Was suchen sie denn diesmal?«, fragte sie schlaftrunken. »Asterix und das Atomkraftwerk«, sagte ich. »Ich habe nur Tim und Struppi«, meinte sie und drehte sich auf die andere Seite.
»Wieder mal Hausdurchsuchung«, sagte ich, als wir ein Stockwerk höher in das Zimmer meiner älteren Tochter treten. »Sind wir ein Haus der offenen Tür?«, meint sie, nur mäßig erstaunt. Außer den Hunden regt sich im Haus niemand mehr auf.
Sie durchsuchten Erdgeschoß, Obergeschoß, Dachgeschoß und den Keller. Die Garage und das Auto ließen sie diesmal aus. Laut Durchsuchungsbescheid sollten sie unter anderem Notiz- und Adreßbücher beschlagnahmen. Die waren aber nicht mehr da, denn die hatten ihre Kollegen vom Staatsschutz bereits beim letztenmal mitgenommen.
Sie fanden wieder - nichts -.
Diesmal waren sie zu zweit. Nur die Staatsschutzleute kommen offenbar im Quartett.

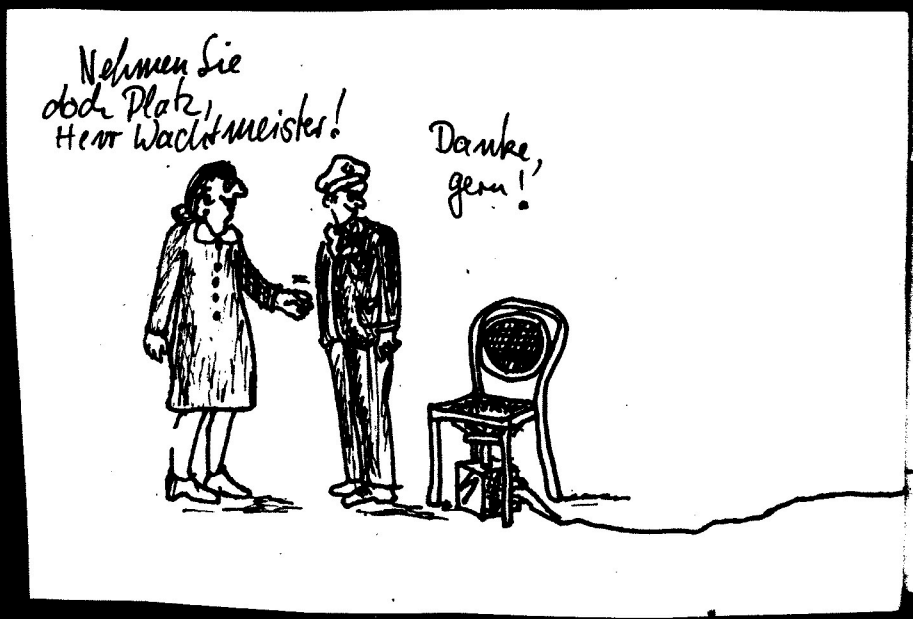
Wir sind nun gespannt, was es beim nächsten Mal sein darf.
Meine Tochter schrieb mir einmal folgenden Vers auf, der jetzt bei uns im Hauseingang hängt:

Der Verfassungsschutz
Überwacht meine Gespräche
Mit eigenen Ohren hört er
Ich mißtraue einem Staat
Der mich bespitzelt
Das kommt ihm verdächtig vor.

Die Herren mit dem Baumstamm

Eingestellt wurde Anfang Dezember der "Tag-X"-Prozeß gegen drei Celler AKW-Gegner. Die "Herren mit dem Baumstamm" — so einer der Polizeizeugen — hatten sich an den Blockadeaktionen anläßlich der ersten Atommülltransporte ins Wendland beteiligt. An einer Barrikade waren sie von Zivilbullen erwischt und nach Chemical-Mace-Einsatz aus dem Auto gezerrt worden. Das Amtsgericht Dannenberg stellte das Verfahren wegen "versuchter Nötigung" ein. Die drei AKW-Gegner haben "wegen geringen Verschuldens" je 300 Mark an die Landeskasse zu zahlen. Durch vielfältige Solidaritätsaktionen (u.a. mehrmals "DoKo für den Staatsanwalt") ist dieser Betrag mitsamt den Anwaltskosten allerdings längst gesammelt.

Unabhängige Initiative Celle



Tag X - Prozesse

Führte der Zufall wieder Regie? -
Jedenfalls bekam der Prozeß wegen der Tag X-Plakate gegen uns durch die aktuellen Ereignisse wieder etwas an Brisanz. Die parallel stattfindenden Atommülltransporte von Würgassen ins Zwischenlager nach Gorleben und die dabei gewonnene Mobilisierung, sorgten dafür, daß wir im Gerichtssaal mit überfüllten Zuschauerreihen doch eine ganze Ecke gelassener an die Sache rangingen. Es ist halt doch ein anderes Gefühl, als wenn mensch alleine im juristischen Urwald steht.
Zum Prozeß selber: Die Anklage warf zum einen Peter, als Drucker in einer Göttinger Alternativ-Druckerei (die auch ansonsten vor juristischen Repressalien nicht mehr weiß, wieviele Verfahren eigentlich gegen sie laufen), vor, daß Tag X-Plakat gedruckt zu haben, und Bernd und Enno als damalige pressserechtlich verantwortliche von Atom Express 40, diese durch Abdruck verbreitet und damit zu Straftaten aufgefordert zu haben (§111 StgB).
Insgesamt waren 4 Zeugen geladen. Die drei Zeug/inn/en der Anklage sagten zusammengefaßt aus: Bei der damaligen Durchsuchung in der Druckerei konnten sie 3000 Tag X-Plakate mit dem Aufdruck »Entwurf: Aktiv-Druck« beschlagnahmen und konnten aussagen, daß diese Plakate in braunem Packpapier verpackt waren. Der dritte Zeuge hatte dann sogar noch Exemplare dieser Plakate (oder kamen die vielleicht von woanders?) an städtischen Wänden plakatiert entdeckt.
Der Zeuge der Verteidigung sagte dann nur noch aus, daß der Drucker zur vermeintlichen Täterzeit in Portugal im Urlaub war, also gar nicht in Göttingen zugegen.
Damit war die Beweisaufnahme zu Ende. Was war damit bewiesen? Plakate wurden in einer Druckerei gefunden, ähnliche Plakate klebten an Göttinger Wänden, der angeklagte Drucker war gar nicht da. Zudem gilt es als gesichert, daß auf der Rückseite von Atom Express 40 ein Foto vom Zwischenlager in Gorleben mit daran hängenden Plakaten abgebildet ist.
That's all.
Gedacht! Dann ging es erst richtig los. Die Staatsanwältin fragte plötzlich, angesichts der Tatsache, daß sie nichts weiter an Beweisen hatte, ob sie nicht mal ein Exemplar des Atom Expresses Nr.40 zur Ansicht haben dürfe, da sie diese Zeitung von Angesicht noch nicht kenne!!!
Nach 1 1/2 jähriger Ermittlungszeit, nach fast 20 Wohnungs- Arbeitsplatz- und Geschäftsdurchsuchungen, bei denen die Staatsanwältin teilweise selbst anwesend gewesen war, hatte es die Anklage nicht einmal fertig gebracht, die kriminalisierte Zeitung zu lesen !
Der Gerichtssaal tobte vor wackelnden Bäuchen, dem Richter ganz fast der Hut hoch und die Staatsanwältin lief rot an.
Aber selbst in einer solchen Situation mochte sie sich nicht auf eine Einstellung einlassen, sondern hielt hartnäckig an der Anklage fest.
Resultat: das Verfahren wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Es findet, wenn überhaupt, erst im Frühjahr wieder statt.

Weniger Komödienstadel - weitere zwei Tag X-Plakat Verfahren

In **Duderstadt** (Kreis Göttingen) wurden zwei Leute zu jeweils 20 Tagessätzen wegen Plakatierens von Tag X-Plakaten verurteilt.
Diese Sache gehörte ursprünglich noch mit zu dem ganzen Göttinger Verfahren, wurde aber später abgetrennt. Im Juli '84 befanden sich eines nachts plötzlich an etlichen Verkehrschildern und anderen Flächen die bekannten gelben Plakate. Die Polizei stoppte in selbiger Nacht einen PKW mit besagten Leuten und konnte darin ca. 20 Plakate und Kleber sichern.

In **Bamberg** lief es ähnlich. Im Juli '84 sollten vier Leute einen Stromverteilerkasten mit dem Plakat verschönert haben. Daraufhin erließ das dortige Amtsgericht Strafbefehle über jeweils 10 Tagessätzen zu 10 bis 100 DM.
Dagegen legten die Betroffenen Widerspruch ein, worauf am 28.Oktober vor dem Bamberger Amtsgericht verhandelt werden mußte. Ergebnis: Bestätigung der Strafbefehle.
Die vier Bamberger haben mittlerweile Berufung dagegen eingelegt. Auch dort geht es also diesbezüglich noch weiter.

HANNOVER

Wir hatten in den letzten Ausgaben schon ausführlich über die Verhaftungen in Hannover und die Entwicklung der dortigen Repression berichtet.
Vielleicht nur noch kurz zur Erinnerung: In der Nacht vom Sonnabend, dem 1. Juni 1985 fand ein Sprengstoffanschlag auf das Hauptgebäude der Deutschen Messe- und Ausstellungs AG in Hannover statt. Jürgen kam dabei ums Leben. Kurz darauf wurde Isabel verhaftet, und später noch Horst.
Ihnen wurde Mitgliedschaft, Unterstützung und Gründung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Einhergehend damit spielte sich eine beispiellose Kriminalisierung der gesamten Hannoveraner Szene ab.

Horst ist mittlerweile aus dem Knast mit Meldeauflagen entlassen worden. Isabel sitzt nach wie vor im Knast unter Sonderhaftbedingungen.
Der Antrag auf Haftverschonung für Isabel wurde verworfen mit drei Gründen:
— es besteht verschärfte Fluchtgefahr, weil Isabel einen Briefwechsel mit inhaftierten RAF-Genossen aufgenommen hat,
— Isabel hätte vor Haftantritt ihr Äußeres verändert, deshalb Verdunkelungsgefahr,
— der § 129a sei insofern nachgewiesen, daß Isabel mehrere terroristische actions nachweisbar seien: Anschlag auf Industrie und Handelskammer, Messe AG und einen ideellen, wo eine fertige Erklärung vorliegen soll — Anschlag auf das Wirtschaftsministerium von Niedersachsen.

Isabel sitzt in Hannover im Knast, Briefe sind zu adressieren an:

Isabel Jakob
c/o Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe

STAMMHEIM

Vom 23. Okt. bis 6. Dez. lief in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen die 24 jährige Claudia Wannersdorfer. Sie wurde wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexlosion und wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt.
Claudia hatte zusammen mit Jonas Thimme, der bei dem Anschlag ums Leben kam, am 20.1.85 (dem 47.Tag des Hungerstreiks) einen Sprengsatz am Rechenzentrum der DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt) angebracht. Diese Einrichtung spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Hochtechnologie, hauptsächlich im militärischen Bereich.
Zunächst war Claudia noch 6-facher später 2-facher Mordversuch vorgeworfen worden, dies konnte aber letztendlich nicht aufrechterhalten werden. Die politisch/juristische Linie von OLG und BAW zum Anklgepunkt »Unterstützung« sah so aus, daß durch das Einbringen verschiedener Erklärungen zum Hungerstreik und zu der Aktion von Claudia und Jonas eine Gsamt-R.A.F. konstruiert wurde.
Der Prozeß ist insgesamt eine weitere Verschärfung der Repression, präventiv gegen alle, die sich zum Bruch mit dem System hier entwickeln. ◂

RÜSSELSHEIM

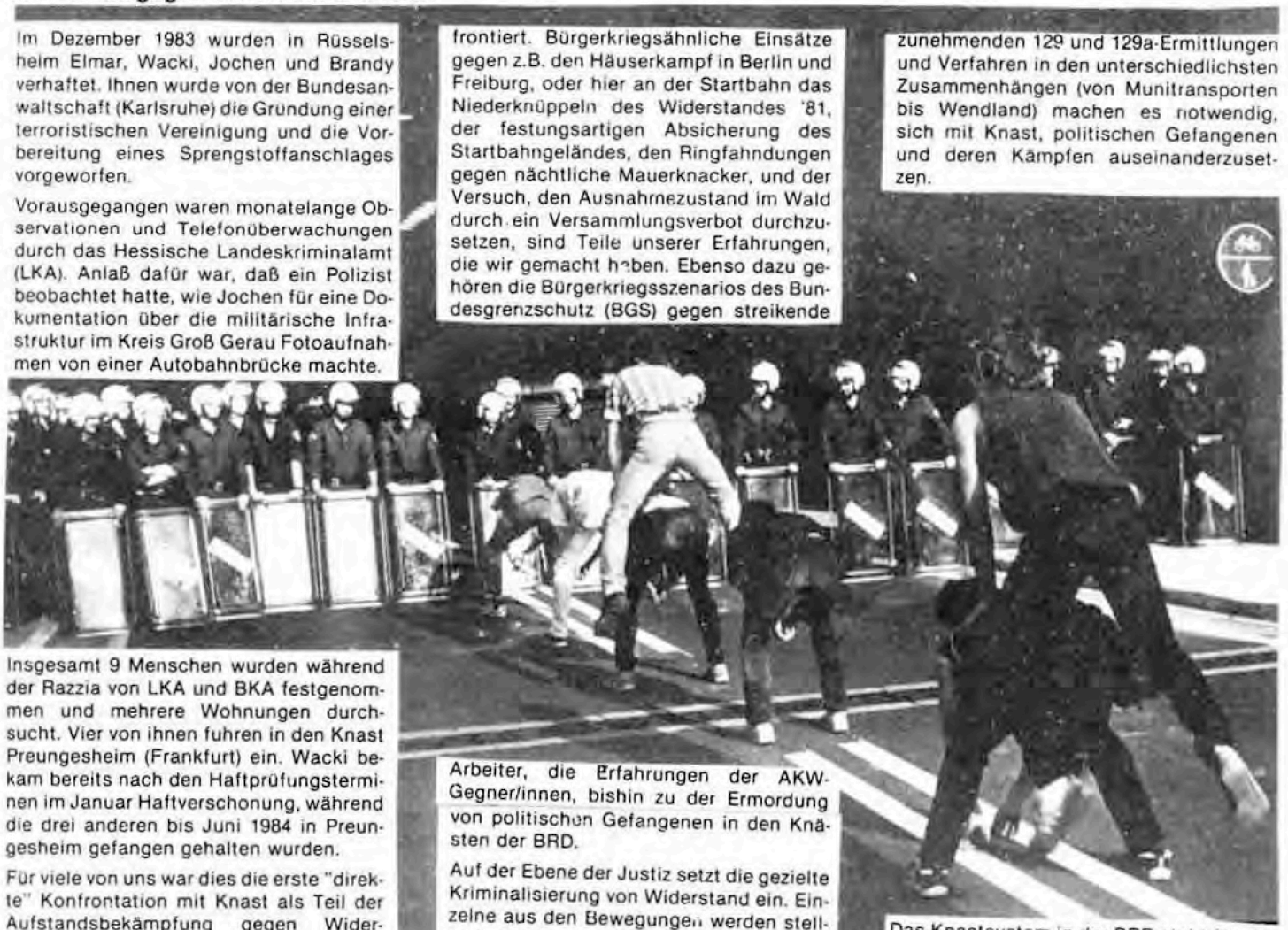
Herbst 1985 - Startbahn-West. Der 200. Sonntagsspaziergang, 4. Jahrestag der Hüttendorfräumung. Die Startbahn ist längst in Betrieb, doch der Widerstand lebt weiter.
Trotz bis jetzt über 2000 Verfahren und brutalster Polizeigewalt, bis hin zum Mord an Günther Sare.
Trotz Grüner 'Koalo-Politik', trotz Befriedungs- und Spaltungsstrategien - es ist dem herrschenden Staatsapparat nicht gelungen, den Startbahn-Widerstand zu brechen.
Dieser ist zwar zahlenmäßig schon lange nicht mehr vergleichbar mit den Zeiten von vor vier Jahren. Dafür äußert sich der Widerstand aus dieser Region zu vielen anderen Themen, hat sich vom punktuellen Widerstand zu einem nicht wegzudenkenden Basis-Widerstand, nicht nur in der Frankfurter Region entwickelt.
Ein Baustein in der Repressionspolitik gegen die Startbahnbewegung, aber nicht nur gegen sie, ist der Prozeß gegen die Rüsselsheimer.

Nach mehr als zwei Jahren soll der Prozeß jetzt stattfinden. Mittlerweile sind die Trennungslinien zwischen den vier Personen, die schon 1983 staatsanwaltschaftlich willkürlich zusammgewürfelt wurden, noch größer geworden.
Unterschiedliche Herangehensweise an den Prozeß ist die Folge und damit ein gefundenes Fressen für die Staatsanwaltschaft, der es schon lange nicht mehr nur um den Startbahn-Widerstand geht. Ausdruck davon ist der Federführung der BAW Karlsruhe. Der folgende Text ist leicht gekürzt einer neuen-Dokumentation zur Startbahn-West Kriminalisierung entnommen, die direkt bei uns oder aber zu bestellen ist (5 DM) bei:

BI gegen Flughafenerweiterung Rhein/Main
c/o Helga Arnold
Wilhelm Lenscher Str. 50a
6082 Mörfelden

Im Dezember 1983 wurden in Rüsselsheim Elmar, Wacki, Jochen und Brandy verhaftet. Ihnen wurde von der Bundesanwaltschaft (Karlsruhe) die Gründung einer terroristischen Vereinigung und die Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages vorgeworfen.

Vorausgegangen waren monatelange Observationen und Telefonüberwachungen durch das Hessische Landeskriminalamt (LKA). Anlaß dafür war, daß ein Polizist beobachtet hatte, wie Jochen für eine Dokumentation über die militärische Infrastruktur im Kreis Groß Gerau Fotoaufnahmen von einer Autobahnbrücke machte.



Insgesamt 9 Menschen wurden während der Razzia von LKA und BKA festgenommen und mehrere Wohnungen durchsucht. Vier von ihnen fuhren in den Knast Preungesheim (Frankfurt) ein. Wacki bekam bereits nach den Haftprüfungsterminen im Januar Haftverschonung, während die drei anderen bis Juni 1984 in Preungesheim gefangen gehalten wurden.

Für viele von uns war dies die erste "direkte" Konfrontation mit Knast als Teil der Aufstandsbekämpfung gegen Widerstand hier. Und sie zeigte uns, wie wichtig die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Ebenen ist, mit denen der Staat hier Widerstand bekämpft, und daß wir diese Ebenen als zusammenhängende Strategie gegen uns begreifen müssen.

Mit den Mitteln des Counterinsurgency, der militärischen, der politischen und justiziellen Aufstandsbekämpfung, sind wir als Teil von Bewegungen zunehmend konfrontiert. Bürgerkriegsähnliche Einsätze gegen z.B. den Häuserkampf in Berlin und Freiburg, oder hier an der Startbahn das Niederknüppeln des Widerstandes '81, der festungsartigen Absicherung des Startbahngeländes, den Ringfahndungen gegen nächtliche Mauerknacker, und der Versuch, den Ausnahmezustand im Wald durch ein Versammlungsverbot durchzusetzen, sind Teile unserer Erfahrungen, die wir gemacht haben. Ebenso dazu gehören die Bürgerkriegsszenarios des Bundesgrenzschutz (BGS) gegen streikende Arbeiter, die Erfahrungen der AKW-Gegner/innen, bishin zu der Ermordung von politischen Gefangenen in den Knästen der BRD.

Auf der Ebene der Justiz setzt die gezielte Kriminalisierung von Widerstand ein. Einzelne aus den Bewegungen werden stellvertretend vor die Gerichte zitiert — politische Prozesse, wie der gegen Klaus und Peter, sollen den Widerstand brechen. Zunehmend werden auch einzelne aus den Bewegungen innerhalb dieser Kriminalisierungsstrategie mit Knast bedroht. Das Urteil gegen Andreas in Bonn (WWG), die Situation von Michael Scheer aus Wiesbaden, der seit '84 in der JVA-Frankenthal sitzt, die Gefangenen von Krefeld (Demo gegen die US-Propagandashow) und die zunehmenden 129 und 129a-Ermittlungen und Verfahren in den unterschiedlichsten Zusammenhängen (von Munitransporten bis Wendland) machen es notwendig, sich mit Knast, politischen Gefangenen und deren Kämpfen auseinanderzusetzen.

Das Knastsystem in der BRD steht für ein perfektioniertes Vernichtungsprogramm gegen alle im Knast kämpfenden Gefangenen, das vor allem auch auf die Abschottung von Auseinandersetzungen mit der Politik des Widerstandes draußen abzielt, um ihre Identität zu vernichten.

Für Jochen, Elmar und Brandy hieß das in den ersten sechs Wochen Isolationshaft, d.h. Sicherheitszellen, Einzelhofgang mit zwei Schließern in einem abgegrenzten

Gelände, Einzelduschen, totale Abschottung von den anderen Gefangenen. 24 Stunden isoliert von jeglicher Kommunikation. Dazu die Isolation nach draußen durch Trennscheibe bei Besuchen, überwacht von einem LKA'ler, der das Recht hatte, jederzeit einen Besuch abzubrechen, Trennscheibe bei den Anwaltsbesuchen und Brief-/Postzensur durch die Bundesanwaltschaft, wie Beschlagnahme von Briefen, Flugblätttern und Broschüren:

Mit dem Brief versucht der Absender den Beschuldigten in seiner irrigen Auffassung, er sei nicht wegen einer kriminellen Straftat, sondern wegen seiner politischen Anschauungen inhaftiert, zu bestärken. Im Falle der Aushändigung ist daher der Brief geeignet, das Strafverfahren und die Sicherheit und Ordnung in der Justizvollzugsanstalt zu gefährden.

Nach sechs Wochen wurden alle teils auf Antrag, teils ohne Zustimmung in den sogenannten "Normalvollzug integriert". Elmar wehrte sich gegen seine Verlegung, indem er einen Monat lang die Teilnahme am "Normalvollzug" verweigerte, um klar zu machen, daß sich nichts an der Situation verändert hatte. Nach wie vor bestand die Trennscheibe bei Besuchen, wurden öfters als bei anderen Gefangenen Zellenrazzien durchgeführt und wurden Broschüren und Briefe beschlagnahmt.

In den letzten Jahren hat die Bundesanwaltschaft, als die verantwortliche Instanz für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen, für die jahrelange Isolationsfolter, versucht, die Abschottung der politischen Gefangenen zu perfektionieren. Neben der Total-Isolation, der Brief- und Informationszensur, dem Geiselstatus während einer Kontaktsperre (das Recht, in einer bestimmten Situation selbst den Anwälten den Besuch bei den Gefangenen zu untersagen), baut die Bundesanwaltschaft durch gezielte Kriminalisierung und Konstruktion die Abschottung der Gefangenen untereinander und von Menschen draußen weiter aus.

So zielt z.B. die Konstruktion eines sogenannten "illegalen Informationssystems" auf das Verbot jeglicher politischen Auseinandersetzung ab. So war und ist das Konstrukt Begründung für die Einschränkung von Bücherbestellungen (es wurde einzelnen Gefangenen untersagt, Bücher bei linken Buchhandlungen zu bestellen), für Briefbeschlagnahmungen, Besuchsabbrüche (wie z.B. beim Reden über Demonstrationen, Aktionen von Angehörigen zu den Haftbedingungen oder Hungerstreik) und Besuchsverbote, was woanders dann trifft, wenn mensch auf die Diskussion während der Besuche angewiesen ist und Besuchsverbote gegen Einzelne eine kontinuierliche Diskussion unmöglich machen.

...

Zur aktuellen Situation

Am 21.1.1985 haben Jochen, Elmar, Brandy und Wacki die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft erhalten. Also genau während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen, den Aktionen, Demos, Anschlägen und der breiteren Auseinandersetzung um den Kampf der Gefangenen und deren Haftbedingungen. Im Juni hat das Oberlandesgericht Frankfurt die Anklageschrift mit folgenden Punkten zugelassen:

— Elmar, Jochen und Brandy werden darin der Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages, des Diebstahls, des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz und

WIR STEHEN ZWAR MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND,

das Fernmeldeanlagengesetz angeklagt.
— Jochen darüberhinaus der Werbung für eine terroristische Vereinigung.
— Und Wacki wegen Unterstützung jener angeblichen terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages.

Beginn des Prozesses ist der 17.1.1986 vor dem 2. Staatsschutzsenat des OLG Frankfurt. Pro Woche sind jeweils zwei Verhandlungstage vorgesehen. Gegen Jochen, Elmar und Brandy bestehen weiter Haftbefehle, die gegen Meldeauflagen ausgesetzt sind.

Die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft ist im wesentlichen in drei Punkte aufgeteilt:

— der ideologischen Basis der konstruierten Vereinigung;
— dem angeblichen Ziel;
— und der "Struktur" der "Vereinigung".

Den Paragraphen 129 und 129a (kriminelle und terroristische Vereinigung) kommen immer mehr Bedeutung zu auf Grund des sich entwickelnden / entwickelten radikalen Widerstandes und Zusammenhängen. ... im Wendland, gegen die Startbahn-West ... oder gegen die NATO, wie z.B. durch die vielen Aktionen gegen militärische Einrichtungen und Infrastruktur im letzten halben Jahr deutlich wurde. Gerade die Anwendung dieser Paragraphen ermöglicht, gezielt ins autonome Spektrum von Zusammenhängen reinzugreifen.

Dabei geht es um unsere Ansätze von Organisierung auf allen Ebenen. Ob nun die Propaganda um "Schwarzen Block" oder bis "Hannover", — Ansätze, die real, aber auch noch perspektivisch sind.

Die Bundesanwaltschaft setzt in der Anklageschrift an den Diskussionen von '83 an und stützt sich auf die Thematisierung der militärischen Infrastruktur (Munitionstransporte) und die beginnende Auseinandersetzung um die Grußaktion an politische Gefangene.

Mit der Grußaktion an politische Gefangene (1983) sollten breitere Zusammenhänge wieder mit der Situation der Gefangenen konfrontiert werden, sollte Öffentlichkeit dazu geschaffen werden. Das Auffliegen eines Spitzels auf dem Frankfurter "Grußplenum" und die Kriminalisierung von alternativen Zeitungen, die damals den Aufruf zur Grußaktion abgedruckt hatten, zeigt u.a., daß der Staat in jene Auseinandersetzungen eingreifen wollte, um eine breitere Diskussion um den Kampf der Gefangenen und deren Forderung nach Zusammenlegung zu verhindern. Gerade mit der zunehmenden Bedrohung der Gefangenen ist diese Auseinandersetzung wichtig, um sie als Teil unserer Kämpfe zu begreifen.

Die Bundesanwaltschaft formulierte die Teilnahme von Jochen, Elmar und Brandy am "Grußplenum" in Frankfurt als ideologische Basis, indem sie sagt, die drei wären Teil der "anti-imperialistischen Front" und hätten sich die Zielsetzung des einheitlichen Kampfes von Gefangenen, Guerilla und Widerstand zu eigen gemacht. Ihre Ideologie sei an der RAF ausgerichtet, wobei sie sich nach Art einer RZ organisiert hätten. Und wie die Auseinandersetzung um die Gefangenen kriminalisiert wird, da wird klar, daß die Bundesanwaltschaft behauptet, die Grußaktion hätte nicht zur Herstellung von Öffentlichkeit gedient.

Weiterhin wird ihnen nun ein geplanter Sprengstoffanschlag gegen den Bi-

schofsheimer Güterbahnhof vorgeworfen, von dem die Anklage sagt, daß er ein zentraler Verschiebebahnhof für NATO-Waffen und Munition sei. Ausgangspunkt dafür sind die gefundenen Broschüren (des breiten Bündnisses gegen Munitionstransporte in Bremen) und die Bilder, die Jochen für seine Ausstellung über militärische Infrastruktur hier im Kreis gemacht hat.

Mitte 1982 begannen Gruppen in Norddeutschland breiter an einer Praxis gegen die hier laufenden Kriegsvorbereitungen zu arbeiten. Vorbild waren u.a. die Aktionen der holländischen Anti-Kriegs-Bewegung, die mit Blockaden Munitionszüge, die über Holland NATO-Lager in der BRD beliefern, behinderten.

Ausgehend von Bremerhaven/Nordenham, dem See-Umschlagplatz von US-Munition in der BRD, bildeten sich die "KGBs" (Komitees gegen Bombentransporte) im Norden und später verschiedene Munitionstransportinitiativen in der ganzen BRD. Von Anfang an wurde ihre Arbeit, z.B. der Aufbau eines Netzes, das die Schiffe und Züge beobachten sollte, durch eine massive Hetzkampagne in den Medien kriminalisiert. Während der ersten Aktionen gegen die Schiffe und Züge wurden dann auch die ersten Verfahren wegen Beobachtung (Spionage) von militärischen Anlagen eingeleitet. Die Kriminalisierung verschärfte sich, als die Transporte durch Aktionen und Blockadeversuche behindert, oder unter dem Motto "Begrüßen und Begleiten" mit Farbeiern gekennzeichnet wurden.

Im Oktober 1983 fanden in Mannheim und Stuttgart Hausdurchsuchungen bei Menschen, die das Umladen der Munitionszüge beobachtet hatten, statt. Die Begründung dafür lautete, sie hätten durch das Ausspähen militärischer Anlagen die RAF unterstützt. Die Bundesanwaltschaft konstruierte den Zusammenhang u.a. dadurch, weil einer der Betroffenen Kontakt zu Gefangenen habe.

ABER DAS GIBT UNS IMMER HIN EINEN GEWISSEN HALT.

Grüne Niedersachsen:

Niedersachsen wurde unter Ministerpräsident Albrecht, seinerzeit mit kräftiger Unterstützung der sozialliberalen Koalition, zu einem der wichtigsten Bundesländer für die Zukunft der Atomenergie, Hier wurde inzwischen das erste Zwischenlager der BRD "eingeweiht", hier liegt das bislang einzigste "Versuchs"-endlager Asse II. In den nächsten Jahren soll hier die leidige Entsorgungsfrage mit den Endlagern Gorleben und Schacht Konrad gelöst , m it der Konditionierungsanlage die Weltpremiere der Direkten Endlagerung gefeiert werden.

In Niedersachsen stehen darüberhinaus die AKW's Stade, Esensham, Grohnde, im Bau ist das AKW Emsland, bereits abgeschaltet Lingen I. In Betrieb sind das AbfallagerEsensham, die Landessammelstelle Geyersberg, das Uranlager Leese. Im Juni 86 sind in Niedersachsen Landtagswahlen, SPD und Grüne setzen auf die Ablösung der Regierung Albrecht. Die SPD spekuliert, mittlerweile nur noch gedämpft, auf die absolute Mehrheit, die Grünen auf eine grün/rote Zählmehrheit. Ex- Juso und Mi nisterpräsidentenkandidat Gerhard Schröder möchte sich insAnpassung an den Kurs der Bundespartei , die die Grünen ganz aus dem Parlament haben möchte, auf keinen Fall mehr mit ihnen verbünden, Haupthindernis sieht er in der Position der Grünen zur Atompolitik. Bei den Grünen stehen die Zeichen unverdrossen auf Koalition oder zumindest Tolerierung, sollte Schröder sich diesem Ansinnen gänzlich verschließen wollen die Grünen ihn bei einer rot/grünen Mehrheit ohne Vorbedingung zum Ministerpräsidenten wählen. Schröder könnte dann mit wechselnden Mehrheiten regieren. Die Atomenergiefrage dürfte in Niedersachsen zum Hauptknackepunkt grün/roter Verhandlungen werden. Bleiben die Grünen bei ihren jetzigen Positionen, wird eine Zusammenarbeit mit der SPD absehbar unmöglich. Geben sie ihre Position zugunsten einer Zusammenarbeit auf, müssen sie Politik gegen die mit der BI Lüchow- Dannenberg in Niedersachsen recht starke Anti- AKW- Bewegung machen und zusätzlich mit bundesweiter Gegenmobilisierung rechnen.

Wir wollen im Folgenden anhand der Positionen von SPD und Grünen die Frage untersuchen, welche Bedeutung eine Ablösung der Regierung Albrecht für die Anti- AKW- Bewegung hätte und einen kurzen Überblick über die bisherigen Auseinandersetzungen BI.s - Grüne in Niedersachsen geben.

Schröder for President

Die niedersächsische Parteiführung der SPD stellte auf dem Landesparteitag am 30. 11. den Antrag, sich darauf festzulegen *"alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Zukunft ohne Kernenergie möglich zu machen"*. (1)

Untersucht frau allerdings die Substanz dieser Aussage, so bleibt nichts übrig. Die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie wird von Schröder kategorisch abgelehnt. Er erklärte dazu *"die Vorstellung, auf die Kernenergie kurzfristig zu verzichten sei irreal, weil sie den Gesichtspunkt der Sicherung der Energieversorgung außer acht lasse"*, AKW's werden "als Übergangstechnologie" wahrscheinlich *"noch für längere Zeit eine Rolle spielen". (2)*

Schröder geht hier völlig konform mit der offiziellen SPD- Position, die mit der Formel vom "generellen und längerfristigen Ausstieg" operiert. Gemeint ist damit, alle schon geplanten und im Bau befindlichen AKW.s noch ans Netz zu nehmen. Im August vergangenen Jahres hatte Schröder versichert, auch als Ministerpräsident werde er die AKW's in Lingen und Grohnde weiterbauen lassen. (3)

" Wer weiß, daß wir mittelfristig...mit der Kernenergie leben müssen, der kann sich um eine Lösung der Entsorgungsfrage nicht drücken", notwendig ist laut Schröder eine *"nationale Lösung"*.(4)

Die besteht für Schröder, auch hier in Übereinstimmung mit dem SPD- Kurs, vor allem in "den externen Zwischenlagern wie in Gorleben ...und Ahaus...und niemand (kann sich) auf die SPD berufen, wenn er Widerstand gegen das Zwischenlager Gorleben leistet, solange es keine begründeten Sicherheitsbedenken gibt". (5) (Wir empfehlem dem Kandidaten, regelmäßig Atom zu lesen)

Die Zwischenlagerung ist als Teil des "Konzeptes" der Direkten Endlagerung unverzichtbarer Bestandteil dieser von der SPD propagierten "Entsorgungslösung". Da auch die SPD den entscheidenden Teil des Konzeptes, ein Endlager, nicht aus dem Hut zaubern kann, setzt sie bei Nichteignung von Gorleben auf "langfristige Zwischenlagerung", dazu ist *"bei Bedarf ein weiteres Endlager zu errichten"*. (6)

Aus Glaubwürdigkeitsgründen gab es in den Reihen der SPD immer Kritiker des Salzstocks Gorleben, Schlußfolgerung der niedersächsischen SPD daraus ist die Forderung zusätzlich andere Salzstöcke bzw. *"andere Gesteinsformationen, z.B. Granit"* zu untersuchen. Ausgeschlossen wird aber auch nicht, sich *" auf das Erz-*

Atomanlagen tolerieren?

bergwerk Schacht Konrad zu stützen, falls sich Gorleben als nicht geeignet erweisen sollte" (7) Bezüglich einer weiteren Erkundung gibt es in der Konsequenz keine Differenzen zwischen Schröder und Albrecht. Im Februar d.J. erklärte Schröder dazu, wenn sich der Standort als geeignet erweise *"dann werden wir ihn auch durchsetzen, weil wir eine Politik nach dem Sankt-Floriansprinzip ablehnen"*.(8)
Ein "politisch nicht durchsetzbar" wie bei Albrecht wird es also nicht geben, hier müssen dann die Behelmten mit den Knüppeln in Aktion treten.
Am zukünftigen Endlagerstandort *"müsse zugleich die Konditionierungsanlage entstehen"*, dritter Baustein der Direkten Endlagerung. (s.Artikel in dieser Atom)
Fazit: Von der SPD hat die Anti- AKW-Bewegung in Niedersachsen nur Schlechtes zu erwarten, alle bislang vorgesehenen nAtomprojekte sollen weitergeführt werden, auch die SPD möchte Niedersachsen zum Atomklo der Nation machen. Dies bedeutet gleichzeitig die Weiterführung der Atomtransporte, bedeutet Atomstaat und Kriminalisierung.

Grüne im Dilemma

Die niedersächsischen Grünen haben in ihr Programm die Forderung nach *"sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie"* aufgenommen, um dieses Ziel zu erreichen sollen *"alle parlamentarischen, außerparlarischen und rechtlichen Möglichkeiten"* ausgenutzt werden.
Der sofortige Ausstieg sowie eine Vereinbarung, nach der eine Zusammenarbeit mit der SPD von der Einleitung aller *"konkreten (auch nicht erfolgversprechenden) Maßnahmen die den notwendigen Bruch der bisherigen Politik bedeuten"*, wurden auch in die Wahlaussage aufgenommen.
Ein Antrag aus Lüchow- Dannenberg, von der SPD die Erklärung zu verlangen, alle Schritte binnen 12 Monaten einzuleiten und den Ausstieg in einer Legislaturperiode zu vollziehen, war den Grünen aber zu weitgehend. Die "Grüne Illustrierte" konstatierte danach *"zukünftige Verhandler/innen haben etwas mehr Spielraum erhalten"*, sprich eine wirkliche Ernsthaftigkeit, diesen Ausstieg nicht zugunsten einer Zusammenarbeit mit der SPD erst längerfristig zu vollziehen, ist nicht ersichtlich.
Gegen das Wörtchen *"sofortig" vor dem Ausstieg* (der ja auch keine sofortige Stilllegung ist) hatte sich vor allem die recht starke Fraktion der Koalitionsbefürworter um den ehemaligen Landtagsabgeordneten Helmut Lippelt gesträubt. Das es sich letztlich doch durchsetzte ist zum einen auf die Einmischung der Anti-AKW Bewegung zurückzuführen , vor allem aber auf die Drohung des Lüchow- Dannenberger Kreisverbandes, keinen Wahlkampf für die Grünen zu machen, wenn der sofortige Ausstieg und damit die Atommüllentsorgung als Knackepunkt gekippt wird.

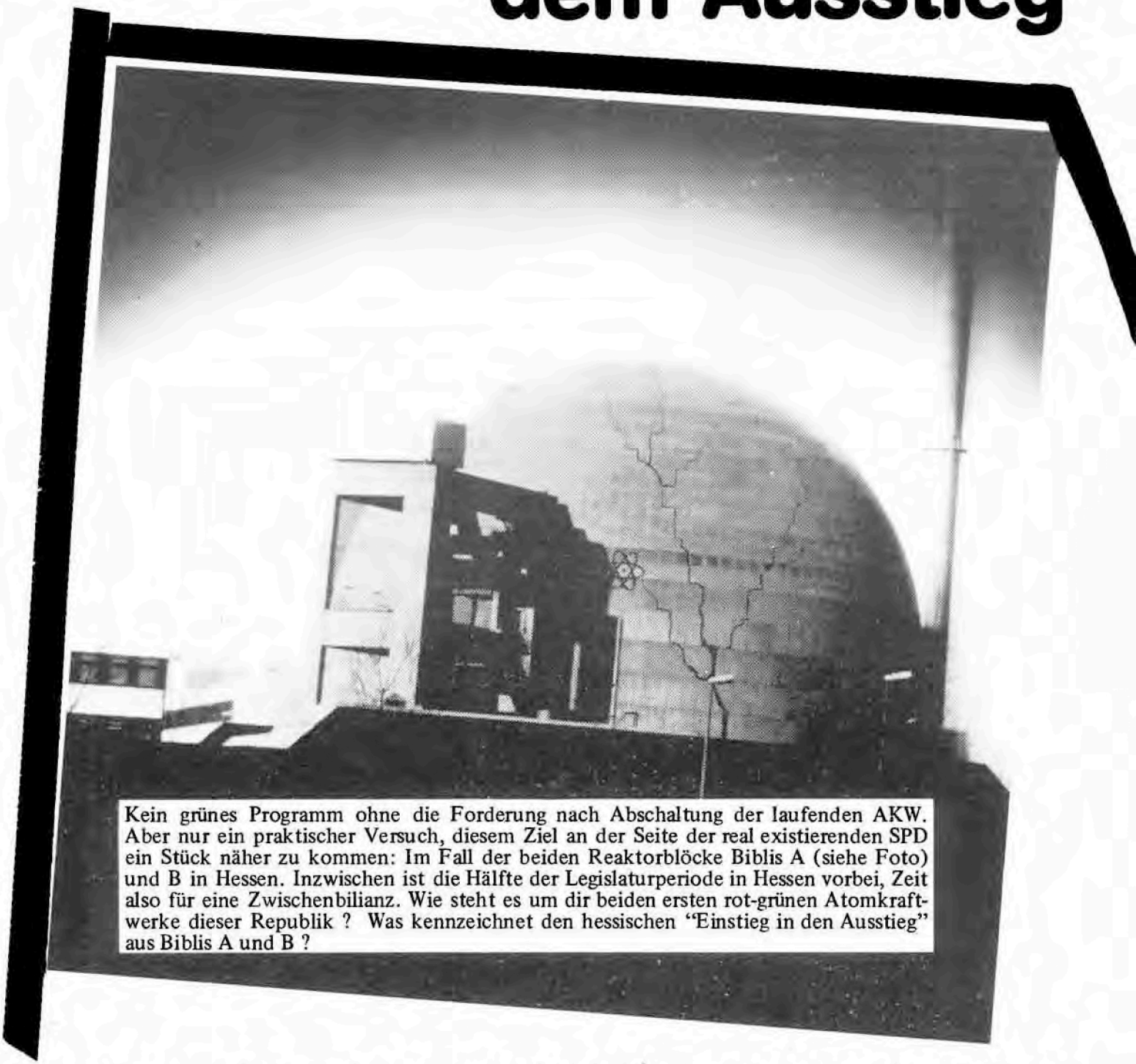
Wie ungeklärt das Verhältnis der Grünen zu den außerparlamentarischen Bewegungen ist, bewiesen die gesamten LDK's zu Programm und politischen Kurs nach der Landtagswahl. So wurden ca. 6 Stunden damit verbracht, über eine eventuelle künftige Koalition mit der SPD zu diskutieren, eine Klärung des VErhältnisses zu den BI's wurde zwar von einigen Redner/innen angesprochen, aber nicht einmal in Ansätzen geleistet. Offen brüskieren mochte mensch die BI's nicht, in die Koalition sollen sie allerdings auf keinen Fall hineinpfuschen. So wurde ein Antrag abgeschmettert, betroffene BI's zu ihren jeweiligen Schwerpunkten gleichberechtigt an Verhandlungen mit der SPD zu beteiligen. Welchen Stellenwert außerparlamentarische Aktivitäten für die Grünen haben, machte die LDK in Braunschweig auch der wohlgesonnensten BI'lerin klar. Die Deligiert/innenlehnten es ab, sich an der von Grünen und BI Braunschweig vorbereiteten und sogar der Presse angekündigten Demo zum Schacht Konrad zu beteiligen – mensch wollte lieber die Programmpunkte Bildung und Kultur erörtern.

Auseinandersetzung oder ignorieren ?

Auf Initiative der Braunschweiger, Lüchow- Dannenberger und Lüneburger BI hatte am Wochenende vor der ersten Programmkonferenz der Grünen ein niedersächsisches BI- TReffen stattgefunden, auf dem das Verhältnis zu den Grünen diskutiert und ev. gemeinsam politischer Druck auf sie ausgeübt werden sollte. Das Interesse an einer Auseinandersetzung mit den Grünen beschränkte sich allerdings aufdie o.a. BI's, die anderen angereisten Gruppen (Hannover, Göttingen, Norden) wollten nur die anstehenden Aktionen diskutieren, eine Beschäftigung mit den Grünen hielten sie nicht für relevant. Trotzdem wurde ein offener Brief verabschiedet, in dem die sofortige Stillegung aller AKW's und die Stillegung bzw. Stop des Ausbaus der Endlager gefordert wird. *"Eine Zusammenarbeit zwischen Grünen und SPD auf Basis eines kleinen Atomprogramms wäre eine klare Abwendung von der Anti- AKW- Bewegung und gegen eine solche Politik ist unser entschiedener Widerstand mit allen außerparlamentarischen Mitteln zu erwarten"*. Von den Grünen wird die Klarstellung verlangt, daß *"es keine Lösung des Endlagerproblems gibt und über die Handhabung des Atommüllproblems erst dann von ihnen nachgedacht wird, wenn alle AKW's stillgelegt sind"*.
Darüberhinaus wurde den Grünen angeboten ihre außerparlamentarischen Aktivitäten unter Beweis zu stellen und sich an der von den BI'S für Frühjahr 86 geplanten Endlagerkampagne zu beteiligen.
Deutlich ist bislang, , daß sich die Grünen in Niedersachsen nicht offen gegen die außerparlamentarischen Bewegungen stellen wollen, in den Bereichen, in denen es politischen Druck oder konkrete Einm ischung sozialer Bewegungen gab (FRauen, Anti- AKW- Bewegung) wurden die ursprünglichen Positionen der Grünen verbal beibehalten. Wahrscheinlich ist andererseits, daß eine rot/grüne Zählmehrheit nach den Landtagswahlen innerhalb der Grünen eine Dynamik Richtung Aufgabe der Positionen entfalten wird – eine Wiederholung des hessischen Experimentes dürfte dann unaufhaltbar sein. Trotzdem halte ich weiteren Druck auf und Auseinandersetzung mit den Grünen für wichtig, er wird ihnen ihr eigenes Dilemma deutlicher machen und uns ihre Position. Sollten sich die Grünen gegen die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen entscheiden, müssen von
uns und auch in der Anti- AKW- Bewegung die Illusionen in die Grünen abgebaut werden, die außerparlamentarischen Bewegungen müssen dann wieder auf die eigenen Strukturen und die eigenen (Finanz)kräfte bauen.

S., Red. Atommüllzeitung

Der Ausstieg aus dem Ausstieg



Kein grünes Programm ohne die Forderung nach Abschaltung der laufenden AKW. Aber nur ein praktischer Versuch, diesem Ziel an der Seite der real existierenden SPD ein Stück näher zu kommen: Im Fall der beiden Reaktorblöcke Biblis A (siehe Foto) und B in Hessen. Inzwischen ist die Hälfte der Legislaturperiode in Hessen vorbei, Zeit also für eine Zwischenbilianz. Wie steht es um dir beiden ersten rot-grünen Atomkraftwerke dieser Republik ? Was kennzeichnet den hessischen "Einstieg in den Ausstieg" aus Biblis A und B ?

1. Direkt nach der letzten Landtagswahl in Hessen beschloß die Grüne Landesversammlung am 1.10.83 in Marbach, die Unterstützung der hessischen SPD *»unverzichtbar«* davon abhängig zu machen, daß *»der Ausstieg aus der Atomenergie sofort eingeleitet wird.«*

Die SPD blockierte: *»Die von der Fraktion der Grünen ... vorgebrachten Zweifel, daß die Blöcke A und B des Atomkraftwerks Biblis den heutigen Anforderungen einer Betriebs- und Entsorgungssicherheit genügen, werden von der SPD nicht geteilt.«* So das Verhandlungsprotokoll. Also beschloß man die Durchführung einer Landtagsanhörung zu Biblis auf der Grundlage eines Sicherheits- und Entsorgungsgutachtens. Und weiter: *»Dabei gehen SPD und Grüne übereinstimmend von folgendem Grundsatz aus: Die vorhandenen hessischen Atomkraftwerke müssen ach den atomrechtlichen Bestimmungen so betrieben werden, daß die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden sowie eine schadlose und sichere Beseitigung der radioaktiven Abfälle gewährleistet ist. Sollte sich herausstellen, daß dies nicht der Fall ist, wird die Landesregierung alle rechtlichen Möglichkeiten bis hin zur Stillegung der Anlagen ausschöpfen, um die Kraftwerksbetreiberin zum Schutz der Bevölkerung zur Einhaltung der Sicherheitsanforderungen zu zwingen.«*

Diese Vereinbarung markierte einen Durchbruch der SPD und ihres Politikverständnisses. Mit der hier vollzogenen Neuorientierung der Grünen auf das Atomgesetz als **Maßstab für die Gefährlichkeit von**

Die Biblisstudie des Öko-Instituts

Alleiniger Bezugsrahmen für diese Sicherheitsstudie ist das Atomgesetz, das bekanntlich die Förderung der Atomenergie direkt vorschreibt. Genauso war es im zweifelhaften grün-roten Verhandlungsergebnis, bei welchem das Öko-Institut mitgewirkt hat, auch vorgesehen. Von den drei Autoren der Studie (B. Fischer, L. Hahn, L. Rausch) wird immerhin vermerkt, daß »weit über den engen, hier allein zu untersuchenden Rahmen des Atomgesetzes hinaus Maßstäbe z.B. der Energiepolitik, der Sozialverträglichkeit usw. berücksichtigt werden müßten.« (S. 2)
Offen bleibt allerdings, warum die Autoren bewußt darauf verzichtet haben, »bereits Bewertungen vorzunehmen und Schlußfolgerungen bezüglich der Frage zu ziehen, ob der Betrieb von Biblis A und B verantwortet werden kann.« War dies eine mit dem 40.000 DM-Auftrag verbundene Vorgabe der Landesregierung? Oder eine vom Öko-Institut freiwillig vorgenommene Einschränkung? (Man weiß es nicht, man steckt halt nicht drin, d.S.)
Während dies im Dunkeln bleibt, fehlt es nicht an Attacken gegen die Informatikonsblockade, die von Steger - auf Wunsch der Biblis-Betreiber RWE - auch gegen das Öko-Institut errichtet wurde. Diesbezüglich werden »erhebliche rechtliche und politische Aufklärungsbedürfnisse« konstatiert. In der Sache selbst bieten die Untersuchungsergebnisse eine Reihe wichtiger zusätzlicher Argumente für die Notwendigkeit einer sofortigen Abschaltung der beiden AKWs. Hier nur ein Ausschnitt:
* Ähnlich wie bei den Hanauer Atombetrieben wurden auch bei den Atomkraftwerken in Biblis ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren »in jedem Jahr in jedem der Blöcke mehrere Dutzend Veränderungen vorgenommen.« (S. 10)
* 111 gemeldete (!) Störfälle im AKW Biblis A provozierten in den letzten Jahren 53 ungeplante Stillstände, nebst 44 geplanten. Block B mußte in den letzten neun Jahren 39mal unerwartet stillgelegt werden (28mal geplant) und hatte 77 gemeldete Störfälle. Darunter waren Störfälle die lt. Genehmigungsvorgaben so lange als praktisch ausgeschlossen galten, bis sie eintraten. So z.B. das Auftreten einer Dampfblase im Reaktordruckbehälter. (S. 14, S. 24)
52% der Stillstände erfolgten wegen Systemausfällen, die oftmals durch menschliche Fehleingriffe ausgelöst wurden.
* In beiden Blöcken kam es lt. Betreiberprotokoll 26mal zur erhöhten Abgabe an Radioaktivität.
* Die AKWs in Biblis sind gegen Flugzeugabsturz noch weniger gesichert als andere AKWs: Anstatt der vorgeschriebenen 180 - 200cm dicken Reaktorkuppel ist die Kuppel dieser Reaktoren nur 60cm dick. Das Risiko einer Katastrophe für die ganze Region wird zusätzlich dadurch verschärft, daß sich die Anzahl der Überflüge seit 1985 »wesentlich erhöht« hat und seitens der Bundeswehr »die Anlagen immer wieder als Ziele für Übungsflüge (!) benutzt werden.« (S. 50)

Die ca. 100seitige Studie kann bezogen werden über den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik oder die Grünen im Hessischen Landtag, 6200 Wiesbaden.

Atomanlagen waren die Weichen gestellt für alle weiteren Entwicklungen der hessischen grünen Atomenergiepolitik incl. Hanau. Das Atomgesetz zum Richter über AKWs zu machen bedeutete und bedeutet: Den Abmarsch auf das Terrain der Winkeladvokaten und Rechtsverdreher, von denen die Atommafia ganze Kompanien für sich arbeiten läßt. Es bedeutet Anerkennung statt Ablehnung eines »Rechtsgebildes«, das als oberste Zweckbestimmung die Förderung der Atomenergie vorschreibt.
Dies **mußte** zum dramatischen Absturz von Widerstand gegen Hanau **der Sache wegen** zur trivialen Anerkennung der Hanauer Betriebserweiterungen **des Atomgesetzes wegen** führen, zuletzt dokumentiert im »Doppelvierer«, dem als Koalitionsgrundlage geltenden Papaier der rot-grünen hessischen Atomenergiekommission. Es macht eben einen großen Unterschied, ob -wie in der Anti-AKW-Bewegung üblich - die juristischen und parlamentarischen Winkelzüge und Kniffe als Zusatzinstrumente benutzt werden, um dem Ziel einer AKW-Abschaltung näher zu kommen, oder ob sich AKW-Gegner von diesem Atomstaat-Korsett instrumentalisieren lassen, indem sie dessen Lied übernehmen und erklären, das AKW müsse nach dem »Stand von Sicherheit und Technik" betrieben werden.

2. Soweit, so schlecht. Die Grünen tolerierten die SPD, die beiden AKWs in Biblis liefen auf Hochtouren, aber es sollte doch immerhin ein Sicherheitsgutachten erstellt und per Parlamentsanhörung diskutiert werden. Und so ging es weiter:
* In stiller Diplomatie wurde zwischen Atomindustrie, Steger, den Grünen und dem Öko-Institut eine Verwässerung des Tolerierungsabkommens vereinbart: Nicht mehr von einer Sicherheitsstudie war die

Rede, sondern nur noch von einer **»Vorstudie zur Sicherheitsstudie«** ohne jede praktische Konsequenz für den Weiterbetrieb der beiden Atommeiler . Die »Vorstudie« war als Zeitvertreib konzipiert, ohne jede praktische Konsequenz für die Reaktoren. Originalton Öko-Institut: *»Es ist Ziel der Vorstudie, zur Erleichterung der Themenstellung für die später in Auftrag zu gebenden Gutachten ein Bewertungsschema und einen detaillierten Fragenkatalog zu erabeiten, anhand derer die umstrittenen Fragen der Sicherheit und der Entsorgung untersucht werden. Es ist nicht Inhalt der Vorstudie, bereits Bewertungen vorzunehmen oder Schlußfolgerungen bezüglich der Frage zu ziehen, ob der Betrieb von Biblis A und B aus Gründen unzureichender Sicherheit der ungelöster Entsorgung noch verantwortet werden kann.«* (»Vorstudie«, S. 2)

*Zwischen Beschlußfassung am 4.6.84 und Auftragsvergabe in Sachen »Vorstudie« verstrich ein halbes Jahr. Die Auftragsvergabe erfolgte erst am 23.11.84.

* Der zwischen Steger und dem Öko-Institut abgeschlossene Werkvertrag regelt, daß der Atomminister *»Bemühungen der Auftragnehmer zu unterstützen (habe), Unterlagen von der Betreiberin der Kernkraftwerke Biblis A und B (das RWE, Anm. atom), der Hersteller und sonstiger in Betracht kommender Betriebe und Personen zu erhalten.«* Doch Fehlanzeige: Steger sabotiert die Vereinbarung und erklärt in einem Brief an das Öko-Institut: *»Die von Ihnen erbetenen weiteren Unterlagen können Ihnen leider nicht herausgegeben werden, da der Betreiber - auch zur Vermeidung von Präzedenzfällen - die dafür notwendige Zustimmung verweigert hat.«* Ein weiteres Beispiel für den Wert von Abmachungen mit der SPD ...

* August 1985: Steger erhält lt. taz die fertiggestellte »Vorstudie«. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Poker um die rot-grüne Koaltion gerade begonnen.

Drei Monate lang, exakt bis nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen *»hält das hessische Wirtschaftsministerium ein ... Gutachten über die Atomkraftwerke Biblis A und Biblis B unter Verschluß, in dem schwerwiegende Sicherheitsmängel in den AKWs festgestellt werden.« (taz, 19.11.85) Den Hessen-Grünen war die Studie nach Auskunft der FAZ (19.11.85) seit Ende September bekannt.*

Fazit:

Die SPD hat es verstanden, das ohnehin extrem magere Verhandlungsergebnis in Sachen Biblis mit dem Trick der »Vorstudie« weiter zu verwäsern. Wo blieb der öffentliche grüne Protest?

Die SPD hat es geschafft, die Erstellung der »Vorstudie« materialmäßig zu blockieren und ihre Veröffentlichbung um insgesamt neun Monate hinauszuzögern. Wo blieb der öffentliche grüne Prtest?

3. Dennoch: Trotz eingeschränkter Rahmenbedingungen und Erklärungen geriet die »Vorstudie« des Öko-Institutes zur Anklage gegen die Biblis-Betreiber (siehe Kasten). Jede/r unvoreingenommene Laser/in wird nach Lektüre dieses Textes die Stillegung der beiden Reaktoren zumindest bis zum Zeitpunkt der endgültigen Klärung der in der Vorstudie erhobenen Vorwürfe fordern. Nicht jedoch die Landtagsgruppe der Grünen: Sie fordert keine Sofortreaktion, sondern neben Durchführung einer Anhörung nunmehr *»eine umfassende Untersuchnung der Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit dem Betrieb der Atomkraftwerksblöcke Biblis A und B.«* (FR, 19.11.85)

Ökolgisch handeln = Öko-Institute beschäftigen und derweil dem potentiellen Reaktor-Unfall tapfer ins Auge schauen ...? Zwar erklärte der Grüne Staatssekretär in spe, Karl Kerschgens, *»daß am Ende des Prozesses auch eine Stillegungsverfügung stehen könne.«* Allerdings ist eine Stillegungsverfügung - so K. Kerschgens (lt. FR v. 19.11.85) - erst dann zu erteilen, *»wenn eine notwendige Modernisierung der Kraftwerksblöcke unwirtschaftlich oder technisch unmöglich sei.«*

Dies bedeutet im Klartext, daß moderne Atomreaktoren auf dem »Stand von Wissenschaft und Technik« von den Grünen künftig nichts mehr zu befürchten haben. Es zeigt weiterhin, daß mensch die Differenzen zwischen Grünen und SPD in Sachen inzwischen mit der Lupe suchen muß: Ebenso wie die Grünen sieht auch das Steger-Atomministerium nach Lektüre der Vorstudie *»keinen unmittelbaren Handlungsbedarf«. Während die SPD erklärt, die Prüfung der (seit August 85 vorliegenden) Vorstudie erst im Dezember abschließen zu wollen, pochen die Grünen wütend auf die Verbgabe des Hauptgutachtens »noch in diesem Jahr«* usw usf.

Selbst wenn dem letztgenannten Anliegen Rechnung getragen würde - was keineswegs sicher ist - dürfte die taz mit ihrer Vermutung richtig liegen, *»daß die Hauptuntersuchung bis ins Frühjahr verzögert wird, damit das Ergebnis nicht in die nächste Landtagswahl in Hessen platzt.«* (19.11.85) Da zudem die Grünen mit der SPD (lt. Doppelviererpapier) für die »Biblis-Hauptuntersuchung« einen parallelen Ansatz vereinbart haben, d.h. die Beauftragung eines Atomkritikers und eines eingefleischten AKW-Befürworters, dürfte der akademische Streit über die Frage, wer denn nun atomrechtskonform argumentiere, bzw. wie denn nun ein Kompromiß zu finden sei, gut und recht eine weitere Legislaturperiode überleben.

Alle Erfahrungen mit derartigen gemischten Kommissionen, beispielsweise der Bundestags-Enquete-Kommission, sprechen dagegen, daß über diesen Weg der Atomindustrie auch nur ein Härchen gekrümmt wird.

Fazit:

Zwar hat Biblis nach Bekanntwerden der Öko-Studie hier und dort wieder Schlagzeilen gemacht. Dazu aber bedurfte es keiner rot-grünen Zusammenarbeit. Mit dem Biblis-Verhandlungskompromiß hat stattdessen die SPD dokumentiert, wie mit Hilfe eines Scheinangebotes der Betrieb zweier AKWs mit Duldung der Grünen eine Wahlperiode hindurch unangetastet bleiben kann. Gleichzeitig steht schon nach der ersten Halbzeit fest, daß die SPD keinen Millimeter auf grüne Anti-AKW-Positionen (welche denn, d.S.) gezogen werden konnte, während die Grünen einen beträchtlichen »Entwicklungsfortschritt« in Richtung SPD vorweisen können.

Übrigens: Auch in Niedersachsen fordern die Grünen lt. Wahlprogramm die »sofortige Stillegung«. Warum nur wurde bereits jetzt die Forderung mehrheitlich abgelehnt, für den AKW-Ausstieg klare Zeiträume festzulegen ...?

Betr. : "Steger versteckt Belastungsmaterial gegen NUKEM und ALKEM" (atom Okt./Nov. 1985)

Richtigstellung

In der letzten Atom zitierten wir die FR mit dem Hinweis auf einen "Psychopaten mit krimineller Phantasie", der im hessischen Wirtschaftsministerium die das Ministerium belastenden Akten beseitigt habe. Inzwischen wurde uns mitgeteilt, daß dieser sog. "Psychopat" keine von Steger und Co. zur Vertuschung erfundene Figur ist, sondern tatsächlich existiert. Es handelt sich hierbei um die Person, die per "Indiskretion ' den Skandal der Aktenunterschlagung in Sachen NUKEM/ALKEM/RBU überhaupt erst an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Ein sehr ehrenwerter Mensch also, im Gegensatz zu den Aktenunterschlagern Steger, Zimmermann, Thurmann,Frank und all ihren direkten und indirekten Helfeshelfern im hessischen Landtag! Wir bitten sie oder ihn um Entschuldigung!

Noch eine Anmerkung. Auch der "Stern" hatte in seiner Nr. 48 (Okt.85) über die Aktenunterschlagung Steger's anhand des von uns erstmals publizierten Innenausschußprotokolls berichtet.

In einer ganzseitigen Anzeige in der "FAZ" wies der Stern sogar namentlich Joschka Fischer auf die kriminellen praktiken in Hanau hin ("Aufgepaßt, Joschka"). Erneut guckte die hessische Landtagsgruppe angestrengt darüber hinweg, wie allerdings auch die gesamte sonstige parlamentarische und außerparlamentarische Öffentlichkeit.

Neue Einzelheiten in Sachen Hanau werden wir in der nächsten Ausgabe der ATOM vorlegen.

Störfälle - gibt's die ...?

Anmerkungen zum realen Alltag von Atomanlagen

Es ist scheinbar in den letzten Jahren still geworden um die sogenannten störfälle in kommerziell betriebenen Atomreaktoren . Die Zeit der spektakulären Unfälle wie in Harrisburg scheint vorbei zu sein. Fast unmerklich, friedlich und harmlos laufen beispielsweise in der BRD 15 AKW's des druck- und siedewasserreaktortyps sowie weitere 5 versuchs- und forschungsanlagen vor sich hin und produzieren den als unentbehrlich gehaltenen Atomstrom. So der Tenor, der von Betreiberseite Jahr für Jahr auf's Neue der Öffentlichkeit suggeriert werden soll, untermalt mit ständig steigenden Stromproduktionen vor dem Hintergrund einer immer größeren Betriebssicherheit von laufenden Anlagen. Und mit den mehr produzierten Strommengen und den weniger bekannt werdenden Störfällen scheint auch die Akzeptanz der vormals mißtrauisch beäugten Anlagen gewachsen z sein.

Grund genug also für die SPD einem »ökonomisch sinnvollen kleinen Atomprogramm« den weiteren Weg im Modell Deutschland frei zu halten. Auch für viele Grüne scheint ein Normalbetrieb von Atomanlagen kein Thema zu sein. Grüne Politiker aller Schattierungen arbeiten sich lieber an einer imaginären »Plutoniumwirtschaft« ab und verhindern zunächst einmal vor allem einen »militärischen Mißbrauch«. Und angesichts der Realität laufender Anlagen fragen sie sich lediglich »wie lange noch der Betrieb von Atomkraftwerken verantwortet werden kann, ohne daß eine Endlagerung von radioaktiven Abfällen gesichert ist« (Doppelviererpapier Hessen).

Ansonsten kann nach Ansicht großer Teile der Grünen der Betrieb von Atomanlagen nach dem jeweiligen »Stand von Wissenschaft und Technik« (erste Hessen-Vereinbarung zur Tolerierung der SPD) verantwortet werden.

Es soll in diesem Artikel versucht werden, ein wenig die Situation hinter der Nebelwand des angeblichen »reibungslosen« Betriebs von Atomanlagen zu beleuchten, die in jeder Hinsicht den Blick auf den realen Alltag bei der Produktion von Atomstrom verstellt. Über diesen Alltag ist nichts ausgesagt, wenn wir die bürgerliche Medienöffentlichkeit zum Maßstab nehmen wollten. In der Tat finden sich dort in den letzten Jahren zunehmend weniger Meldungen über Störfälle in Atomanlagen. »Es ist eben kein Thema mehr« sagen sich die gewieften Journalisten mit coolem Blick auf die quantitativ geschrumpfte Anti-AKW-Bewegung. Und während sie ihre Zeitung verkaufen wollen bleibt es unsere Aufgabe, diese Informationen zu sammeln und zu veröffentlichen. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch das Problem in der schlichten aber in jeder Hinsicht begrüßenswerten Tatsache, daß die Anti-AKW-Bewegung bisher stets den Bau und Betrieb von Atomanlagen konsequent abgelehnt und von daher weder eine Mitverantwortung noch Mitkontrolle übernommen hat.

Zwar ist ein Großteil der Hessen-Grünen derzeit eifrig um eine nach Atomrecht und Rechtsstaat korrekt durchgeführte Kontrolle des Betriebes von Atomanlagen bemüht. Wir wissen jedoch, daß zwar viele AKW-Gegner Grüne sind, nicht jeder Grüne aber AKW-Gegner. Recht und Gesetz wird auch den **Herren** Fischer & Co dazu dienen mit »Realpolitik« Einstiege in Ausstiege aus Atomanlagen zu bewerkstelligen, wenn diese irgendwann einmal ausgelaufen sind und abgewrackt werden müssen. Und so werden mit den grünen Ministern auch die Störfälle in Atomanlagen bleiben, vorerst jedenfalls. Und ob wir von diesen Ministern ein wenig mehr über den realen Alltag von Atomkraftwerken erfahren können, bleibt bei diesen stark auf Rechtsstaat bedachten Politikern zweifelhaft. Sie werden schnell in ihren Administrationsjobs feststellen, daß Störfälle »nach §19 Abs. 1 Satz 3 Atomgesetz in Verbindung mit § 139 b Gewerbeordnung ... die amtlich zur Kenntnis gelangten Geschäfts- und Betriebsverhältnisse geheim zu halten« sind. So der ehemalige Bundesinnenverbrecher Baum in einem Brief vom 8.3.82.

Das bedeutet aber natürlich noch lange nicht, daß staatliche Instanzen über alle Informationen von aufgetretenen Störfällen in Atomanlagen verfügen. Denn ob und wie und mit welchem Inhalt Berichte über Störfälle an die staatlichen Aufsichtsbehörden gegeben werden , liegt einzig und allein in den Händen der Betreiber. Das diese an den Staat gelangten Mitteilungen dann gegenüber der Öffentlichkeit zu »Betriebs-und Geschäftsgeheimnissen« erklärt werden, ist nur ein kleiner Baustein in der Komplizenschaft zwischen Staat und Atomindustrie, die wir auch schon von woanders her kennen... und wir wissen auch, daß dort wo etwas als »geheim« erklärt wird, auch etwas verschleiert und vertuscht werden soll.

Ende der 70er Jahre veröffentlichte das Bundesinnenministerium eine Dokumentation in der für das Jahr 76 14 Störfälle in Atomanlagen verzeichnet waren. Kurze Zeit später veröffentlichten Bürgerinitiativen ihnen zugespielte Störfallberichte der Gesellschaft für Reaktorsicherheit. An diese Gesellschaft mit Sitz in Köln schicken die Betreiber ihre Störfallberichte zwecks Auswertung, von wo aus sie quartalsweise ans Bundesinnenministerium geschickt werden.

Für den Zeitraum des Jahres 76 waren dort immerhin 139 Störfälle aus Atomreaktoren aufgelistet, damit also fast 10mal so viel wie amtlich zugegeben. Nach diesen Unterlagen ergibt sich für die Jahre 76 und 77 ein Schnitt von drei Tagen für einen größeren und kleineren Störfall in bundesdeutschen Atomanlagen.

Die Störfallberichte der Betreiber werden von diesen in willkürliche a,b,c Bewertungskriterien eingeteilt (a = sicherheitstechnisch signifikante, b = sicherheitstechnisch möglicherweise signifikante, c = sonstige besondere Vorkommnisse). Die Klassifizierung eines Störfalls, ob er nun der leichtesten Variante c oder der in diesem System schwersten Variante a angehört, obliegt einzig und allein den Betreibern. Diese werden weder später nachkontrolliert oder im nachhinein verändert.

Ob überhaupt ein Störfall in diese Bewertungskategorien aufgenommen wird, hängt auch mit sogenannten »sicherheitstechnischen Gesichtspunkten und an der gebotenen Dringlichkeit behördenseitiger Veranlassungen« zusammen (1). Der Sinn dieser Berichte besteht nicht darin, die Bevölkerung über den Störfallbetrieb als Normalbetrieb von Atomreaktoren zu beunruhigen. Das Ziel ist,»mit den Rückfluß der Erfahrungen aus den im Betrieb befindlichen Kernkraftwerken den erreichten Sicherheitsstandard weiter zu verbessern. Diese Erfahrungen erlauben es, etwaige Mängel an der betroffenen Anlage zu erkennen, dem Auftreten von ähnlichen Fehlern an anderen Anlagen vorzubeugen und die gewonnenen Erkenntnisse in die Auslegung für neue KKW einfließen zu lassen.« (1).

Zusammengefaßt heißt das: lediglich ökonomosche Interessen der Atomindustrie spielen bei der Abfassung dieser Berichte eine Rolle. So wird dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit längst nicht alles was in Atomreaktoren an Störfällen oder Vorkommnissen (ein neudeutsches Wort für den von vornherein so negativ besetzten Begriff:Störfall; vergleiche hierzu auch:Entsorgungspark - Atommüllkippe (oder AKW-Gegner -AKW-Gegnerin,die säzzerin)) passiert, den Behörden gemeldet.

Nehmen wir einmal das Beispiel des AKW Brunsbüttel für den Zeitraum der Jahre 76 und 77: in dieser Zeit sind der Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln von den Betreibern insgesamt 13 »sicherheitstechnisch relevante Vorkommnisse« gemeldet worden... in den Betriebsdiagrammen der Betreiberzeitschrift »Atomwirt-

schaft« aus diesen Jahren ist von insgesamt 7 »geplanten Stillständen« die Rede. In einem den Bürgerinitiativen zugespielten internen Betreiberbetriebsdiagramm ist dann von 148 (!) »Ereignissen« die Rede, davon 101 Schnellabschaltungen (welche jeweils mit erhöhten radioaktiven Abgaben an die Umwelt verbunden sind). Daß es auch mit dem Glauben von staatlichen Behörden in den reibungslosen Betrieb von Atomanlagennicht so weit her ist, beweißt der seit Ende der 70er Jahre betriebene Aufbau eines sogenannten Kernreaktorfernüberwachungssystems (Kfü). Dieses aufwendige System mit Kosten von 10 Millionen DM soll Störfälle in Atomanlagen frühzeitig erkennen, die mit erhöhten Emissionen von radioaktiven Stoffen verbunden sind . Zusätzlich installierte Meßgeräte und Sensoren in und am sowie in der Nähe der Nuklearanlage sollen für eine lückenlose Überwachung durch die für die Atomaufsicht zuständigen Bundesländer sorgen.

Das Ziel des KFÜ besteht unter anderem nach Aussage eines Verantwortlichen darin, "mehr Vertrauen in die Sicherheit und die Zuverlässigkeit zu schaffen".
Aber dieses offenbar als "Beruhigungspille" für die Bevölkerung gedachte System verhindert zum einen natürlich keine Störfälle und zum anderen bedeutet staatliches Wissen um Betreiberschweinereien eher gemeinsam betriebene Sprachregelung gegen die Bevölkerung als die umfassende und ehrliche Information.

Nach der Veröffentlichung der internen Betreiberstörfallberichte durch die Bürgerinitiativen im Jahre 1979, wechselten die Verantwortlichen von der Strategie des Verschweigens in eine in ihrem Sinne andere "offensive Informationsarbeit" über, die sich zutreffender als "Pseudo- oder Desinformation" der Bevölkerung bezeichnen ließe. So ist es seitdem zum alljährlichen Schauspiel des jeweiligen Bundesinnenverbrechers geworden, der Öffentlichkeit den "Bericht über besondere Vorkommnisse" in Atomkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland vorzustellen. Mal werden in diesem von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit erstellten Bericht 142, dann 136 und dann mal wieder 149 "aufgeführte Vorkommnisse" pro Jahr der staunenden Öffentlichkeit vorgestellt. Und die Beruhigung über diese freundlich als "Vorkommnisse" bezeichneten Störfälle, wird vom Bundesinnenminister Zimmermann gleich mitgeliefert: "Keine ernsten Störfälle in Atomkraftwerken". Nach seinen Angaben, "waren bei keinen der 1984 gemeldeten Vorkommnissen Personen in Gefahr" (Zitat FR 14.8.85). In dem Bericht der GSR ist dieses Wunschdenken Zimmermanns in folgender Weise festgehalten: "Keines dieser Vorkommnisse ist als Unfall zu klassifizieren und bei keinem Vorkommnis werden Dosisgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung überschritten".
Im Gegensatz zu den USA verwenden die bundesdeutschen Atommanager einiges Geschick auf verwirrende Wortspiele, wird doch in den USA jeder Störfall kurzerhand als "Accident" gleich Unfall bezeichnet.

Angeblich bietet der 1985 veröffentlichte Bericht für das Betriebsjahr 1984 einen "vollständigen" Überblick, allerdings einen nicht ins Detail gehenden, Überblick über die in bundedeutschen AKWs aufgetretenen Störfälle. Und so darf der neugierige Leser darüber rätseln, welche Bedeutung und Konsequenzen z.B. aus dem "Ausfall eines Gleichrichters in der Notstromversorgung" vom 20.6.84 im AKW Brunsbüttel zu ziehen sind. Der Rest ist und bleibt "Geschäftsgeheimnis" der Betreiber. So einfach ist das.
Nichts desto trotz: Diese geschönten "Vorkommnisse" geben zumindest eine Ahnung davon, daß von einem geregelten, ruhigen und ordentlichen oder etwa sauberen Normalbertieb von AKWs nicht die Rede sein kann. Auch wenn glänzende Stromproduktinsstatistiken das auf den ersten Blick zu vertuschen suchen.
In der Regel haben sich die Betreiber etwa zehn mal höhere Abgaberaten radioaktiver Emissionen für ihre Anlagen genehmigen lassen, als wie für den "sauberen Normalbetrieb" notwendig wären. Das ist ein Indiz dafür, daß versucht wird, die Anlage auch mit Leckagen laufen lassen zu können. Insofern läßt sich ein Normalbetrieb von einem Störfallbetrieb überhaupt nicht abgrenzen.

In den ersten Projektunterlagen für die geplante (und von uns natürlich zu verhindernde) WAA in Schwandorf war die Hälfte aller Abgabe der radioaktiven Substanzen zunächst über Leckagen im "Normalbetrieb" berechnet worden. Zwischenzeitlich hat man diese Abgaberaten auf 1/1000 der Gesamtabgabenrate heruntergerechnet.
"Normalbetrieb" von Atomanlagen heißt notwendigerweise Stillstands-, Wartungs-, Reparatur- und Revisionsarbeiten. Im Schnitt stand jede bundesdeutsche Atomanlage für Revisionsarbeiten im Zuge von Brennelementwechseln 10 Prozent des Jahrers still. Besonders in dieser Zeit werden oft umfangreiche Reparaturarbeiten in den Anlagen durchgeführt.
Zwischenzeitlich ist die Zahl der jährlich als "Strahlenfutter" eingesetzten Leih- und Fremdarbeiter trotz zunehmender wissenschaftlicher Optimierung der Arbeitsabläufe auf über 20.000 Menschen in der BRD hochgegangen.

Die Diskussion um den "Normalbetrieb" von AKWs heißt nicht notwendigerweise die stets apokalyptische Ausmaße beschwörende GAU-Debatte wiederaufnehmen zu müssen. Sondern es geht um den Betrieb der im Laufe der Zeit immer dreckiger werdenden Anlagen. Dieser Normalbertriebsalltag findet letztlich auf Kosten der Atomarbeiter und vor dem Hintergrund einer beständigen und schleichenden Bedrohung der Lebensgrundlagen statt. Untersuchungen an über 200.000 Atomarbeitern in den USA und Großbritannien belegen eine höhere Krebshäufigkeit durch den Normalbetrieb als es im Schnitt der Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre.
Gründe genug also, nicht eine bessere Aufsicht und Kontrolle von Atomkraftwerken zu verlangen, sondern gleich die Kontrolle durch sofortige Abschaltung überflüssig zu machen.

Es gibt keinen Grund, hinter der derzeitigen relativen Ruhe beim Betrieb von Atomanlagen zu vermuten, daß dort alles in Ordnung sei. Das Gegenteil ist der Fall, die Rechnung wird nur noch nicht sofort ausgestellt.
Wir werden weiterhin die Chronikseite der **atom** dazu nützen, Meldungen zu veröffentlichen, die deutlich machen, daß es einen sicheren und störungsfreien Betrieb von Atomanlagen nirgendwo in der Welt gibt.

1. Übersicht über besondere Vorkommnisse in AKWs der BRD für das Jahr 1984, Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Köln.
2 .Spiegel 2.8.1982

Ma Ho

Außenhandel
Wieviel verdient die BRD in und an Mittelamerika, was importiert und exportiert sie, welches sind ihre Interessen und die Konsequenzen für die Außenpolitik?
48 Seiten, 4,– DM

Wende in der Entwicklungspolitik
Die Anfänge der Entwicklungspolitik unter Adenauer, unter den Hallstein-Doktrin, unter Eppler, Schlei, Bahr – jetzt die „Fälle" Nicaragua und El Salvador – was heißt hier Wende?
48 Seiten, 4,– DM

Nicaragua - Solidarität
Die Entstehung der Nicaragua-Solidarität 1977/78, der Sieg in Nicaragua, Solidarität mit der „FSLN an der Macht", dann der Miskito-Konflikt – wie reagierten die Komitees?
48 Seiten, 4,– DM

DIE BRD IN MITTELAMERIKA
3 HEFTE ZUSAMMEN 10 MARK

Jedes Jahr 10 Hefte, jeweils 48 Seiten, 4,– DM. Jahresabo 28,– DM (30 % Rabatt).

Titel - Liste anfordern! Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Günter Wallraff über die taz.

„Die taz ist die einzige Tageszeitung, die weder von Anzeigenkunden abhängig ist noch von einer Partei. Von daher ist sie auch die lebendigste Zeitung, ein Blatt, das noch den Mut hat, wichtige Themen auch grundsätzlich zu bringen — eine Eigenschaft, die der sonstigen Reizüberflutung wohltuend entgegenwirkt.

Sich verändernde Momente innerhalb der Wirklichkeit werden in der taz eher erfaßt als von Zeitungen und Zeitschriften, die sich allzu eng einer Ideologie unterwerfen. Dieses antidogmatische, oft sogar ideologiefeindliche der taz, hat zuallererst Vorteile. Es kann natürlich, wenn es sich verselbständigt, auch schon mal dazu führen, zu standpunktlos zu erscheinen. Es gibt in der taz eine Form der spielerischen Betrachtung der Realität, der die Parteilichkeit fehlt. Man muß wissen, für wen man schreibt und in welcher Richtung sich etwas verbessern oder verändern sollte.

Die taz hat gelernt, an Schwerpunktthemen dranzubleiben, z.B. bei der Giftgaskatastrophe in Bhopal und deren Folgen hat sie nachhaltig insistiert. Dann leistet man sich eigene Korrespondenten, auch wenn es finanziell schwierig ist. Für den Leser ist das ein großer Gewinn, selbst wenn einige Artikel Widerspruch hervorrufen, gegen den Strich gehen. Es kommt nicht immer das, was man sowieso erwartet. Der häufige Aufschrei innerhalb der Leserschaft zeigt, daß eine Auseinandersetzung stattfindet. Dieser Stil hat sich bei der taz herauskristallisiert.

Die Zeitung ist handwerklich besser, aber nicht unangenehm, nicht abstumpfend professionell in dem Sinne von abgebrüht, über den Dingen stehend. Diesen Dünkel und Hofstaatjournalismus gibt es bei der taz überhaupt nicht. Dennoch ist das Blatt jetzt besser gemacht, inzwischen hat es vielen professionellen Journalisten einiges voraus. Darum lesen auch alle fest bestallten Journalisten in den großen Medien die taz, auch wenn sie sie manchmal nur heimlich lesen, unterm Tisch oder verdeckt, eingerollt in der FAZ.

Man kommt an der taz nicht mehr vorbei, auch wenn man es nicht zugibt."

antimilitarismus information

4 DM

Das Themenheft der ami
Vom AKW zur Bombe?
analysiert u.a. Stationen bundesdeutscher Nuklearpolitik, die Atomexportinteressen der BRD, untersucht den Atomwaffensperrvertrag und die Nonproliferationspolitik und die Dritte Welt. Eine ausführliche Liste der Nuklearen Schwellenländer 1985, die deren Atomanlagen detailliert auflistet und eine genaue Darstellung der Wege zur Bombe runden das 60 Seiten starke Heft ab. Der Preis beträgt 4 DM (plus Porto)

Bezug: ami-Verlag
Leidesheimer Str.3/1
1000 Berlin 33

Dort gibt es auch kostenlose Probeexemplare der ami, des antimilitaristischen Informationsdienstes.

ila-info

Hungerproduzenten

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Bonn

ila-info erscheint im 10. Jahr und bringt in zehn Ausgaben jährlich:

Analysen und Nachrichten aus **Lateinamerika**, Berichte aus der Solidaritätsbewegung sowie: beispielhafte Beiträge aus der und über die Kulturszene **Lateinamerikas.**

Schwerpunktthemen aus einigen **ila-infos:**

- *...das ist der Gipfel - Empörung über den* **Weltwirtschaftsgipfel**
- **Ecuador:** *Abenteuer heute, auf der Suche nach neuer Ausbeute.*
- **Kirche:** *Angriff auf Lateinamerikas Volkskirche.*
- **Deutsches Kapital** *in Brasilien*
- **Multis am Amazonas:** *Umweltzerstörungen und Ökobewegung.*
- *No future in* **El Salvador?**
- **Hungerproduzenten:** *Hamburger, Soja und Bananen.*
- **Mexikos** *politische 'Stabilität'*

Einzelpreis: DM 3,50
Jahresabo: DM 35,-
Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose, Mittellose: DM 30,-
(obige Preise gelten ab 1986!)

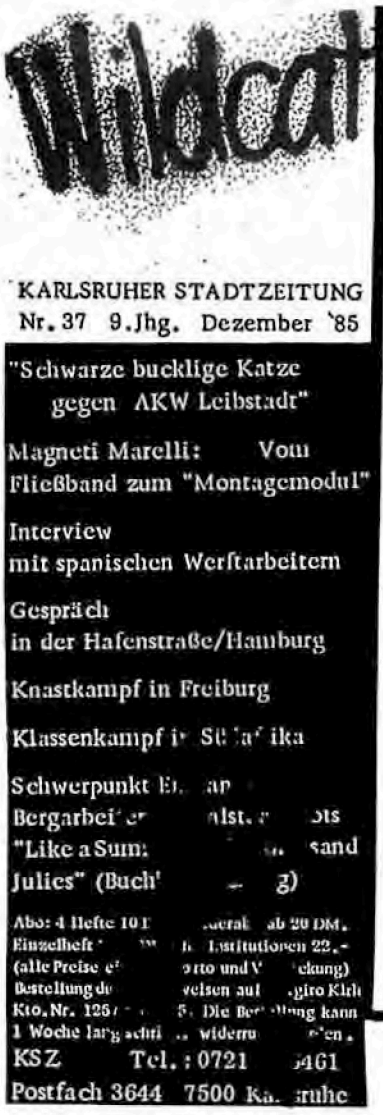
ila Vertrieb:
250 Buchtitel aus Lateinamerika - Literaturliste anfordern!

Kennenlernabo:
Die nächsten vier Ausgaben für DM 10,-
(incl. Porto, gegen bar oder V-Scheck, Rücktrittsrecht innerhalb einer Woche)
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Absender:
.....
.....
.....

Grüne Zeiten
Monatszeitschrift für Mitglieder und Freunde der bayerischen Grünen
Bestellungen: Stückpreis DM 2.- Einzelabo (12 Ausgaben) DM 25.- Sammelabo (12 Ausgaben) DM 20.- (Mal Anzahl der erwünschten Abos) Förderabo (12 Ausgaben) ab 26.- Probeexemplare bei Redaktion
CHRISTOPHSTR. 1 D 8000 MÜNCHEN T. 089-227402
Büro: Mo 16-18 Uhr Konto: Postscheckamt München 135904-804

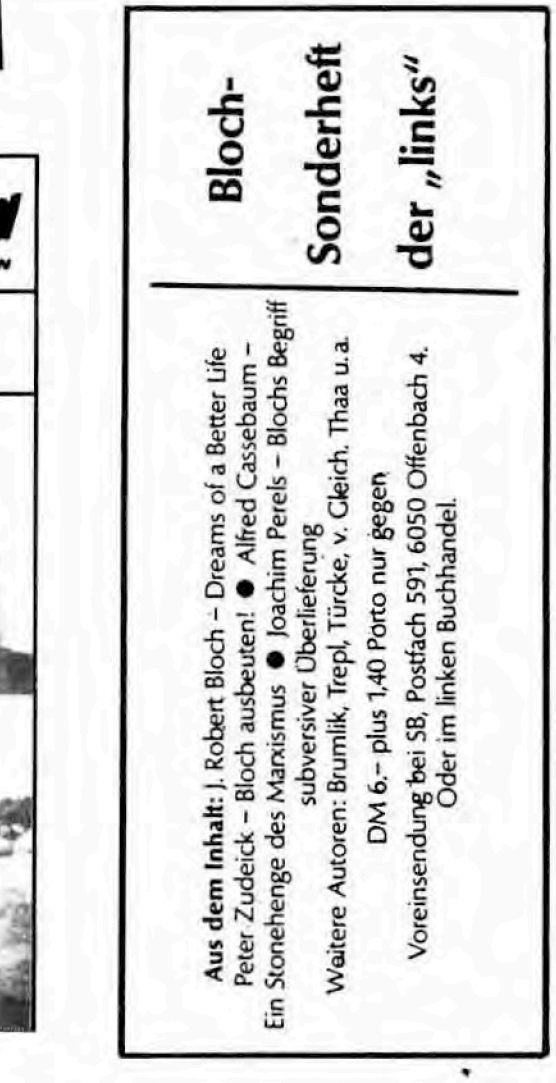
päd.extra
Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik
hat nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch viele gewohnte und neue Seiten.
Alternative Bekanntmachungen
Das sind Mitteilungen außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich wie Theatergruppen, Hexenschulen oder Bildungsläden.
Autoren ins Klassenzimmer
In jedem Heft stellen sich ein oder zwei Autorinnen und Autoren vor, die in der Schule gern etwas vorlesen würden.
päd.extra's Preisrätsel
Unsere Hausaufgabe zwischen vielen Kreidestrichen. So nennen wir auf zwei Seiten unseren bildungspolitischen Monatsspiegel.
Praxismarkt
Leser und Leserinnen schreiben, welche Unterrichtsideen sie verwirklicht haben. Keine Unterrichtseinheiten, sondern vier Seiten zum Raustrennen und Abheften.
Markt
Vier, fünf, sechs Seiten prallvoll mit Terminen, Angeboten und Gesuchen. Hinten im Heft, wo viele zu lesen beginnen.
Außerdem in jedem Heft:
Kommentare, Berichte und Hintergründiges zu Freinet, Computern, Öko-Pädagogik, Legasthenie, Gewalt in der Schule und, und, und...
Probeheft gefällig zum Neu- oder Wiederentdecken?
päd.extra, Rollintstr. 45 H, 6000 Frankfurt/Main 1, Stichwort:


Wildcat
KARLSRUHER STADTZEITUNG
Nr. 37 9.Jhg. Dezember '85
"Schwarze bucklige Katze gegen AKW Leibstadt"
Magneti Marelli: Vom Fließband zum "Montagemodul"
Interview mit spanischen Werftarbeitern
Gespräch in der Hafenstraße/Hamburg
Knastkampf in Freiburg
Klassenkampf i[illegible] Sü[illegible]ika
Schwerpunkt E[illegible] Bergarbei[illegible] "Like a Sum[illegible] Julies" (Buch[illegible])
Abo: 4 Hefte 10 [illegible] ab 20 DM.
Einzelheft [illegible] Institutionen 22.-
(alle Preise e[illegible] porto und V[illegible]ckung)
Bestellung d[illegible] weisen auf [illegible]giro Klrh
Kto.Nr. 125[illegible] 5. Die Be[illegible]ung kann 1 Woche lang schri[illegible] widerru[illegible]
KSZ Tel.: 0721 [illegible]461
Postfach 3644 7500 Ka[illegible]ruhe

Archiv
Anti - AKW - Bewegung
Anti - Militarismus
Frauen / Ökologie
über 100 Zeitungen
umsonst & drinnen während der Öffnungszeiten!
Umwäl
entrum
Laden
Viele Bücher, Broschüren und Zeitungen zu den o. g. Themen könnt ihr im Laden erwerben.
Büchertische für BI's bekommen das Material natürlich in Kommission!
Umweltzentrum/ Scharnhorststr. 57
4400 Münster / Tel.: 0251/521112
Öffnungszeiten: Di/Mi 15 - 18°°
Do 13 - 18°°

Nr. 129 · November 1985
Türkei – 5 Jahre nach dem Putsch
Von der Militärdiktatur zum Polizeistaat
Menschenrechtsverletzungen trotz „Demokratisierung"
Aufschwung in die Krise
„Partnerland Türkei" Eckpfeiler für die NATO
Die Türkei – ein zweiter Iran?
Außerdem:
Der Druck auf Warnke nimmt zu
Medien in Vietnam
Nachrichten und Berichte zu:
Südafrika, Eritrea, Honduras, Sri Lanka, Nepal
Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w
Schwerpunktthema:
Türkei – 5 Jahre nach dem Putsch


Bloch-Sonderheft der „links"
Aus dem Inhalt: J. Robert Bloch – Dreams of a Better Life
Peter Zudeick – Bloch ausbeuten! ● Alfred Cassebaum – Ein Stonehenge des Marxismus ● Joachim Perels – Blochs Begriff subversiver Überlieferung
Weitere Autoren: Brumlik, Trepl, Türcke, v. Gleich, Thaa u.a.
DM 6.– plus 1,40 Porto nur gegen Voreinsendung bei SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Oder im linken Buchhandel.

V E R M U M M U N G

Eine Anmerkung der Münchner Polizei

Wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse machen deutlich: Wer sich vermummt, verbirgt seine Person und neigt dann fast automatisch dazu, aus dieser Anonymität heraus bereits vorhandene Aggressivität ungehemmter auszuleben. Dies um so mehr, wenn er aus einer Gruppe heraus agiert.

Auch lehren die polizeilichen Erfahrungen, daß bei Demonstrationen Straftaten von Vermummten und von Personen mit sog. Schutzwaffen ausgehen. Dabei hat die Vermummung häufig dazu geführt, daß sich solche Personen rücksichtslos austoben konnten, ohne für die angerichteten Schäden zur Verantwortung gezogen zu werden.

Polizeipräsidium München
Ettstr. 2 - 4, 8000 München 2

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016